

DAS PARLAMENT

Nr. 20 | Berlin, 10. Mai 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Der neue Chef nimmt Platz: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und sein Kabinett sind noch am Abend nach der Kanzlerwahl zu einer ersten Sitzung zusammengekommen. © pa/photothek.de/f. Gaertner

Bundesregierung nimmt Arbeit auf

Schwarz-rote Startschwierigkeiten

Nach der Wahl im zweiten Anlauf setzen Bundeskanzler Friedrich Merz und seine Minister erste Akzente

Die fünfte Koalition aus CDU, CSU und SPD auf Bundesebene ist am Dienstag mit einer ungewollten historischen Leistung gestartet. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik scheidete ein designierter Bundeskanzler im ersten Wahlgang – zu viele Gefolgsleute verweigerten Friedrich Merz die Zustimmung (siehe Seite 3). Nach einem ersten Schock rafften sich die Koalitionäre auf und setzten einen zweiten Wahlgang an, der schließlich erfolgreich für Merz ausging. Wenig später waren auch die Ministerinnen und Minister ernannt und vereidigt, und das Kabinett konnte am Abend seine Arbeit aufnehmen.

Die schwarz-rote Koalition übernimmt das Land in turbulenten Zeiten. Die Wirtschaft stagniert, die Infrastruktur ist marode, vor allem aber drängt die internationale Lage. In der Ukraine tobt weiter der russische Angriffskrieg und im Weißen Haus ist mit Donald Trump ein Präsident am Werk, der friedens-, bündnis- und handelspolitisch erratisch agiert.

Antrittsbesuche in Paris und Warschau

Der neue Bundeskanzler Merz will daher vor allem in der Europapolitik neue Akzente setzen. Am Tag nach seiner Wahl reiste er nicht nur zum Antrittsbesuch nach Paris, sondern auch zu einer Stippvisite nach Warschau, was von Beobachtern als Signal zur Stärkung des „Weimarer Dreiecks“ der drei Länder gewertet wurde. In Frankreich setzt Staatspräsident Emmanuel Macron darauf, dass der

deutsch-französische Motor mit Bundeskanzler Merz wieder auf Hochtouren läuft. Beide waren sich am Mittwoch unter anderem einig, die Ukraine weiterhin stark zu unterstützen.

Dies findet auch in Polen Zuspruch. Allerdings stößt die von Merz angekündigte „Migrationswende“ dort auf Kritik, wie Ministerpräsident Donald Tusk deutlich machte. Bereits am Mittwoch hatte der neue Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verschärfte Kontrollen und Zurückweisungen an der deutschen Grenze angekündigt. Auch Migranten, die einen Asylantrag stellen, sollen demnach nicht ins Land gelassen werden. Das Vorhaben ist europarechtlich umstritten.

Am Donnerstag berichtete dann die „Welt“, die Bundesregierung plane sogar, einen „nationalen Notstand“ nach Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auszu-

rufen. Damit würden die migrationsrechtlichen Regelungen des Dublin-Abkommens außer Kraft gesetzt. Die Bundesregierung dementierte dies aber.

Debatte über AfD-Gutachten

Neben der Migrationspolitik wird sich der Innenminister auch mit der AfD auseinandersetzen müssen. Kurz vor dem Regierungswechsel hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz, über das das Innenministerium die Aufsicht führt, bekannt gegeben, dass es die AfD auf Bundesebene nun als „gesichert rechtsextremistisch“ einstuft und nicht mehr nur als Verdachtsfall. Mehr als 1.000 Seiten soll das entsprechende Gutachten umfassen. Die Einstufung löste Diskussionen über ein mögliches Verbot aus, das in Teilen der Union kritisch gesehen wird. Die AfD

hat inzwischen Berufung eingelegt, der Verfassungsschutz hat für die Dauer der juristischen Klärung eine sogenannte Stillhaltezusage abgegeben (siehe Seite 6).

Kritik an der Einstufung kam nicht nur von der in Teilen rechtsextremen Partei, sondern auch von der anderen Seite des Atlantiks. US-Außenminister Marco Rubio raunte, dies sei keine Demokratie, sondern eine verkappte Tyrannei. Merz kritisierte die Zwischenrufe aus den USA am Dienstag als „absurde Betrachtungen“ und kündigte an, die Angelegenheit in einem Telefonat mit Präsident Trump klären zu wollen. Weitergehende Details über das Gespräch zu diesem Thema, das am Donnerstag stattfand, wurden nicht bekannt. Im Anschluss hieß es, Merz habe Trump nach Deutschland eingeladen, auch der aktuelle Handelsstreit und der Ukraine-Krieg seien besprochen worden.

Neuaufstellung bei CDU/CSU und SPD

Unterdessen wird der Regierungswechsel in Berlin auch organisatorisch nachvollzogen. Das Kabinett verabschiedete noch am Dienstagabend einen entsprechenden Erlass. Darin wird unter anderem der Zuschnitt der Ministerien neu geregelt – und vor allem der Aufbau des neuen Digitalministeriums. Im Bundestag hat der Start von Schwarz-Rot ebenfalls folgen. Bei den Sozialdemokraten übernahm Matthias Miersch das Ruder als Fraktionsvorsitzender und folgt damit dem neuen Vizekanzler Lars Klingbeil. Bei der Union hat Jens Spahn die Nachfolge von Merz angetreten.



Am Vorabend der Kanzlerwahl wurde Bundeskanzler Olaf Scholz (Mitte, SPD) in Berlin mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. © picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

KOPF DER WOCHE

Auftrag des 8. Mai

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Deutschen zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie gegen autoritäre Versuche aufgerufen. Dies sei ein



Auftrag des 8. Mai, sagte Steinmeier während der Gedenkstunde des Bundestages zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren. Der 8. Mai sei als „Tag der Befreiung Kern unserer gesamten deutschen Identität“. Eine deutliche Abgabe erteilte er allen Forderungen nach einem „Schlusstrich“ unter das nationalsozialistische Kapitel der deutschen Geschichte. Ebenso entschieden wies er die „Geschichtslüge“ von Russlands Präsident Putin zurück, der Krieg gegen die Ukraine sei die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus. Deutschland müsse gemeinsam mit seinen Partnern die Ukraine unterstützen. Den USA warf Steinmeier eine Abkehr von der internationalen Ordnung nach 1945 vor. aw

ZAHL DER WOCHE

267.

Papst ist nach nur 24 Stunden Konklave Robert Francis Prevost aus den USA. Als Pontifex trägt er den Namen Leo XIV.

ZITAT DER WOCHE

»Brückenbauer innerhalb der Kirche«

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner gratuliert dem neuen Papst und verweist auf dessen Erfahrung als „Ordensmann, geprägt von den Werten der Augustiner – Demut, Dienst, Gemeinschaft“.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel



INTERVIEW MIT STEPHAN BRANDNER

»Kein guter Tag für unser Land«

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion wirft dem Bundesamt für Verfassungsschutz schlampige Arbeit bei beim Gutachten über seine Partei vor. Nachteile oder sogar ein Verbotsverfahren erwartet Brandner nicht

Herr Brandner, Friedrich Merz ist im zweiten Wahlgang zum 10. Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Wie bewerten Sie Wahlverlauf und Wahlergebnis?

Das ist eine Riesenklatsche für Friedrich Merz. Er ist der erste Kandidat, der nicht im ersten Wahlgang zum Bundeskanzler gewählt worden ist. Der größte Wahlbetrüger aller Zeiten ist nun aber knapp Kanzler, unterstützt von einer SPD, die ihr schlechtestes Ergebnis seit 1887 eingefahren hat. Es war ein spannender Tag, aber kein guter Tag für unser Land.

Hält die Koalition von Union und SPD länger als die Ampel?

Ich befürchte, ja. Diese Koalition hat sich bekanntlich auf skandalöse Art und Weise die Möglichkeit geschaffen, Schulden ohne Ende aufzunehmen. Geld schweißt zusammen.

Eine Alternative hätte die Union auch nicht und erst recht nicht, seitdem der Verfassungsschutz die AfD als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft hat, auch wenn dies vorläufig zurückgenommen wurde. Die Brandmauer scheint ein Stück höher geworden zu sein.

Dieses Gutachten der politischen, weisungsgebundenen Kampftruppe des sogenannten „Verfassungsschutzes“ am letzten Amtstag als nur noch geschäftsführende Innenministerin rauszuhauen, war aus Sicht von Faeßer und der SPD eine Glanzleistung, um Löcher in der Brandmauer zu stopfen, auch wenn dieser Plan nun vorerst gescheitert ist. Perfide bleibt aber, dass wir das Gutachten bis jetzt nicht kennen, Teile der Medien aber schon. Der neue Innenminister Dobrindt könnte aber nun eine seriöse Haltung einnehmen und den sogenannten Verfassungsschutz anweisen, damit aufzuhören, Zwietracht zu säen, zu stigmatisieren und zu zersetzen. Möglicherweise hat er das ja nun getan.

Erwarten sie noch, Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst gewinnen zu können, da die ersten Bundesländer schon Überprüfungen von Mitarbeitern angekündigt haben?

Es gibt ein paar wenige Austritte, aber viel mehr Eintritte. Die ganzen Über-

prüfungs- und Schikanedrohungen sind ja nun obsolet. Es wurde beim sogenannten Verfassungsschutz schlampig und ideologiegetrieben gearbeitet. Das steht jetzt fest. Aber die gerichtlichen Verfahren dauern Jahre, es kostet hunderttausende Euro. Und das alles erschwert die politische Arbeit, was freilich beabsichtigt ist. Am Ende wird uns das alles aber nicht schaden, sondern stärker machen.

Die Äußerung des CDU-Politikers Jens Spahn, mit der AfD solle man umgehen „wie mit jeder anderen Oppositionspartei auch“, scheint eine Einzelmeinung zu bleiben.

Das war keine Einzelmeinung, aber diejenigen in der Union, die Unterstützung für Spahn signalisiert hatten, rudern zurück. Uns mit den kriminellen Machenschaften des Verfassungsschutzes an die Karre zu fahren, hat teilweise funktioniert. Aber die Bürger durchschauen das. Sie wissen, wer für die Zustände im Land verantwortlich ist. Und das ist nicht die AfD.

Nach der Erklärung des Verfassungsschutzes kam ein starkes Echo selbst aus der CDU, ein Verbotsverfahren gegen die AfD in Gang zu setzen. Rechnen Sie damit?

Das Thema wird regelmäßig wie eine Sau durchs Dorf getrieben. Jeder B- und C-Promi, der eine billige Schlagzeile braucht, bekommt sie mit einer so absurden Forderung. Ein Verbotverfahren würde aber bedeuten, dass der sogenannte Verfassungsschutz V-Leute abschalten und Quellen offenlegen müsste. Das scheuen die anderen Parteien wie der Teufel das Weihwasser. Ich fände es gut, wenn V-Leute und Quellen bekannt werden würden. Dann würde klar, ob nicht vielleicht sogar die angeblich Schlimmsten bei uns in Wirklichkeit beim Verfassungsschutz sind und uns kaputtmachen wollen. Ich glaube daher nicht, dass es zu einem Verbotverfahren kommen wird. Und wenn doch, müsste es binnen kürzester Zeit krachend scheitern, wenn es in Deutschland noch nach Recht und Gesetz zugeht.

Welche Erwartungen haben Sie an die neue Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU)? Sie hat angekündigt,



©picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

im Streit um den Umgang mit der AfD im Parlament und seinen Ausschüssen vermitteln zu wollen.

Man wird sehen, ob das tatsächlich so wird, mir fehlt der Glaube daran. Bisher habe ich einen positiven Eindruck von Frau Klöckner, sie ist aber zu kurz im Amt, um das richtig beurteilen zu können. Schlechter als unter ihrer Vorgängerin Bas kann es aber kaum werden.

Hat es Vermittlungsversuche im Streit um die Verteilung der Fraktionsitzungssäle gegeben? Die AfD-Fraktion beklagt, dass ihr Fraktionsaal im Reichstagsgebäude jetzt zu klein ist und will den Saal der geschrumpften SPD-Fraktion.

In dieser Sache habe ich von der Präsidentin noch nichts gehört. Bisher muss die AfD-Fraktion im Anhörungssaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus tagen, hat also als einzige Fraktion keinen eigenen Saal. Das Thema sollte nicht emotional befrachtet werden, sondern logisch. Also: Die zweitgrößte Fraktion bekommt den zweitgrößten Saal. So war es immer, und was spricht denn dagegen? Gar nichts.

Bei der Besetzung der Vorsitze der Ausschüsse wurde in der vergangenen Legislaturperiode kein AfD-Kandidat berücksichtigt. Rechnen Sie mit einem Entgegenkommen? Das Thema wird durch die Höherstufung durch den sogenannten Verfas-

ungsschutz nicht einfacher. Dabei haben wir genügend hoch qualifizierte Abgeordnete. Mehr als andere Fraktionen.

Wollen Sie weiter einen Vizepräsidenten des Bundestages stellen?

Uns steht ein Vizepräsidenten-Posten zu. Es steht in der Geschäftsordnung, und es gibt einen einstimmigen Beschluss des Bundestages, dass jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellt. Daher gibt es keinen Grund, keinen Kandidaten aufzustellen – genauso wie es keinen Grund gibt, unseren Kandidaten nicht zu wählen.

Wichtiges Wahlkampfthema war die Migration. Der Kanzler will ab sofort die Kontrollen an den Grenzen verschärfen. Reicht das aus?

Mir fehlt der Glaube. Merz hat zwar gemerkt, dass das ein wichtiges Thema ist und hat Ankündigungen gemacht. Es wird aber nichts Wesentliches passieren.

Glauben Sie, die notwendige Unterstützung für einen Corona-Untersuchungsausschuss zu bekommen?

Bei den derzeitigen verhärteten Strukturen wohl nicht. Themen für Untersuchungsausschüsse wären aber neben Corona auch unter anderem der Nord-Stream-Skandal und die Grenzöffnung 2015. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass das BSW nicht im Bundestag vertreten ist. Da hätte es eine punktuelle Zusammenarbeit geben können.

Wie sehen Sie Ihre Perspektiven?

Wir sind seit längerem die stärkste Partei, wenn man CDU und CSU getrennt anschaut. Und in Umfragen inzwischen stärker als die Unionsparteien zusammen. Die Bürger wollen eine andere Politik in Deutschland: Sie wollen AfD pur und eine vernünftige Union statt das linke Gedöns der Kartellparteien.

Das Interview führte Hans-Jürgen Leersch. ■

Stephan Brandner ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Vertrauende: Irene Mihalic

Wie sie Leuten tief in die Augen schaut, dabei entspannt wirkt und dennoch nicht abgeklärt, mag man nicht denken, dass sie in der Politik einmal etwas überraschen würde, aber Irene Mihalic hatte wohl nicht mit Dienstag, dem 6. Mai, gerechnet. Da wurde sie im Plenarsaal gleich zweimal überrascht, und mit ihr die halbe Republik.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin (PGF) der Grünen-Fraktion sah zu, wie Friedrich Merz im ersten Wahlgang zum Kanzler votum knapp an der Mehrheit scheiterte. „Auf mich wirkte es, als habe man sich auf dieses Szenario nicht wirklich vorbereitet“, sagt sie zwei Tage später in einem kleinen Café in den Bundestagsgängen zwischen Paul-Löbe-Haus und Reichstag. „Abläufe speisen sich ja auch durch parlamentarische Traditionen. Und hier gab es bisher nichts Vergleichbares. Aber das nimmt den Akteuren nicht die Verantwortung. Der Parlamentarismus ist intakt, das Vertrauen der Koalitionäre in Merz anscheinend nicht.“

Das war die erste Überraschung. Die zweite trat ein, als sie einen Moment der Orientierungslosigkeit im Saal ausmachte. Die Geschäftsführer der Fraktionen standen nun im permanenten Austausch, und am Ende einigte man sich auf einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung. Für diesen mussten auch Bündnis 90/Die Grünen und Linke mitstimmen. So konnte Merz doch noch am gleichen Tag mit den Stimmen der Koalition zum Regierungschef gewählt werden.

Eine Erste PGF ist Managerin des Alltagsgeschäfts in einem Parlament. Mihalic hatte also an jenem Dienstag gewisse Sorgen. Dachte sie daran, der

Koalition aus Union und SPD für die Kanzlerwahl grüne Stimmen zu besorgen? Sie schüttelt den Kopf. „Das muss die Koalition schon selber bekommen, wir unterstützen weder Friedrich Merz noch dessen Politik. Die Koalition muss zeigen, dass sie ihre Mehrheit zusammen hat, es geht ja um Politik für die ganze Legislaturperiode.“



Der Parlamentarismus ist intakt, das Vertrauen der Koalitionäre in Merz anscheinend nicht.

IRENE MIHALIC



© seogj - stock.adobe.com

Mihalic sitzt für die Grünen seit 2013 im Bundestag. Zuerst bearbeitete sie innenpolitische Themen, bis man sie fragte, ob sie sich vorstellen könne, 1. PGF zu werden. Konnte sie. „Ich kann nicht agieren wie eine Dienstgruppenleiterin. Die Leute reagieren auf Ansprachen unterschiedlich“, beschreibt sie ihren Job. Dienstgruppenleiterin, Ansprache – diese beiden Worte deuten auf Mihalics beruflichen Hintergrund. 1993 wurde sie Polizistin, „eine Klassenkameradin hatte sich dort beworben und berichtete

Gutes“, erinnert sie sich. Damals war Mihalic auf der Realschule gewesen, wollte auf die Schule ihrer Freunde gehen. Ab 2007 arbeitete sie beim Polizeipräsidium Köln. Die Polizei eröffnete ihr Chancen: Später studierte Mihalic Kriminologie und Polizeiwissenschaft, promovierte. „Ich habe meinen Beruf geliebt“, sagt sie. „Aber beides ging nicht.“

Denn das andere war das politische Engagement. In ihrer Jugend war Mihalic Klassen- und Schulsprecherin gewesen, in ihrem Elternhaus hatte man abends gemeinsam die Tagesschau gesehen. Sie interessierte sich für Umweltthemen, das brachte sie zu den Grünen; 2006 trat sie ein. Wurde 2009 Ratsmitglied in Gelsenkirchen und 2010 in den NRW-Landesvorstand der Grünen gewählt.

Der Berufswechsel vollzog sich mit einem Wermutstropfen. Mutter und Vater waren aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland gekommen, ihr Vater hatte seit den Achtzigern die deutsche Staatsbürgerschaft. Als er dann nichtsahnend auch die kroatische wieder annahm, offenbarte ihm die Kommune bei einem anderen Termin: „Dann sind sie jetzt kein deutscher Staatsbürger mehr!“ Ihm habe man, sagt Mihalic, im Grunde die Tür zugeschlagen. Er konnte seine Tochter 2013 nicht in den Bundestag wählen. „So kann man mit Menschen, die hier leben und arbeiten, nicht umgehen.“ Daher achte sie auf die Worte von Merz aus dem Wahlkampf, der die Möglichkeit forderte, Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen. „Die Union fordert immer, dass man sich um die Lebensrealitäten der Leute kümmern müsse, und geht genau an diesen mit ihrer Politik vorbei.“ Ein Blick zur Uhr, sie muss zurück ins Büro. Jan Rübel ■



Friedrich Merz wird von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) als Bundeskanzler vereidigt. Er schwört auf die Urchrift des Grundgesetzes von 1949. Aus Respekt vor dem historischen Schriftstück trägt die Bundestagspräsidentin weiße Handschuhe.

©picture-alliance/REUTERS/Liesajohannsen

Als Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am vergangenen Dienstag um 8:56 Uhr auf der Ehrentribüne im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes Platz nimmt, sieht noch alles nach einem feierlichen Hochfest der Demokratie aus. Neben Merkel nehmen die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und der Interims-Finanzminister Jörg Kukies (SPD) Platz. Punkt neun Uhr beginnt die Sitzung. Stellvertretend für die zahlreichen anwesenden Botschafter aus aller Welt begrüßt Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) den Apostolischen Nuntius, den Gesandten des Vatikans in Deutschland. Fünf Minuten nach neun Uhr ruft sie den Tagesordnungspunkt „Wahl des Bundeskanzlers“ auf. Um 9.35 Uhr schließt sie den Wahlgang. Die Stimmen werden ausgezählt. Um 10.05 Uhr verkündet sie mit ernster Miene: „Der Abgeordnete Friedrich Merz hat die erforderliche Mehrheit von mindestens 316 Stimmen nicht erreicht.“ Wumms. Stille im Plenarsaal. Sechs Stimmen fehlen. Mindestens 18 Abgeordnete von CDU, CSU und SPD haben nicht für den Kandidaten der schwarz-roten Koalition gestimmt. Entsetzen in den Gesichtern von Klöckner, Merz und Olaf Scholz (SPD), der zu diesem Zeitpunkt noch geschäftsführender Bundeskanzler ist und in der ersten Reihe der SPD-Fraktion sitzt. Ende der Feierstunde.

» Wenn es jemand von uns war, hätte ich es wahrscheinlich mitbekommen.

SEBASTIAN ROLOFF, SPD-ABGEORDNETER

Die Schockwellen ergreifen nicht nur Berlin. Deutschland ist blamiert. Die „New York Times“ titelt unmittelbar nach dem ersten Wahlgang auf ihrer Internetseite, Merz sei „gestolpert“, ebenso formuliert es die Zeitung „Politiken“ aus Dänemark. Von einer „demütigenden Niederlage“ für Merz im ersten Wahlgang schreibt der „Guardian“ aus London. Befindet sich Deutschland auf dem Weg in eine Staatskrise, wie manche Journalisten schon mutmaßen? Davon will zu diesem Zeitpunkt auf den Fluren des Reichstagsgebäudes noch niemand sprechen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel warnt aber nach der ersten Abstimmung,

Friedrich Merz ist Bundeskanzler

Blamage ja, Krise nein

Entsetzen im Bundestag, als Friedrich Merz bei der Kanzlerwahl die erforderliche Mehrheit zunächst verfehlt. Aus einer Feierstunde wird ein dramatischer Tag im Parlament der Deutschen

die Koalitionsabgeordneten stünden in der Verantwortung. Sie müssten „zeigen, dass aus der Mitte des Parlaments heraus eine handlungsfähige Regierung“ entstehe. Rachel weiter: „Ansonsten besteht die Gefahr, dass extreme Kräfte gewinnen, die ein anderes politisches System wollen.“ Ähnliche Aussagen macht die ehemalige Vizepräsidentin des Bundestags, Petra Pau (Die Linke): „Alle haben gewusst, dass das die letzte Chance ist, um wieder Vertrauen in die Demokratie und demokratische Prozesse herzustellen. Ich hätte erwartet, dass die Abgeordneten, die die Koalition tragen sollen, sich dieser Verantwortung bewusst sind.“ Mit der bundesweit als „gesichert rechtsextrem“ eingestuften AfD (siehe Seite 6) gäbe es eine rechnerische Mehrheit mit der Unionsfraktion im Parlament. Zu einer Reporterin aus Frankreich sagt die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch: „Ich brauche keine Neuwahlen, wenn die CDU zur Besinnung kommt.“ Eine Koalition mit der AfD aber hat CDU-Chef Merz kategorisch ausgeschlossen.

Auf der Suche nach den Abweichlern schießen bis zum Abend die Spekulationen ins Kraut. Der SPD-Abgeordnete Sebastian Roloff betont nach dem ersten Wahlgang: „Ich habe Grund zu der Annahme, dass es niemand aus der SPD war.“ Die Wahl ist geheim, niemand kann wirklich wissen, wer die Abweichler waren. Aber Roloff verweist auf das linke Lager, in dem er sich bewege, und in dem sicher viele mit Merz als Kanzler hadderten. Aber die 85 Prozent Zustimmung der SPD-Abstimmung über den Koalitionsvertrag seien das entscheidende Argument auch für linke Sozialdemokraten, Merz zu wählen. „Wenn es jemand von uns war, hätte ich es wahrscheinlich mitbekommen“, versichert Roloff. Er warnt vor „einer Situation, die zu einer Staatskrise werden kann“. Noch ist es keine Krise, es soll auch keine werden.

Der Tag zeigt, wie schwierig Demokratie ist, dass sie aber in geordneten Bahnen verläuft. Nach dem erfolglosen ersten Wahlgang steht die Frage im Raum, wann ein zweiter Wahlgang folgen könnte. Den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gelingt eine Einigung, an diesem Tag von der Geschäftsordnung des Bundestags abzuweichen, um bereits am Nachmittag einen weiteren Wahlgang abzuhalten und nicht erst am Freitag.

»Die Demokratie und ihre Prozesse funktionieren«

Für die Fristverkürzung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig, die erreicht wird, auch die AfD-Fraktion stimmt zu, das Votum im Plenum fällt einstimmig aus. „Die Demokratie und ihre demokratischen Prozesse funktionieren“, erklärt Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen) in der De-

batte zur Geschäftsordnung. Das, was an diesem Tag im Bundestag geschehe, sei im Grundgesetz vorgesehen. Trotzdem sei dies „ein historisches Moment“, weil Union und SPD nicht die nötige Mehrheit für ihren Kandidaten stellen konnten. Julia Klöckner eröffnet den zweiten Wahlgang, den sie um 15.59 Uhr schließt. Um 16.13 Uhr kommt SPD-Chef Lars Klingbeil zurück ins Plenum und nickt vielsagend. Kennt er bereits das Ergebnis? Spannung liegt in der Luft. Klöckner hat ihren Platz auf dem Präsidentensessel wieder eingenommen. Um 16.17 Uhr verkündet sie das Ergebnis: 618 Stimmen wurden abgegeben, eine davon ungültig, eine Enthaltung, 289 Nein-Stimmen. Entscheidend: 325 Ja-Stimmen. Die Mehrheit. Merz ist gewählt. Aus den Koalitionsfraktionen brandet Beifall auf. Die Unionsfraktion erhebt sich. Merz nimmt die Wahl an. Olaf Scholz gratuliert, auch SPD-Chef

Klingbeil und zahlreiche Abgeordnete. Erleichterung. Blamage ja, Staatskrise nein. Um 16.44 Uhr ist Merz bereits bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue, erhält dort seine Ernennungsurkunde. Von da geht es zurück in den Bundestag zur Vereidigung. Merz leistet seinen Eid auf die Urchrift des Grundgesetzes. „Weil es ein so wichtiges Dokument ist, präsentieren wir es mit Handschuhen“, erklärt Bundestagspräsidentin Klöckner. Um 17:31 Uhr spricht Merz die Worte: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Es ist am Ende doch ein feierlicher Akt. *Stephan Balling und Carolin Hasse*

Trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Links-Partei haben sich die Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn (CDU) und Heidi Reichinnek (Die Linke) verständigt, für einen zweiten Wahlgang bei der Kanzlerwahl vom Zeitplan der Geschäftsordnung des Bundestags abzuweichen.

©Picture Alliance/dpa/Kay Nietfeld



Die neue F

Kanzler, Minister, Staatsminister und Parlamentarier

Bundeskanzleramt

Über Umwege kehrt Merz an die politische Spitze zurück



© CDU/Tobias Koch

Friedrich Merz (CDU)

Für Friedrich Merz dürfte es der größte Triumph seiner politischen Karriere sein: Er hat die Union nach nur etwa dreieinhalb Jahren in der Opposition als Kanzler zurück an die Macht geführt. Aber seine Wahl zum Bundeskanzler durch den Bundestag am 6. Mai klappte erst im zweiten Durchgang. Kein guter Start also für die neue Regierung.

Der 69-Jährige galt lange als politisch abgeschrieben, hatte sich zwischenzeitlich für eine Karriere in der Wirtschaft entschieden. Zielstrebig kämpfte sich der Sauerländer an die politische Spitze zurück. Nachdem die damalige CDU-Chefin Angela Merkel ihn 2002 als Unionsfraktionschef verdrängt hatte, arbeitete der Jurist Merz unter anderem für das US-Investmentunternehmen Blackrock. Erst im dritten Anlauf und 20 Jahre später wurde er nach dem Rückzug von Merkel CDU-Chef und Vorsitzender der Unionsfraktion.

Staatsministerin und Staatsminister:

- **Christiane Schenderlein** (Ehrenamt und Sport)
- **Wolfram Weimer** (Kultur und Medien)
- **Michael Meister** (Bund-Länder-Beziehungen)

Kanzleramtsminister

Vertrauter von Merz für reibungslose Regierungsabläufe



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Thorsten Frei (CDU)

In den Ampel-Jahren ist der 51-Jährige Thorsten Frei als Manager der Unionsfraktion einer der wichtigsten Vertrauten von Friedrich Merz geworden. Er gilt als akribischer Arbeiter und in so gut wie allen wichtigen politischen Themen sattelfest. Seit 2013 sitzt der Jurist im Bundestag, er ist gefragter Gast in Talkshows.

Im Kanzleramt soll Frei künftig für seinen Chef Fallstricke aus dem Weg räumen, einen reibungslosen Regierungsablauf sichern und Kontakt zu den Ländern halten. Kritiker bemängeln, dem verheirateten Vater dreier Kinder fehle Regierungserfahrung. Das politische Handwerk hat Frei in seinem Heimatland gelernt: Von 2002 bis 2004 war er Regierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg, von 2004 bis 2013 Oberbürgermeister von Donaueschingen.

Finanzen

Der Finanzminister ist auch Vizekanzler



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Lars Klingbeil (SPD)

Lars Klingbeil hat sich in kurzer Zeit bei der SPD in eine absolute Machtposition gebracht. Als Generalsekretär verhalf er 2021 Olaf Scholz ins Kanzleramt, danach stieg der Niedersachse zum Parteichef auf. Nach der Wahl 2025 griff er zusätzlich nach dem Fraktionsvorsitz, wird jetzt als Vizekanzler der zweite starke Mann in der Regierung Merz.

Eigentlich brennt der 47-Jährige für Außenpolitik und geprägt durch den familiären Hintergrund als Soldatensohn am Heeresstandort Munster für Verteidigung. Jetzt muss er sich ins mächtige Finanzressort einarbeiten. Für Klingbeil, der im konservativen SPD-Flügel zuhause ist, könnte es das Sprungbrett für eine Kanzlerkandidatur 2029 sein.

Staatsministerin und Parlamentarische Staatssekretäre:

- **Elisabeth Kaiser** (Beauftragte für Ostdeutschland)
- **Dennis Rohde**
- **Michael Schrodi**

Verteidigung

Der einzige Ampel-Minister, der weitermachen darf



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Boris Pistorius (SPD)

Verteidigungsminister Boris Pistorius war für die SPD gesetzt – schließlich ist er Deutschlands beliebtester Politiker. Als er im November 2023 „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“ für die Bundeswehr ausrief, legte der 65-jährige Niedersachse die Latte hoch. Seit der Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse kann er sich

über mangelnde Finanzierung nicht mehr beschweren. Pistorius wurde in Osnabrück geboren und war von 2006 bis 2013 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt. In den zehn folgenden Jahren war er Innenminister von Niedersachsen. 2023 übernahm er das Verteidigungsministerium von Christine Lambrecht (SPD) und gewann in kurzer Zeit die Anerkennung der Truppe und der Verbündeten.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- **Nils Schmid**
- **Sebastian Hartmann**

Arbeit und Soziales

Neue Aufgabe für die ehemalige Bundestagspräsidentin



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Bärbel Bas (SPD)

Bodenständig, geradlinig, klar: Als Bundestagspräsidentin hat sich Bärbel Bas in den vergangenen dreieinhalb Jahren einen guten Ruf erworben. Zuvor war die Duisburgerin einer breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt. Sie sitzt seit 2009 im Bundestag und kümmerte sich unter anderem um Gesundheitspolitik. Ihre unkomplizierte Art mag mit

der Herkunft zu tun haben: Die 57-Jährige wuchs als zweitälteste von sechs Geschwistern in materiell einfachen Verhältnissen auf. Spielen, so erzählte Bas später, musste sie als Kind draußen, weil im Kinderzimmer zu wenig Platz war.

Staatsministerin und Parlamentarische Staatssekretärinnen:

- **Natalie Pawlik** (Staatsministerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration)
- **Katja Mast**
- **Kerstin Griese**

Justiz und Verbraucherschutz

Die Ministerin ist keine Unbekannte im Haus



© picture-alliance/Michael Kappeler

Stefanie Hubig (SPD)

Stefanie Hubig (56) ist seit 2016 Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz. In der Kultusministerkonferenz ist sie seit 2024 zudem Koordinatorin der SPD-geführten Länder. Doch in Berlin kennt man die SPD-Politikerin vor allem in einer anderen Rolle. Im Bundesjustizministerium begann sie im Jahr 2000 und stieg zur Referatsleiterin auf. 2008

ging sie nach Mainz: Erst in die Staatskanzlei, 2009 übernahm sie dann die Leitung der Abteilung Strafrecht im Justizministerium. Hubig wurde 2014 Staatssekretärin im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Justizminister war damals ihr Parteikollege Heiko Maas.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- **Anette Kramme**
- **Frank Schwabe**

Umwelt und Klimaschutz

Ein Politprofi und Pragmatiker an der Spitze des Ministeriums



© picture-alliance/dpa/photothek/Dominik Butzmann

Carsten Schneider (SPD)

Carsten Schneider war in der Ampel-Regierung von Olaf Scholz Staatsminister und Beauftragter für Ostdeutschland. Damit war er eine der profiliertesten Stimmen dieser Region und sollte vor allem für gleichwertige Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern sorgen. Schneider stammt aus Erfurt und sitzt bereits seit 1998 im

Bundestag. Dort war er unter anderem Haushaltspolitiker, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Der 49-Jährige alte Bankkaufmann gilt als pragmatisch, erfahren und vielseitig einsetzbar.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- **Carsten Träger**
- **Rita Schwarzelühr-Sutter**

Forschung, Technologie, Raumfahrt

Bär war schon einmal Digital-Staatsministerin



© picture-alliance/dpa/HMB Media/Uwe Koch

Dorothee Bär (CSU)

Dass Dorothee Bär diesmal Bundesministerin werden würde, hatte sich in den Koalitionsverhandlungen bereits abgezeichnet, als CSU-Chef Markus Söder sie in sein engstes Verhandlungsteam holte. Nun wird die 47-Jährige, die seit 2002 im Bundestag sitzt, Ministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt.

Dabei scheiden sich an der Unterfränkin, die mit ihrem Social-Media-Auftritt und mit ihrem mitunter auffälligen Kleidungsstil eine der bekanntesten CSU-Politikerinnen ist, parteiintern die Geister. Im Kabinett Merkel war sie bereits Digital-Staatsministerin. Bei der vergangenen Bundestagswahl wurde sie bundesweite Erststimmekönigin.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- **Silke Launert**
- **Matthias Hauer**

Ernährung und Landwirtschaft

Unerwarteter Karrieresprung zum Minister



© picture-alliance/dpa/Peter Kneffel

Alois Rainer (CSU)

Er ist seitens der CSU der bisher eher Unbekannte im neuen Kabinett: Alois Rainer, seit 2013 im Bundestag, wird Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat. Einer breiten Öffentlichkeit ist der 60-Jährige bisher nicht bekannt – auch wenn er bei der Bundestagswahl auf CSU-Listenplatz fünf kandidierte und sein Name damit auf

allen Stimmzetteln in Bayern zu lesen war. Der Niederbayer ist Söders zweite Wahl für den Ministerposten – bereits im Wahlkampf hatte der CSU-Chef immer Bayerns Bauernpräsidenten Günther Felßner als seinen Wunschkandidaten benannt. Dieser hatte aber im März nach Protesten von Umwelt- und Tierschützern gegen seine Person aufgegeben.

Parlamentarische Staatssekretärinnen:

- **Silvia Breher**
- **Martina Englhardt-Kopf**

Regierung

Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre

Wirtschaft und Energie

Von der Politik in die Wirtschaft und wieder zurück



© picture-alliance/photothek/Florian Gaertner

Katherina Reiche (CDU)

Die Nominierung der 51-jährigen Katherina Reiche als Wirtschaftsministerin ist eine Überraschung. 1998 war sie mit 25 Jahren in den Bundestag eingezogen, dem sie bis 2015 angehörte. Sieben Jahre davon war sie Parlamentarische Staatssekretärin, saß auch im CDU-Bundesvorstand. Die geborene Brandenburgerin gilt als selbstbewusst, ehrgeizig

und bestens vernetzt. Von 2005 bis 2009 war Reiche stellvertretende Chefin der Unionsfraktion. Die Diplom-Chemikerin wechselte 2015 zum Verband kommunaler Unternehmen, der viele Stadtwerke vertritt. Fünf Jahre später übernahm sie den Vorsitz des Energieversorgers Westenergie.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Gitta Connemann
- Stefan Rouenhoff

Gesundheit

Von der Innenpolitik ins Gesundheitsressort



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Nina Warken (CDU)

Neue Gesundheitsministerin wird die Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Nina Warken. An den Koalitionsverhandlungen war sie noch in der Arbeitsgruppe Inneres, Recht und Migration beteiligt. Im Bundestag saß die bisherige Parlamentarische Geschäftsführerin der Unionsfraktion auch im Ältestenrat. Jahrzehntelange

Erfahrungen im Gesundheitswesen wie der scheidende Minister Karl Lauterbach (SPD) hat die Juristin nicht gesammelt. Die 45-Jährige ist CDU-Generalsekretärin in Baden-Württemberg.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Georg Kippels
- Tino Sorge

Familienpolitik und Bildung

Meinungsstarke Juristin aus dem Norden



© picture-alliance/Michael Kappeler

Karin Prien (CDU)

Die Bundesvize Karin Prien gilt als eine der profiliertesten Bildungspolitikerinnen in der Union. Seit 2017 ist sie Bildungsministerin in Schleswig-Holstein. Sie ist stellvertretende CDU-Landeschefin, seit 2022 zudem stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Prien ist meinungsstark, scheut keine Debatte und wird nun Ministerin für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend sowie Bildung - ein neuer Zuschnitt für das Ministerium.

Vor ihrer Zeit im nördlichsten Bundesland war die 59-jährige Rechtsanwältin sechs Jahre lang Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Prien lebt in Hamburg und hat drei Kinder.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Mareike Wulf
- Michael Brand

Inneres

Verkehrsminister unter Merkel, nun Innenminister unter Merz



© picture-alliance/dpa/Bernd Elementhaler

Alexander Dobrindt (CSU)

Der langjährige CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt gilt als geschickter Wahlkampfmanager und Unterhändler. Der Öffentlichkeit ist der 54-Jährige dagegen eher als konservativer Scharfmacher und Ex-Verkehrsminister im Kabinett von Angela Merkel (CDU) bekannt. In den Koalitionsverhandlungen von

CDU, CSU und SPD gelang es ihm nach Angaben von Teilnehmern vor allem in der kritischen Schlussphase, Brücken zu bauen und Kompromisse zu finden.

Das Amt des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur (2013 bis 2017) brachte ihm unter anderem wegen der umstrittenen Pkw-Maut reichlich Kritik ein. Nun muss er als Innenminister zeigen, dass er den harten Unionskurs in der Asylpolitik auch umsetzen kann.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Christoph de Vries
- Daniela Ludwig

Digitalisierung und moderner Staat

Top-Manager als erster Digitalminister



© picture-alliance/dpa

Karsten Wildberger

Mit Karsten Wildberger (parteilos) übernimmt ein Top-Manager das neue geschaffene Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Als Vorstandschef des Cecconomy Konzerns und Vorsitzender der Geschäftsführung der Media-Saturn-Holding bringt der 55-Jährige Praxiserfahrung mit. In den vergangenen Jahren gehörte die digitale

Transformation zum Kern seiner Tätigkeiten.

Internationale Führungspositionen bekleidete Wildberger auch bei T-Mobile, Vodafone und beim australischen Telekommunikationsunternehmen Telstra. Von 2016 bis 2021 war er dann beim Energiekonzern E.ON als Vorstandsmitglied für den digitalen Wandel zuständig. Wildberger stammt aus Gießen, hat Physik studiert und auch promoviert.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Philipp Amthor
- Thomas Jarzombek

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nächster Karriereschritt der Ampel-Integrationsbeauftragten



© picture-alliance/dpa/Metodi Popow

Reem Alabali-Radovan (SPD)

Reem Alabali-Radovan hat eine steile politische Laufbahn hingelegt. Zuletzt war die 35-Jährige Integrationsbeauftragte der Ampel-Regierung. Nun folgt der nächste Schritt auf der Karriereleiter der Schwerinerin. Geboren wurde Alabali-Radovan 1990 in Moskau. Im Alter von sechs Jahren kam sie mit

ihrer Familie, die als Teil der christlichen Minderheit vor den politischen Verhältnissen im Irak geflohen war, nach Mecklenburg-Vorpommern. Als Integrationsbeauftragte setzte sie sich unter anderem gegen Racial Profiling ein, also die verdachtsunabhängige polizeiliche Kontrolle von Menschen allein wegen ihrer Hautfarbe und anderen ethnischen oder religiösen Merkmalen.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Bärbel Kofler
- Johann Saathoff

Auswärtiges Amt

Erstmals seit 60 Jahren wieder ein CDU-Außenminister



© picture-alliance/dpa/photothek/Thomas Trutschel

Johann Wadepuhl (CDU)

Es wirkte schon länger so, als würde sich der 62-Jährige für die Nachfolge von Annalena Baerbock (Grüne) warmlaufen. Zuletzt besuchte er die Außenminister Frankreichs, Polens und deren Kollegen aus Italien und Großbritannien. Mit dem gebürtigen Husumer und verheirateten Vater dreier Kinder stellt die CDU erstmals seit fast 60 Jahren wieder den

Außenminister. Seit 2009 sitzt der Jurist und Ex-Zeitsoldat im Bundestag, er gilt als Vertrauter von Merz. Dieser dürfte hoffen, im Gleichklang mit Wadepuhl Außenpolitik machen zu können – anders als bei der Ampel, wo sich Baerbock gerne mit einem eigenständigen Kurs von Kanzler Scholz absetzte.

Staatsministerin und Staatsminister:

- Serap Güler
- Gunther Krichbaum (Staatsminister für Europa)
- Florian Hahn

Verkehr

Erfahrener Parlamentarier nah dran am Sondervermögen



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Patrick Schnieder (CDU)

Der designierte Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder ist seit 2009 Mitglied des Bundestags. Der 57-Jährige hat den Wahlkreis Bitburg direkt gewonnen. In der vergangenen Legislaturperiode war der Jurist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – und damit Mitglied des Führungskreises um Fraktionschef

Merz. Schnieder war daneben unter anderem auch stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss. In seiner künftigen Position dürfte er eine Schlüsselrolle haben bei der Umsetzung des riesigen Sondervermögens für Infrastruktur. Ein großer Teil des 500 Milliarden Euro schweren Sonderpots dürfte in den Verkehr fließen, um marode Brücken und das Schienennetz zu sanieren.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Christian Hirte
- Ulrich Lange

Wohnen, Stadtentwicklung, Bauen

Im Eiltempo in die erste Reihe der Politik



© picture-alliance/REUTERS/AnnegretHilse

Verena Hubertz (SPD)

Die neue Bauministerin Verena Hubertz ist eine politische Senkrechstarterin. Die 37-Jährige ist seit 2021 Bundestagsabgeordnete und wurde direkt stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, zuständig unter anderem für Wirtschaft, Klimaschutz und Energie, Bauen und Wohnen. Oft führte sie in der Ampel-Koalition Verhandlungen mit Politikern von

Grünen und FDP, wenn es um strittige Fragen ging. Laute Töne sind nicht ihr Fall.

Die Triererin und Betriebswirtin hat eine für Politiker eher ungewöhnliche Biografie. 2013 gründete sie mit einer Studienkollegin das Küchen-Start-up Kitchen Stories. Die Idee: in Videos und Schritt für Schritt zu zeigen, wie einfach Kochen sein kann.

Parlamentarische Staatssekretäre:

- Sören Bartol
- Sabine Poschmann

Neue Analyse des Verfassungsschutzes

Streit über Hochstufung der AfD

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat unlängst die gesamte AfD aufgrund neuer Erkenntnisse als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« eingestuft. Die AfD wehrt sich mit einer Klage dagegen und hat erreicht, dass die Einstufung vorerst wieder zurückgenommen wird.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die AfD-Bundespartei Anfang Mai erstmals als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Diese Einstufung wird nun gerichtlich überprüft. Inzwischen hat das Bundesamt die Einstufung vorläufig ausgesetzt – bis zu einer Eil-Entscheidung des Gerichts. Das Bundesamt hatte die AfD bereits 2021 als „Verdachtsfall“ einer extremistischen Bestrebung eingeordnet. Dagegen hatte die AfD geklagt und in zwei Instanzen verloren. Zuletzt bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster im Mai 2024 die Einstufung der AfD als Verdachtsfall. Diese Entscheidung ist aber noch nicht rechtskräftig. Beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ist noch ein Rechtsmittel der AfD anhängig. Am 2. Mai ging das BfV nun den nächsten Schritt und erklärte die AfD zur „gesichert rechtsextremistischen Bestrebung“. Das Bundesamt stütze sich dabei auf ein internes Gutachten, das 1.108 Seiten stark ist. Das als

Verschlusssache eingestufte Gutachten liegt nur dem Bundesinnenministerium und den Verfassungsschutz-Landesämtern vor.

Begründung der Sicherheitsbehörde in einer Pressemitteilung

Parlamentarier haben das Gutachten nicht erhalten. Auch der AfD wurde das Gutachten bisher nicht zugänglich gemacht. Es wird aber voraussichtlich in das Gerichtsverfahren eingeführt. Dort kann dann auch die AfD Akteneinsicht nehmen. Die Begründung des Bundesamts für die Einstufung der AfD ist aus einer knappen Pressemitteilung vom 2. Mai ansatzweise bekannt. Darin verweist die Behörde vor allem auf den „ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff“ der Partei. Gemeint ist, dass die AfD eingebürgerte Deutsche mit Migrationsgeschichte aus muslimisch geprägten Ländern nicht als gleichwertige Angehörige des durch die Partei ethnisch definierten deutschen Volkes

akzeptiere. Dies verstoße gegen die Menschenwürde der Betroffenen und verletze damit die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Hetze gegen Ausländer, Muslime und andere Minderheiten

Vorgeworfen wird der AfD zudem, dass sie generell gegen Ausländer, Muslime und andere Minderheiten hetze und diese verächtlich mache. So agitierten führende Funktionäre der AfD gegen Migranten und Flüchtlinge, etwa indem sie diese als „Messer-Migranten“ bezeichnen oder ihnen eine ethnokulturell bedingte Neigung zur Gewalt unterstellten. Bereits am 5. Mai hat die AfD gegen die neue Einstufung des Bundesamts beim Verwaltungsgericht (VG) Köln Klage eingereicht. Unter anderem verweist die AfD auf eine eigene Erklärung von 2021, wonach es für sie keine Staatsbürger erster und zweiter Klasse gebe. Der AfD-Schriftsatz hat einen Umfang von 195 Seiten. Er besteht aber überwie-

gend aus abstrakten Ausführungen, da die Partei das konkrete Gutachten ja noch gar nicht kennt.

Eine rechtskräftige Entscheidung über die AfD-Einstufung wird wohl erst in vier bis fünf Jahren vorliegen. Die AfD-Klage ist deshalb verbunden mit einem Eil-Antrag und dem Antrag auf einen so genannten Hängebeschluss des VG Köln. Bevor das VG Köln einen Beschluss erlassen konnte, kam dem das Bundesamt zuvor und setzte die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ bis zu einer inhaltlichen Eil-Entscheidung vorläufig aus.

Sicherheitsbehörde bleibt bei ihrer Neubewertung der Partei

Das Amt stellte im Schreiben an das Gericht allerdings klar, dass es die Neubewertung inhaltlich weiterhin für gerechtfertigt hält. Eine erste Entscheidung des VG Köln wird frühestens in einigen Monaten, vielleicht auch erst in einem Jahr vorliegen. Zunächst wird die zeitweise Verfassungsschutz-Hochstufung der AfD also vor allem politische Wirkung erzeugen. So hat sie die von Jens Spahn (CDU) Ende April angestoßene Debatte über eine normale parlamentarische Behandlung der AfD vorläufig beendet und die Stimmen für das Aufrechterhalten einer politischen „Brandmauer“ zur AfD gestärkt. Bei der anstehenden Wahl von Ausschussvorsitzenden im Bundestag kommt es rechtlich nicht auf die Ein-

Verbot der stärksten Oppositionspartei an.

Eine Verbotverfahren gegen die AfD wäre langwierig

Über einen Antrag auf ein AfD-Verbot würde das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Es ist dabei nicht an die Einstufung des Verfassungsschutzes und die nachfolgenden Urteile der Verwaltungsgerichte gebunden. Wenn eine Partei wie die AfD nicht offen für die Abschaffung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde eintritt und dies nur puzzelartig aus Äußerungen von Funktionären geschlossen wird, ist ein Verbotverfahren langwierig und hat einen unsicheren Ausgang. Falls die Einstufung der AfD als extremistische Partei vom VG Köln bestätigt wird, kann dies auch Auswirkungen auf AfD-Mitglieder im öffentlichen Dienst haben. Bei hochrangigen Funktionären könnten die Folgen bis zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis reichen.

Keine automatischen dienstrechtlichen Konsequenzen

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sagte vor Amtsantritt allerdings, die bloße AfD-Mitgliedschaft sei noch kein Grund für dienstrechtliche Konsequenzen. Bei weiteren Vorwürfen müssten die Folgen im Einzelfall geprüft werden. Möglicherweise werden Bund und

Nach der jüngsten Einschätzung des Verfassungsschutzes zur AfD wird wieder über einen Verbot der AfD diskutiert. Jedoch stößt ein Verbot der AfD auch auf Kritik. Skeptiker meinen, die Partei müsse politisch bekämpft werden.

© picture-alliance/Caro/Trappe



» Vorgeworfen wird der AfD, dass sie gegen Ausländer, Muslime und andere Minderheiten hetze und diese verächtlich mache.

BfV

schätzung des Verfassungsschutzes an. Die demokratisch legitimierten Abgeordneten können hier ohnehin frei entscheiden, wen sie wählen und insbesondere wen sie nicht wählen wollen. Das hat das Bundesverfassungsgericht erst im September 2024 entschieden.

Zugleich hat die zeitweise Hochstufung der AfD den Ruf nach einem AfD-Parteiverbot befeuert, insbesondere bei Grünen und Linken, aber auch bei einzelnen Politikern von SPD und CDU. Ein Verbotsantrag kann nur von den drei Organen Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat gestellt werden. Ob ein Antrag gestellt wird, ist eine politische Ermessensentscheidung. Hierbei kann auch die Überlegung einfließen, ob es die Demokratie stärkt, wenn die etablierte Politik das

Länder aber erst dann gegen AfD-Mitglieder und Funktionäre im öffentlichen Dienst vorgehen, wenn die Einstufung der Partei rechtskräftig ist. Mit nachrichtendienstlichen Mitteln darf die AfD bereits jetzt beobachtet werden. Das heißt, es können Telefonate überwacht und Spitzel in der Partei angeworben werden. Die Kommunikationsüberwachung muss von der sogenannten G-10-Kommission des Bundestags genehmigt werden. Die Überwachung ist möglich, seit das Verwaltungsgericht in Köln im März 2022 die Einstufung der AfD als Verdachtsfall gebilligt hat. Daran ändert sich also auch nichts durch die Aussetzung der Hochstufung.

Christian Rath |

Der Autor arbeitet als freier rechtspolitischer Korrespondent.

VORLÄUFIGE EINSCHÄTZUNG DES BfV

„Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass es sich bei der Alternative für Deutschland um eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung handelt. Dieser Befund fußt auf einer äußerst sorgfältigen gutachterlichen Prüfung, die einen Zeitraum von rund drei Jahren umfasst. Wir haben dabei eine Vielzahl von Aussagen und Positionen hochrangiger Parteivertreterinnen und -vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet berücksichtigt und auch neueste organisatorische Entwicklungen mit in das Gutachten einbezogen.“

Maßgeblich für unsere Bewertung ist das die AfD prägende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis, das ganze Bevölkerungsgruppen in Deutschland abwertet und in ihrer Menschenwürde verletzt. Dieses Volksverständnis konkretisiert sich in einer insgesamt migranten- und muslimfeindlichen Haltung der Partei.“

Die Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Sinan Selen und Silke Willems, in einer Erklärung vom 2. Mai 2025.



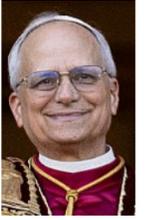
PIs-Kandidat Karol Nawrocki (li.) bei seinem Besuch bei US-Präsident Donald Trump Anfang Mai im Weißen Haus. Der rechtskonservative Politiker ist dem liberalen Kandidaten der Bürgerplattform, Warschaus Bürgermeister Rafal Trzaskowski (Bild re.), dicht auf den Fersen.



© picture alliance / ZUMAPRESS.com/White House / NurPhoto/KlaudiaRadecka

Erstmals Papst aus den USA

Erstmals gibt es einen Papst aus den USA: Der Amerikaner Robert Francis Prevost ist am Donnerstag nach nur 24 Stunden Konklave zum neuen Oberhaupt von weltweit 1,4 Milliarden Katholiken gewählt worden. Als Pontifex wird der 69-Jährige den Namen Leo XIV. tragen. Prevost gehörte bislang schon zu den wichtigsten Männern im Vatikan. In der Kurie – dem Machtapparat der katholischen Kirche – leitete er das Dikasterium (Ministerium) für alle Bischöfe weltweit. Früher war er als Missionar und Bischof in Peru tätig. Außerdem war er Generalprior des Augustinerordens. Prevost gilt als Mann der Mitte, der zwischen dem konservativen Lager und dem für Reformen offenen Lager in der Kirche gut vermitteln kann. Er galt auch als Vertrauter von Papst Franziskus. Der Argentinier war bis zu seinem Tod am Ostermontag zwölf Jahre im Amt. *dpa*



Polen vor den Präsidentschaftswahlen

Für die Regierung steht alles auf dem Spiel

Die Koalition in Warschau braucht den Sieg des eigenen Kandidaten, um Reformen umzusetzen. Doch der Konkurrent von der PiS holt auf

Polens konservativer Präsidentschaftskandidat Karol Nawrocki steht mit ernster Miene im Oval Office und schüttelt Donald Trump die Hand, dann setzen beide Männer ein breites Lächeln auf und posieren mit den Daumen nach oben. „Du gewinnst!“, habe ihm der US-Präsident gesagt, berichtet der von der früheren Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unterstützte Nawrocki im Anschluss an das Treffen am 1. Mai triumphierend. Der Coup des Wunschkandidaten von Oppositionschef Jaroslaw Kaczynski (PiS) war perfekt. Und wirkte sich bald auf die Umfragen aus: Kurz vor dem Wahltermin am 18. Mai rückt Nawrocki immer näher auf den liberalen Favoriten und Warschauer Bürgermeister Rafal Trzaskowski (Bürgerplattform PO) auf – und nähert die Hoffnungen der alten Regierungspartei, die ihre Abwahl vom Herbst 2023 noch immer nicht verkraftet hat.

Spitzenkandidaten vermeiden die direkte Konfrontation

PO und PiS entstammen beide dem einstigen Lager der „Solidarnosc“-Dissidenten, ihr Verhältnis ist aber seit 20 Jahren zerrüttet. Der Bru-

derzwist zwischen alter Regierungspartei und neuer links-liberaler Reformregierung – angeführt vom ehemaligen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk – beherrscht daher seit Wochen auch den Wahlkampf um das in Polen wichtige Präsidentenamt. So haben die Spitzenkandidaten die direkte Konfrontation bisher vermieden. Nawrocki und Trzaskowski traten beide nur in den von ihren jeweiligen Anhängern verfolgten TV-Netzwerken auf.

Trzaskowski ist heute Inbegriff einer weltoffenen, pro-europäischen Ausrichtung. Er spricht vier Fremdsprachen, unterstützt LGBT-Initiativen, ließ die Kruzifixe aus den Warschauer Amtsstuben entfernen und strebt bei der hochkontroversen Debatte um das Abtreibungsrecht eine Fristenlösung nach deutschem und französischem Vorbild an. Von seinem Erfolg hängen die Reformpläne von Tusks Mitte-Links-Regierung ab. Sie werden heute in den meisten Fällen von Staatspräsident Andrzej Duda torpediert, der sich erklärtermaßen als Nachlassverwalter der PiS-Politik von 2015 bis 2023 sieht. Duda, der im August nach zehn Jahren abtreten muss, stoppt Vorhaben wie Re-Demokratisierung, Entflechtung von Kirche und Staat und die Entpolitisierung der von der PiS-

Richtern beherrschten Justiz meist mit Vetos oder Anrufung des Verfassungsgerichts.

Nawrocki dämpft Konkurrenz im rechten Lager

Nawrockis Blitzbesuch bei Trump sollte vor allem seinen noch weiter rechts stehenden Herausforderer Slawomir Mentzen von der rechts-extremen „Konföderation“ in die Schranken weisen. Der erst 38-jährige Steuerberater und Bierbrauer aus Torun buhlt teils um die gleiche Wählerschaft und rückt dem oft farblos und verstockt wirkenden Nawrocki mit wortgewaltigen Wählermeetings und TikTok-Videos gefährlich nahe. Beide fast gleichaltrigen Oppositionspolitiker geben sich EU-skeptisch und entstammen einem weltanschaulich sehr konservativen Milieu. Mentzen jedoch ködert Polens Jungwähler mit libertären Versatzstücken à la Javier Milei in Argentinien. So wirbt er für möglichst geringe Steuern, die Cannabis-Legalisierung und breiten Zugang zu Schusswaffen. Gleichzeitig lehnt er Abtreibung strikt ab, auch im Falle einer Vergewaltigung. Er schlägt anti-ukrainische Töne an, die sich vor allem gegen die 1,5 Millionen Flüchtlinge und Gastarbeiter richten. Mit Sprüchen wie „Wir

wollen keine Juden, Homosexuellen, Abtreibung, Steuern und EU“ startete Mentzen vor sechs Jahren seine politische Karriere am rechten Rand Polens.

Den heute 42-jährigen PiS-Kandidaten Karol Nawrocki kannte damals in Polen praktisch niemand. Der Historiker ohne Parteibuch mit einer gescheiterten Profi-Boxer-Karriere und Kontakten in die rechtsextreme Hooligan-Szene hatte sich vor allem mit Fußballgeschichte beschäftigt, als er von PiS 2017 zum neuen Direktor des Danziger Museums des Zweiten Weltkriegs und 2021 zum Vorsitzenden des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN), einer Art polnischen Gauck-Behörde, berufen wurde. An beiden Stellen erwies er sich gegenüber Kaczynski als sehr loyal. Anstelle eines bekannten PiS-Politikers und möglichen Konkurrenten wollte Kaczynski daher mit ihm den Erfolg des 2015 ebenso unbekanntes Andrzej Duda wiederholen, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten kann. Doch lange konnte der im Unterschied zu Duda hölzernen wirkende Nawrocki selbst mit anti-deutschen Parolen nicht die Herzen aller PiS-Anhänger gewinnen. Bis zu seinem Besuch im Weißen Haus. „Der war eine Vorbereitung auf die Stichwahl“, meint der Historiker und Poli-

tologe Antoni Dudek, „denn PiS kann dann argumentieren, dass nur Nawrocki in der Lage ist, Trump um Hilfe gegen Putin zu bitten“. Dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang am 18. Mai die absolute Mehrheit erreicht, gilt als ausgeschlossen. Eine Stichwahl am 1. Juni scheint daher so gut wie sicher. Bei der letzten Umfrage des staatlichen Instituts CBOS führte Trzaskowski mit 31 Prozent der Stimmen noch knapp vor Nawrocki (27 Prozent). Mentzen kam auf 16 Prozent.

Niederlage Trzaskowskis könnte Neuwahlen nach sich ziehen

Nur eine Nebenrolle spielen bei den Präsidentschaftswahlen der Parlamentspräsident Szymon Holownia, die einzige Frau Magdalena Biejat (Linke), der oppositionelle Linkspolitiker Adrian Zandberg sowie drei weitere Männer.

„Vom Wahlausgang in Polen hängt das Los des politischen Projekts von Tusk ab“, urteilt der Politologe Piotr Buras. Sollte Trzaskowski verlieren, rechnet Buras mit einem Ende der Dreiparteien-Koalition und vorgezogenen Neuwahlen. *Paul Flückiger*

Der Autor ist freier Osteuropakorrespondent und lebt in Warschau.

PERSONALIA

BERND KLAUßNER †

Bundestagsabgeordneter 1994-1998 CDU

Am 24. April starb Bernd Klaußner im Alter von 84 Jahren. Der promovierte Betriebswirt aus Neukirchen-Adorf/Erzgebirgskreis trat 1962 der CDU in der DDR bei. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem sächsischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Klaußner im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit.

Ulrike Höfken

Bundestagsabgeordnete 1994-2011 Bündnis 90/Die Grünen

Am 14. Mai begeht Ulrike Höfken ihren 70. Geburtstag. Die Diplom-Agraringenieurin aus Ingendorf/Eifelkreis Bitburg-Prüm trat 1989 den „Grünen“ bei und war von 1991 bis 1994 Vorsitzende des Landesverbands von Bündnis 90/Die Grünen in Rheinland-Pfalz. Von 1989 bis 2001 gehörte sie dem Kreistag Bitburg-Prüm an und amtierte zugleich als Fraktionsvorsitzende. Höfken war von 2006 bis 2009 Vorsitzende sowie von 1998 bis 2005 und von 2009 bis 2011 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Von 2011 bis 2020 amtierte sie als Umweltministerin in Rheinland-Pfalz.

24. 4. 2025

Amke Dietert Scheuer

Bundestagsabgeordnete 1994-1998, 2002 Bündnis 90/Die Grünen

Am 14. Mai wird Amke Dietert-Scheuer 70 Jahre alt. Die Gymnasiallehrerin aus Hamburg trat 1989 den Grünen bei. Im Bundestag engagierte sie sich im Petitionsausschuss. Im Februar 2002 rückte sie für die gestorbene Abgeordnete Kristin Heyne nach und war stellv. Mitglied des Gesundheitsausschusses. Dietert-Scheuer äußerte sich als Autorin auch zu Menschenrechtsfragen.

Ernst Paul Dörfler

Bundestagsabgeordneter 1990 Bündnis 90/Die Grünen

Am 15. Mai wird Ernst Paul Dörfler 75 Jahre alt. Der promovierte Chemiker und Schriftsteller aus Zerbst zählte im November 1989 zu den Mitbegründern der Grünen Partei in der DDR und war bis März 1990 deren Vertreter am „Zentralen Runden Tisch“. Von April bis Oktober gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember 1990 dem Bundestag an. Dörfler hat sich als Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Fragen des Naturschutzes einen Namen gemacht.

Claudia Roth

Bundestagsabgeordnete 1998-2001, 2002-2021 Bündnis 90/Die Grünen

Am 15. Mai begeht Claudia Roth ihren 70. Geburtstag. Die Dramaturgin aus

70 JAHRE

Augsburg, von 1985 bis 1989 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der „Grünen“, trat 1987 der Partei bei. Von 2001 bis 2002 amtierte sie gemeinsam mit Fritz Kuhn als Bundesvorsitzende und von 2004 bis 2013 in gleicher Eigenschaft mit Reinhard Bütikofer und Cem Özdemir. Von 2013 bis 2021 war Roth Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und danach bis 2025 Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Von 1989 bis 1998 hatte sie bereits dem Europäischen Parlament angehört und sich dort vor allem für die Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei eingesetzt. Roths bundespolitische Karriere begann eigentlich erst 2003 nach der parteiinternen Abkehr vom Prinzip der Trennung von Amt und Mandat. 2006, 2008, 2010 und 2012 wurde sie mit respektablen Ergebnissen wiedergewählt, bis auf eine Ausnahme fast immer mit 80 Prozent. Die Popularisierung von Menschenrechtsfragen, verbunden mit dem Schutz von Minderheiten, die Wegbereitung multikulturellen Zusammenlebens, der Einsatz für eine offene und solidarische Gesellschaft mitsamt der Gleichberechtigung sexueller Minderheiten sowie die Förderung der europäischen Integration gehörten zu den Schwerpunkten ihres politischen Wirkens. Roth sieht sich stets als mahndes Gewissen ihrer Partei. Als Richtschnur, so sagte sie einmal, habe ihr ein Ausspruch Bertolt Brechts gedient: „Ändere die Welt, sie braucht es.“ Dieser Leitgedanke sei ihr Karriereplan gewesen. *bmh*

75 JAHRE

70 JAHRE

GASTKOMMENTARE: AUSSCHUSSVORSITZ AUCH FÜR DIE AfD?

Aber nur mit Vorkehrungen

PRO

Es ist wie es ist. Die AfD ist nun mal mit mehr als 150 Abgeordneten stärkste Oppositionskraft im Bundestag. Damit müssen die anderen Fraktionen jetzt umgehen. Die - ausgesetzte - Einstufung der Partei durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ ändert daran erstmal nichts. Auch ist ja noch unklar, was daraus eigentlich folgen würde, Stichwort Parteiverbot.

Es wäre falsch, im Parlament die Opfer-Mär der Partei zu befeuern, man werde entrechtet und von den anderen politisch gegängelt – was ohnehin nicht stimmt, wenn man demokratische Spielregeln und Verfahren ernst nimmt und auf deren Wehrhaftigkeit vertraut. Und das sollte man tun.

Richtig ist es daher, bei den Ausschussvorsitzenden die AfD nicht von vornherein gänzlich zu übergehen, auch wenn sie laut Bundesverfassungsgericht darauf keinen Anspruch hat. Aber das dann bitteschön nur mit Sicherheitsvorkehrungen. So muss genau geschaut werden, wen die AfD für diese Posten nominiert und für was diese Person inhaltlich im rechten Spektrum steht. Davon muss ein Ja oder Nein zentral abhängig gemacht werden. Genauso wichtig ist, dass die Geschäftsordnung präzisiert wird, so dass die Abwahl des- oder derjenigen deut-



Hagen Strauß

© Privat

lich leichter wird, ohne sich dabei in verfassungsrechtliche Grauzonen zu begeben. Entzaubert wird die AfD durch mehr Beteiligung nicht, das ist schon klar; irgendeine Opfer-Geschichte findet sie immer. Und die befürchtete Normalisierung der Partei, die gibt es längst. Das zeigt ihr Abschneiden bei der Bundestagswahl. Und im parlamentarischen Betrieb sind die Rechten ohnehin eingebunden wie die anderen Fraktionen auch. Tatsächlich entzaubern lässt sich die AfD nur durch gute Politik, die bei den Menschen verfährt. Das ist nun insbesondere die Aufgabe der neuen Bundesregierung und ihres Kanzlers.

Hagen Strauß

Der Autor ist Korrespondent in der Berliner Parlamentsredaktion der „Rheinischen Post“.

Anpassung an die Realität

CONTRA

Der AfD gemäß ihrer Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag den Vorsitz in den Ausschüssen zu gewähren, sei die Konsequenz einer demokratischen Wahl, deren Votum es zu beachten gelte. So oder ähnlich lauten die Argumente der Befürworter. Ergänzt wird diese Begründung gerne noch mit dem Ratschlag, man möge zur Vermeidung einer „Opferrolle“ die AfD als „ganz normale Partei“ behandeln.

Wer so argumentiert, übersieht jedoch zwei Dinge: Erstens ist es zur Respektierung des Wählerstimmens nicht zwingend geboten, die Mandate im Bundestag noch mit herausgehobenen Positionen im Parlamentsbetrieb zu veredeln. Es stimmt zwar – die Verteilung der Ausschussvorsitze entspräche den bisherigen Gepflogenheiten. Aber angesichts der Entwicklung der AfD von einer eurokritischen Protestbewegung hin zu einer laut Verfassungsschutz inzwischen „gesichert rechtsextremistischen“ Partei sollte man auch im Bundestag die bisherige Praxis der „guten parlamentarischen Gepflogenheiten“ überdenken – ja besser noch sie an die politische Realität anpassen. Die Parteien der demokratischen Mitte tun gut daran, einer „Normalisierung“ der AfD nicht die Hand zu reichen.

Zweitens sollte das Gebot des „demokratischen Umgangs“ dessen Vertreter nicht wehrlos ma-



Daniel Goffart

© Privat

chen. Der Blick in manche unserer europäischen Nachbarländer und mehr noch der Blick in die USA zeigen, dass der freie Rechtsstaat selbst in den fortschrittlichsten Ländern keine unumstößliche Selbstverständlichkeit ist. Wenn gewählte Präsidenten lügen, Urteile von Gerichten missachten und freie Medien einschüchtern, ist die Demokratie in akuter Gefahr.

Das Grundgesetz ist als Konsequenz aus der NS-Herrschaft als wehrhafte Demokratie konstruiert worden. Das beginnt damit, dass man den Feinden der Demokratie nicht mehr Macht gibt als von der Verfassung zwingend vorgeschrieben.

Daniel Goffart

Der Autor ist Chefkorrespondent der in Düsseldorf erscheinenden „Wirtschaftswoche“.

LESERPOST

Zur Ausgabe 16-19 vom 12.4.2025, „Aufbruch in turbulenten Zeiten“ auf Seite 12:

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag weist widersprüchliche Aussagen auf: Einerseits bekennen sich die Parteien in der Außenpolitik zur „Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte“, andererseits findet dieser Menschenrechtsuniversalismus in der Asylpolitik nicht ausreichend Berücksichtigung: Abschaffung des „verpflichtend beigestellten“ Rechtsbeistands für Schutzsuchende vor dem Vollzug ihrer Abschiebung sowie – abgesehen von „Härtefällen“ – das zweijährige Aussetzen des Familiennach-

zugs für subsidiär Schutzberechtigte. Die universelle Geltung von Menschenrechten hat sich auf alle Politikfelder zu beziehen, denn sonst wären diese unveräußerlichen Rechte nur partikulär gültig. Migrations-, Entwicklungs-, Außen- und Klimapolitik sowie Demokratiebildung und Erinnerungskultur sind immer zusammenzudenken. Die zukünftige Regierung sollte sich bei all ihren politischen Entscheidungen an ethischen Prinzipien und Werten wie Humanität, Menschenwürde, Menschenrechten und historischer Verantwortung orientieren.

Marcel Remme,
Tübingen

Zur Ausgabe 16-19 vom 12.4.2025, „Aufbruch in turbulenten Zeiten“ auf Seite 12:

Aus meiner Sicht muss die SPD gewaltige Veränderungen in ihrem Regierungsstil vornehmen. Die Wirtschaft kommt einfach nicht aus der Krise. Im Gegenteil, es droht ein drittes Rezessionsjahr in Folge nach Aussage internationaler Experten. Für den 16,4 Prozent Wählerstimmen-Koalitionspartner SPD muss daher sofort gelten, alles jetzt zu fördern, was Wachstum und Jobs schafft. Diese Kehrtwende ist essenziell für unser Land. Jetzt Wohlstand schaffen!

Ursula Reichert,
Hanau

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Früher war mehr Freibier

Reichen sieben Flaschen Sekt für zwölf Kolleginnen und Kollegen? Das sind Fragen, die man sich stellt, wenn es im Büro mal wieder etwas zu feiern gibt. Bringt man zu wenige Flaschen mit, wirkt man geizig, sind es zu viele, droht ein ungewolltes Gelage.

Es ist nicht bekannt, ob sich der Dochnoch-Neu-Kanzler Friedrich Merz mit solchen arithmetischen Fragen des sozialen Miteinanders jemals näher beschäftigt hat. Medial überliefert ist aber, dass er zur Feier des Starts der neuen Bundesregierung ein Fass Freibier für seine Mitstreiter besorgt hat. Eigenhändig im Sauerland gekauft und nach Berlin gebracht, Merz packt an.

Offenbar hat er aber ähnlich kalkuliert wie die Koalition im ersten Wahlgang. Ein Zehn-Liter-Fass hatte Merz mitgebracht. Und bei der Füllmenge darf man sich schon fragen, ob neben den 17 Ministerinnen und Ministern im Kabinett auch noch ein Gläschen für Staatssekretäre und Co. übrig geblieben ist. Klar ist: Mit zehn Litern Bier, zumal aus dem Sauerland, kann man weder die Weltlage schön noch die Koalition groß saufen.

Zur Ehrenrettung von Merz sei angemerkt: Union und SPD haben gerade erst mit der Arbeit begonnen. Da gibt es eigentlich weder Grund noch Zeit für ein rauschendes Fest. Bei einem Arbeitessen mit neuen Kolleginnen und Kollegen gebietet es die Business-Etikette ohnehin, sich beim Alkoholkonsum zurückzuhalten. Die Merz'sche Biermaß könnte auch ein politisches Signal sein: Schwarz-Rot will den Haushalt konsolidieren, da müssen wir auch das Bierfass enger schnallen. Vermutlich sammelt Merz auch persönlich das Pfandgeld ein, es gibt nichts zu verschenken. Aber: Das Schlimmste, das weiß man als Fan des deutschen Punkrock, ist nicht, wenn man im ersten Wahlgang durch die Kanzlerwahl rasselt. Nein, das Schlimmste ist, wenn das Bier alle ist. Prost!

scr

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15, Telefax (030) 227-3 65 24

Internet: <http://www.das-parlament.de>
E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: N.N.

Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ahe) v.i.S.d.P.

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 9. Mai 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IWV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂, durch den Versand mit der Deutschen Post

Gedenken zum 8. Mai: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) legt zusammen mit Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin des Saarlands und amtierende Bundesratspräsidentin, Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU), Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, an der Neuen Wache, der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, einen Kranz nieder.

© picture alliance/dpa



Gedenkstunde des Bundestags zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren

»Wir alle sind Kinder des 8. Mai«

Bundespräsident Steinmeier und Bundestagspräsidentin Klöckner mahnen eine auf die Zukunft gerichtete Erinnerungskultur an

Wir alle sind Kinder des 8. Mai.“ Dieser Satz des deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas durchzog als Leitmotiv die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am vergangenen Donnerstag während der Gedenkstunde des Deutschen Bundestags zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa.

Es gibt einige Daten, die in der deutschen Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus einen herausragenden Platz einnehmen: Da ist der 30. Januar 1933, der mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler den Beginn der zwölfjährigen NS-Diktatur markiert. Die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 gilt als das Fanal für die Verfolgung und planmäßige Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden in Europa. Der 1. September 1939 steht für den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs, der in Europa 60 Millionen Tote fordern wird. Die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 wiederum ist seit 1996 Anlass für das jährliche öffentliche Gedenken für alle Opfer des Nationalsozialismus. Am 8. Mai hingegen, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vor den alliierten Siegermächten, kumulieren all diese Daten, all das Gedenken und Erinnern.

Klares Bekenntnis zu den Verbrechen der Deutschen

„Es waren Deutsche, die diesen verbrecherischen Krieg entfesselt und ganz Europa mit in den Abgrund gerissen haben“, betonte Steinmeier in seiner Rede wohl ganz bewusst und wies damit den oft unternommenen Entschuldigungs-Versuch, die begangenen Verbrechen zwischen 1933 und 1945 bei „den Nazis“ abzuladen,

zurück. „Es waren Deutsche, die das Menschheitsverbrechen der Shoah begangen haben. Und es waren Deutsche, die nicht willens und nicht fähig waren, selber das Joch des NS-Regimes abzuwerfen.“ Seit der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai vor 40 Jahren hat sich jedoch nach langen und mitunter heftigen Debatten ebenso die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieser Tag auch von den Deutschen als ein „Tag der Befreiung“ empfunden werden kann und sollte. So sei der 8. Mai „als Tag der Befreiung Kern unserer gesamtdeutschen Identität geworden“, führte Steinmeier aus.

» Unsere Geschichte ist kein Gefängnis, in das wir eingesperrt sind. Sie ist kein Ballast, auch nicht für uns Nachgeborene.

BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER

Das zentrale Thema der Rede des deutschen Staatsoberhauptes an diesem Tag ist jedoch, welche Konsequenzen sich für die Deutschen, die Kinder des 8. Mai, aus dieser Erkenntnis ergeben. Und diese formuliert Steinmeier mit der Frage: „Wie können wir frei bleiben, wie bewahren und schützen wir unsere Demokratie?“ Bedroht seien die Freiheit und die Demokratie weltweit. Die „Faszination des Autoritären und populistische Verlockungen“ gewöhnen 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder Raum, und Zweifel an der Demokratie würden laut. Auch in Deutschland verhöhnten extremistische Kräfte die Institutionen und Repräsentanten der Demokratie. „Sie vergiften unsere Debatten. Sie spielen mit den Sorgen der Menschen. Sie

betreiben das Geschäft mit der Angst. Sie hetzen Menschen gegeneinander auf. Sie erwecken alte böse Geister zu neuem Leben.“

Absage an den »Schlussstrich« unter die Geschichte

Ein zentrales Element, um diesen Kräften entgegenzutreten, sieht Steinmeier in einer lebendigen Erinnerungskultur, in der „Kraft der gemeinsamen Erinnerung“. Die Geschichte sei „kein Gefängnis, in das wir eingesperrt sind. Sie ist kein Ballast, auch nicht für uns Nachgeborene“, stellt Steinmeier klar.

Eine deutliche Absage erteilte er denn auch jenen Stimmen, „auch in diesem Haus“, die einen sogenannten ‚Schlussstrich‘ unter unsere Geschichte und unsere Verantwortung fordern“. Steinmeier muss es nicht explizit aussprechen und tut es auch nicht, aber die Zuhörer innerhalb und außerhalb des Plenarsaals des Reichstagsgebäudes wissen, an wen der Bundespräsident diese Worte adressiert. Seit Jahren fordern hochrangige Vertreter der AfD eine „180-Grad-Wende“ in der deutschen Erinnerungskultur, polemisieren gegen eine vermeintlichen „Schuld-komplex“, der den Deutschen einge-redet worden sei, degradieren den Terror der Nationalsozialisten zu einem ‚Vogelschiss‘ in der deutschen Geschichte, desavouieren das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als „Mahnmal der Schande“ oder betreiben offene Geschichtsfälschung, wenn sie Hitler zum Kommunisten erklären. Auch die Abgeordneten der AfD-Fraktion wissen, dass sich Steinmeiers Kritik und Mahnung an sie richtet. Und so regt sich in ihren Reihen kaum eine Hand zum Applaus, ihre Gesichter verraten Ablehnung, mitunter gar Spott – während vieler Passagen der Rede des Bundespräsidenten. Auch Bundestagspräsidentin Julia Klöckner betonte in ihrer Rede, wel-

che Bedeutung Gedenktage wie der 8. Mai und die Erinnerungskultur haben. Aber auch, dass das Gedenken und Erinnern Gefahr laufen, zu einer hohlen Phrase zu werden, wenn sie nicht durch konkrete Politik begleitet werden. So schütze allein die Erinnerung an den Holocaust wie am 27. Januar „nicht vor neuem Antisemitismus“, sagte Klöckner. Der Antisemitismus habe viele Gesichter und Narrative. „Während wir noch das ‚Nieder‘ beschwören, passiert das ‚Wieder‘ schon. Jetzt! Auf unseren Straßen. Im Netz. Und sogar an Universitäten! Wer zeitlich nach hinten erinnert, muss auch nach vorne übersetzen – auf heutiges Handeln!“ Ebenfalls ohne es namentlich zu benennen, machte Klöckner damit deutlich, dass die Gefahr des Antisemitismus nicht nur von den rechten

» Wer zeitlich nach hinten erinnert, muss auch nach vorne übersetzen – auf heutiges Handeln!

BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN JULIA KLÖCKNER

Rändern, sondern auch von linken und islamistischen Gruppierungen ausgeht, die in der jüngsten Vergangenheit unter dem Deckmantel der Solidarität mit den Palästinensern antisemitische Narrative bedienen oder mit dem Slogan „From the river to the sea, Palestine will be free“ – wenn auch verklausuliert – das Existenzrecht Israels negieren. Wie das von Klöckner geforderte Übersetzen nach vorne auf heutiges Handeln auch in außenpolitischen Fragen aussehen soll, machten sie und Steinmeier ebenfalls deutlich. Vor allem in der Frage des Ukraine-Krieges. Putins „Feldzug gegen ein

freies, demokratisches Land“, habe nichts gemein mit dem Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, sagte Steinmeier. „Diese Geschichtslüge ist nichts als eine Verbrämung imperialen Wahns, schweren Unrechts und schwerster Verbrechen!“ Gerade weil Deutschland nicht vergessen habe, welche gewaltigen Opfer die Sowjetunion aufbrachte – 13 Millionen tote Soldaten und noch einmal so viele Zivilisten.

Plädoyer für die Unterstützung der Ukraine

Die berechtigte Sorge der Deutschen vor dem Krieg aus ihren historischen Erfahrungen dürfe auch nicht zu einem Verzicht bei der eigenen Verteidigung führen, sagte Steinmeier. „Wir müssen alles tun, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, um Putins Landnahme aufzuhalten. Wir müssen zeigen: Demokratien sind keine wehrlosen Opfer.“ Auch dies sei ein Auftrag des 8. Mai. Und übereinstimmend postulierte Julia Klöckner: Wer befreit wurde, sei verpflichtet, die Freiheit auch zu verteidigen. Deutliche Worte richtete Bundespräsident Steinmeier auch an die Regierung von US-Präsident Donald Trump. Dass sich ausgerechnet die Vereinigten Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich am Aufbau der internationalen Ordnung auf Basis des Völkerrechts beteiligt gewesen seien, „von ihr abwenden, ist eine Erschütterung von ganz neuem Ausmaß“. Der Angriffskrieg Russlands und der Wertebuch Amerikas seien ein „doppelter Epochenbruch“, der das Ende des langen 20. Jahrhunderts markiere.

In dieser Situation, so führte Steinmeier abschließend an, gebe der Satz von Habermas „Wir sind alle Kinder des 8. Mai“ Hoffnung. „Von außen kann uns heute niemand die Freiheit schenken. Wir müssen selbst für sie einstehen. Wir wissen, was zu tun ist.“

Alexander Weinlein

INTERVIEW MIT DANIEL BOTMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES ZENTRALRATS DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

»Es ist kein Matheunterricht«

Die Erinnerung an die Shoa kann nicht vermittelt werden, wie andere Schulfächer, denn es geht auch darum, die Schüler emotional zu erreichen, sagt Botmann. Den Kampf gegen Antisemitismus bezeichnet er als „leider dauerhaft“, mit immer neuen Herausforderungen

Herr Botmann, 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nehmen nur noch vereinzelt Zeitzeugen an den Gedenkveranstaltungen teil. Die Ereignisse werden zunehmend historisiert, worauf viele Menschen auch mit Sorge blicken. Zu Recht?

Das Sterben der Zeitzeugen wird die Gedenkkultur, wie wir sie kennen, verändern. Das Erinnern für alle Altersgruppen, aber auch für Menschen mit Migrationshintergrund, die keinen familiären Bezug zur Shoa haben, weiterhin authentisch zu gestalten, ist die große Aufgabe der heutigen Gesellschaft. Aber sie ist lösbar.

Es waren die Überlebenden der Konzentrationslager, die nach 1945 dafür gesorgt haben, dass aus Tatornen Gedenkorte wurden, dass anderswo Mahnmale entstanden sind. Die Opfer mussten für ihr Anliegen selber kämpfen.

Dieses Phänomen erleben wir auch heute. Zum Beispiel drängen Länder wie Polen oder Ungarn sehr darauf, Opfer in den Arbeits- oder Vernichtungslagern nicht mehr als jüdische, sondern als polnische oder ungarische Opfer darzustellen. Auch da ist es wieder Aufgabe der jüdischen Seite zu betonen: Wir dürfen das nicht so einfach verwischen. Denn diese Menschen sind ermordet worden, weil sie Juden waren und nicht, weil sie Polen oder Ungarn waren.

In der Bundesrepublik ist nach dem anfänglichen Verschweigen der Verbrechen in mühevollen Aushandlungsprozessen eine vielfältige Erinnerungskultur mit Gedenk- und Dokumentationsstätten entstanden, die sich über zu wenige Besucher nicht beklagen können. Das ist doch eine gute Nachricht, oder?

Durch das tatsächliche Erleben solcher Orte des Schreckens verändert sich häufig auch der Blick, und die

» Leider gibt es in den Gedenkstätten einen massiven Investitionsstau, sie sind häufig unterfinanziert.

DANIEL BOTMANN

Sensibilität für dieses Thema steigt. Aber der alleinige Besuch einer Gedenkstätte reicht nicht aus, um ein Bewusstsein für die Geschichte zu entwickeln. Dafür ist eine pädagogische Vor- und Nachbereitung zwingend. Das heißt: Neben der Finanzierung der Gedenkstätten muss es Platz in Lehrplänen und in der Ausbildung des Lehrpersonals für dieses Thema geben. Aber zur Wahrheit gehört leider auch, dass es in den Gedenkstätten einen massiven Investitionsstau gibt. Sie sind häufig unterfinanziert. Um diese authentischen Erinnerungsorte auch für die Zukunft zu erhalten, braucht es deutlich mehr Unterstützung von der Politik.

Im Widerspruch zu dem Besucherandrang scheint zu stehen, dass in Umfragen der Anteil jener Befragten steigt, die einen Schlussstrich unter dieses Kapitel ziehen wollen. Diese Debatte ist längst keine mehr, die nur ganz rechts aufgeführt wird.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Wenn in Umfragen 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler der achten oder neunten Klasse angeben, mit dem Begriff Auschwitz nichts anfangen zu können, ist das ja noch bezeichnender. Offensichtlich gibt es auch in der schulischen Bildung eine Fehlentwicklung.



© picture alliance/SZ Photo/JürgenHeinrich

Gibt es dazu Gespräche mit den Landesbildungsministern, was eine bessere Vermittlung des Themas in der Schule betrifft?

Wir sind eng mit der KMK (Kultusministerkonferenz) vernetzt. Unter anderem wurde bereits ein Leitfaden für die Darstellung von Juden in Schulbüchern erarbeitet, denn darin werden sie häufig stilisiert mit Schläfenlocken und langem Bart dargestellt. Das wird aber der Realität in Deutschland überhaupt nicht gerecht. Es gibt auch Empfehlungen für Lehrkräfte zum Umgang mit Antisemitismus. Aber die besten Konzepte helfen nicht, wenn sie am Ende nur von einem Teil der Lehrkräfte umgesetzt werden. Auch die Eltern dürfen sich im Übrigen nicht aus der Verantwortung nehmen. Es kann nicht alles an die Schule abgeschoben werden. Es liegt auch an ihnen, den Kindern einen Kompass mit

auf den Weg zu geben. Die Erinnerung an die Shoa ist kein Matheunterricht. Es geht auch darum, Kinder und Jugendliche emotional zu erreichen und Empathie zu erzeugen. Das gilt für die Schule, aber auch für zu Hause.

In einer aktuellen Befragung gaben rund 60 Prozent der jungen Menschen an, ihr Wissen über den Nationalsozialismus hauptsächlich aus den Sozialen Medien zu beziehen. Es sei dort ein schwer überschaubarer Tummelplatz entstanden, auf dem Geschichte diskutiert, emotional aufgeladen oder verfälscht wird, schrieb jüngst ein Historiker dazu. Macht Ihnen das Angst?

Angst ist das falsche Wort. Ich denke, wir sollten hier aktiv etwas entgegenzusetzen. Es ist gut, wenn Gedenkstätten beispielsweise auf Plattformen wie TikTok und in anderen sozialen Medien präsenter werden. Ich denke, in

digitale Bildungsformate sollte noch mehr investiert werden, als es derzeit der Fall ist. Das Internet und Soziale Medien werden nicht verschwinden. Dieser Raum muss künftig noch viel intensiver für Bildung und Aufklärung genutzt werden.

Im vergangenen Jahr hat das Gedenkstättenkonzept der Ampel-Regierung heftigen Widerspruch bei den Gedenkstättenleitern ausgelöst. Sie hatten befürchtet, dass eine breitere thematische Aufstellung zulasten der Darstellung der NS-Verbrechen führen könnten. Konnten Sie das nachvollziehen?

Ich habe die Sorge geteilt. Die Shoa ist singular in der deutschen Geschichte. Wir sind natürlich überzeugt von der Notwendigkeit, die einzelnen Epochen der deutschen Geschichte aufzuarbeiten, auch die Kolonialzeit und die Verbrechen, die hier stattgefunden haben. Es wird aber den historischen Ereignissen nicht gerecht, wenn sie so miteinander vermischt werden, wie es in dem Konzept bis zum Ende leider geplant war. Das dient im Übrigen weder der Aufarbeitung des einen noch des anderen Verbrechens.

Die Eröffnung des Holocaust-Mahnmals jährt sich am 10. Mai zum 20. Mal. Wie finden Sie es, wenn an so einem Ort Kinder durch die Gegend toben und Verstecken spielen?

Letztendlich fügt sich dieser Ort ein in das Stadtbild und so, wie das Mahnmal gestaltet ist, ist es unumgänglich, dass dort auch Kinder Verstecken spielen. Dennoch denke ich, entsteht bei den meisten Besuchern ein beklemmendes Gefühl, wenn sie sich zwischen den Stelen bewegen, und sie fangen an, sich mit der Besonderheit des Ortes auseinanderzusetzen.

Verändert hat sich seit einigen Jahren der Diskurs über die Opfer, immer mehr Opfergruppen des NS-Regimes geraten in den Fokus. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Eins ist klar: Es darf und es sollte keine Opferkonkurrenz geben. Natürlich muss an all die Opfer des Nationalsozialismus erinnert werden, ob es Homosexuelle, politisch Verfolgte, Kommunisten oder Sinti und Roma waren. Es darf dabei aber nicht zu einer Marginalisierung der jüdischen Opfer kommen, denn sie waren nun einmal bei weitem die größte Opfergruppe.

Nach dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 und dem starken Anstieg antisemitischer Straftaten ploppte in der Debatte darüber die Forderung nach einem verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte für Schüler wieder auf. Würden Sie das befürworten?

Ich würde es tatsächlich befürworten, wenn es eingebettet wäre in ein pädagogisches Konzept. Nur dann, glaube ich, kann es tatsächlich einen wirkungsvollen Effekt haben.

Seit Oktober 2023 überlegen Mitglieder jüdischer Gemeinden wieder, Deutschland zu verlassen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen. Wie präsent ist das Thema in den Gemeinden aktuell?

Die Gefahrenlage für jüdische Gemeinden und für Juden in Deutschland ist nach wie vor hoch. Auswanderungsgedanken gibt es bei Juden in Deutschland vereinzelt, sie sind aber kein Massenphänomen. In Frankreich oder Spanien allerdings sind die jüdischen Gemeinschaften in einer noch dramatischeren Situation, auch was die öffentliche Stimmung angeht. Dort erleben wir schon heute eine sichtbare Auswanderungsbewegung, vor allem nach Israel und in die USA.

Bund und Länder haben die Mittel für Sicherheitsmaßnahmen deutlich aufgestockt. Es wird über eine Verschärfung des Paragraphen zur Volksverhetzung nachgedacht. Es gibt einen Aktionsplan gegen Antisemitismus. Reicht Ihnen das als politische Reaktion?

Antisemitismus ist ein sehr dynamisches Phänomen. Es findet immer

» Antisemitismus ist ein sehr dynamisches Phänomen. Es findet immer wieder einen neuen Weg.

DANIEL BOTMANN

wieder einen neuen Weg und deshalb müssen die Politik und die Gesellschaft immer wieder neu überlegen, welche Antworten sie auf aktuelle Herausforderungen finden. Das passiert ja auch: Es wurde die Flaggenverbrennung unter Strafe gestellt, ein neuer Strafrechtsparagraf zur verhetzenden Beleidigung geschaffen, als Reaktion auf die vielen Hassbotschaften danach. Ich denke, so wird es auch in Zukunft sein. Der Kampf gegen den Antisemitismus wird leider ein dauerhafter sein.

Das Interview führte Claudia Heine

Daniel Botmann wurde 1984 in Tel Aviv geboren und ist in Trier aufgewachsen. Der Rechtsanwalt war von 2005 bis 2011 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz. Seit 2014 ist er Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland.

GLOSSAR ZUM THEMA

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich seit seiner Gründung 1950 von einer Interessenvertretung auf Zeit zum zentralen Dachverband der jüdischen Gemeinden entwickelt. Seine Geschichte spiegelt auch die wechselvolle Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach der Shoa wider.

Schwierige Anfänge nach 1945 Der Zentralrat sollte zunächst eine Interessenvertretung für Jüdinnen und Juden während der Übergangszeit bis zur endgültigen Ausreise sein. 1950 lebten rund 15.000 Juden in Deutschland. Zu den Überlebenden stießen die aus dem Exil zurückgekehrten Remigranten – eine Entscheidung, die in der internationalen jüdischen Gemeinschaft äußerst umstritten war. In der DDR lebten 1949 knapp 500 Jüdinnen und Juden, die in fünf Gemeinden zusammengeschlossen waren.

Gemeindeleben heute Die Gemeinden haben etwa 100.000 Mitglieder. Seit 1989 sind rund 200.000 Menschen jüdischer Abstammung aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert. In den vergangenen Jahren gab es einen starken Zuzug von Israelis allein nach Berlin.

Erinnerungspolitik

Von Deutung und Disput

Vor 40 Jahren hielt Richard von Weizsäcker die berühmte Rede zum Jahrestag des Kriegsendes. Nicht als erster sah er einen „Tag der Befreiung“

Zuletzt war es Gregor Gysi, der im Bundestag dafür warb, den Jahrestag der „Befreiung von der Hitlerdiktatur und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges“ am 8. Mai 1945 zum bundesweit gesetzlichen Feiertag zu erklären – „zumindest in diesem Jahr, aber eigentlich generell“. Richard von Weizsäcker habe „als Bundespräsident als Erster im Bundestag erklärt, dass es sich um eine Befreiung auch des deutschen Volkes handelte“, sagte der Linken-Abgeordnete am 25. März bei der Konstituierung des neuen Bundestags in seiner Rede als Alterspräsident, jetzt sehe das die „übergroße Mehrheit der Bevölkerung“ so.

Gysi griff damit eine alte Forderung seiner Fraktion auf, die schon mehr als ein Jahrzehnt hindurch in alljährlich wiederkehrenden Anträgen dafür plädierte, den „Tag der Befreiung“ zum gesetzlichen Gedenktag zu erheben. Auch in diesen – immer abgelehnten – Anträgen wird auf die Weizsäcker-Passage aus dessen Rede vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes verwiesen, um hinzuzufügen, dass „trotz dieser klaren Aussage“ die Bewertung des 8. Mai bis heute umstritten sei und „seine Bedeutung als Tag der Befreiung nicht allgemein anerkannt“ werde.

Die historische Einordnung des 8. Mai 1945 sorgte in der Bundesrepublik stets für Kontroversen. Dennoch war Weizäckers Rede vor 40 Jahren ein „gedächtnispolitisches Schlüsselereignis“, wie die Historikerin Cornelia Siebeck einmal formulierte. Dabei waren weder sein „klares Bekenntnis zur Notwendigkeit einer anhaltenden Auseinandersetzung mit dem NS-Regime sowie des Gedenkens an dessen Opfer“ noch die Charakterisierung des Datums als „Tag der Befreiung“ neue und erstmals formulierte Einsichten, doch fanden sich ungeachtet auch kritischer Reaktionen viele Seiten in den präsidentialen Ausführungen wieder. Das Wegweiser der Rede, urteilte Siebeck vor zehn Jahren, sei dabei „die durch Weizsäcker postulierte neue bundesrepublikanische Basiserzählung: positive Identität und Bekenntnis zur Nation nicht trotz, sondern durch Erinnerung an die NS-Verbrechen“.

Heuss sah die Deutschen

»erlöst und vernichtet in einem«

In der DDR mit ihrem staatlich verordneten Antifaschismus war der 8. Mai als „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“ von 1950 bis 1966 sowie noch einmal 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes ein gesetzlicher Feiertag. In der Bundesrepublik wurde dem Datum zunächst weniger Aufmerksamkeit entgegengebracht und eine Janusköpfigkeit zwischen Niederlage, Zerstörung, Zusammenbruch und Vertreibung einerseits und der Chance zum Neubeginn, zum Besseren auf der anderen Seite zugeschrieben. Zwar verabschiedete der Parlamentarische Rat 1949 das Grundgesetz bewusst exakt vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, doch auch dabei schwang diese Ambivalenz des Datums mit. So zeigte sich der spätere Bundespräsident Theodor Heuss vor dem Parlamentarischen Rat skeptisch, „ob man das Symbol greifen soll, das in solchem Tag liegen kann“. Der 8. Mai 1945, argumentierte er, bliebe für Deutschland die „tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte“, weil „wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“.

1965 wollte Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) in einer Rundfunk- und Fernsehansprache zum 20. Jahrestag „der deutschen Kapitulation“ von einem Tag der Befreiung nicht



Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Rede am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag in Bonn.

© picture-alliance/dpa / Steiner

sprechen. „Wenn mit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wären, dann allerdings hätte die ganze Menschheit Grund genug, den 8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern“, begründete er seine Haltung.

Willy Brandt (SPD), der fünf Jahre danach im Bundestag als erster Bundeskanzler eine Regierungserklärung zum 8. Mai abgab, stellte dabei zunächst darauf ab, dass ein Vierteljahrhundert davor der „totale Krieg des nazistischen Reiches in der totalen Niederlage“ endete. Obgleich selbst zur NS-Zeit im Exil gewesen, wertete er dies nicht als Befreiung auch der Deutschen: „Was in jenen Tagen vor 25 Jahren von unzähligen Deutschen neben der persönlichen als nationale Not empfunden wurde, war für andere Völker die Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst“, unterschied er ausdrücklich, auch wenn der Mehrheit des deutschen Volks die Chance zum Neubeginn erwachsen sei.

Auf Brandts Regierungserklärung antwortete damals für die CDU/CSU-Fraktion Richard von Weizsäcker. Auch wenn manche Passagen in seiner späteren Rede von 1985 widerklingen sollten, kam der Begriff „Befreiung“ dabei nicht vor. Demgegenüber hatte bereits zwei Tage zuvor Gustav Heinemann, der dritte Bundespräsident, diesen Gedanken in einer Rede zumindest angedeutet: „Wir hatten ungezählte dunkle Stunden zu ertragen, ehe die verbrecherische Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten

Barbarei“, führte Scheel in der Bonner Universitätskirche aus und erinnerte daran, „dass diese Befreiung von außen kam, dass wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln, dass erst die halbe Welt zerstört werden musste, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde“.

So sah auch Scheel im 8. Mai 1945 einen „widersprüchlichen Tag in der deutschen Geschichte“. An ihm „fiel nicht nur die Hitler-Diktatur, es fiel auch das Deutsche Reich“, konstatierte er, „der Staat der Deutschen“, für Generationen von ihnen das geliebte Vaterland: „Wir Deutsche haben heute keinen Anlass zu feiern“. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) äußerte sich zum 8. Mai 1975 vor seinem Kabinett mit der Feststellung: „Der 8. Mai brachte uns die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Einen Anlass für die Deutschen zum Jubeln sah indes auch er nicht: Zwar habe man vor 30 Jahren „aufatmen“ können wie alle Völker unter Hitlers Schreckensherrschaft, aber mindestens ebenso stark sei die Trauer um die Toten in den Konzentrationslagern, auf den Schlachtfeldern und in den zerbombten Städten.

Der Begriff der „Befreiung“ im Kontext des Kriegsendes rückte also auch in der Bundesrepublik mit den Jahrzehnten zunehmend in den Vordergrund als zumindest gleichrangiger Aspekt, ungeachtet seiner offiziellen Deklamation und Vereinnahmung durch den ostdeutschen Systemkonkurrenten. Schon Heinemann hatte

gemeinsamen Gedenkens mit dem Gast zum 8. Mai im Bundestag im Raum, als Zeichen der Versöhnung einstiger Kriegsgegner. Weizsäcker, seit dem Vorjahr Bundespräsident, setzte indes eine Gedenkveranstaltung ohne ausländische Beteiligung im Plenarsaal des Parlaments mit sich als Hauptredner durch.

Die Bitburg-Affäre überlagerte 1985 die Reden Kohls

An Reagans als Versöhnungsgeste gedachten Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) am 5. Mai 1985 hatte sich schon im Vorfeld auf beiden Seiten des Atlantiks viel Kritik entzündet, nachdem bekannt geworden war, dass dort auch SS-Angehörige begraben waren. Die „Bitburg-Affäre“ überlagerte in der öffentlichen Wahrnehmung auch Kohls Rede vom 21. April zum 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, in der er den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ für die Deutschen wertete – wie schon knapp zwei Monate zuvor in einer Bundestagsrede zur Lage der Nation. Kohls Festhalten an dem Besuch in Bitburg „radierte die Erinnerung an seine Ansprache vom 21. April in derselben Geschwindigkeit aus, in der Weizäckers Rede kanonisch werden sollte“, konstatierte der Historiker Norbert Frei in seinem 2023 erschienenen Werk über die Ausführungen der Bundespräsidenten von Heuss bis Weizsäcker zur NS-Vergangenheit. Und für Weizäckers damaligen Pressesprecher Friedbert Pflüger bot die Diskussion über Bitburg „dem Bundespräsidenten die Chance zu einer großen Rede“, mit der sich „die Dinge zurechtrücken, missverständliche Signale korrigieren und die polarisierenden Lager einen“ ließen.

Auf seine Rede hatte sich Weizsäcker monatelang vorbereitet, „Gespräche aller Art geführt und viel gearbeitet“, wie er später in seinen Memoiren schrieb. Dabei habe er „nicht eigentlich neue Einsichten“ vorzutragen gehabt, hätten doch seit Heuss alle seine Vorgänger „eindeutige Worte zur Vergangenheit gesprochen“. Dennoch gilt „die Rede“, wie seine Ansprache bald nur noch tituliert wurde, als ein Höhe- und Wendepunkt deutscher Gedenkpoltik. Ein Grund für die gewaltige Resonanz mag auch in dem Bemühen Weizäckers gelegen haben, unterschiedliche Erfahrungen und Positionen seiner Zuhörer aufzugreifen und einzubinden. Dies zeigen auch die Formulierungen, in die er die Charakterisierung als

„Tag der Befreiung“ einbettete: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang“, führte der Bundespräsident aus, bevor er diese gegensätzlichen Erlebniswelten in seiner Kernthese zusammenzuführen suchte: „Dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Niemand werde „um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten“, fügte Weizsäcker hinzu, doch liege die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit „im Beginn jener Gewaltherrschaft“, die zum Krieg führte: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen“, mahnte er und sah „allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg“. Das „lebhaft“ Echo auf die in der Folgezeit millionenfach verbreitete und in zahlreiche Sprachen übersetzte Rede wertete Weizsäcker in seinen Erinnerungen als „ermutigendes Zeichen“, auch wenn es „zuweilen kontrovers“ gewesen sei. 15 Jahre später, im Jahr 2000, konstatierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), niemand bestreite mehr ernsthaft, „dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist – der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, von Völkermord und dem Grauen des Krieges“.

So allgemein ist der Konsens über Weizäckers Wertung heute nicht

Seitdem haben in den zurückliegenden Jahren eine ganze Reihe von Bundesländern dem 8. Mai den Status eines gesetzlichen Gedenktages verliehen; Berlin begeht im laufenden Jahr einmalig den 80. Jahrestag als gesetzlichen Feiertag – wie schon im Jahr 2020 den 75. Jahrestag. Gleichwohl ist der Konsens über die Einordnung des Datums als „Tag der Befreiung“ so allgemein nicht in Deutschland. Das zeigen nicht nur Äußerungen wie die 2017 von Thüringens AfD-Fraktionschef Björn Höcke erhobene Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“. Brandenburgs AfD-Landtagsfraktion etwa kritisierte es jüngst als „unangemessen und geschichtsvergessen“, von einem 80-jährigen Jubiläum der Befreiung zu sprechen, und forderte die Landesregierung in einem Antrag auf, „den Begriff ‚Tag der Befreiung‘ zu unterlassen“. Der Antrag wurde Ende März abgelehnt, zwei Tage nach Gysis Alterspräsidenten-Ansprache im Bundestag. Eine Mehrheit im Potsdamer Landesparlament fand dagegen ein Prüfauftrag der SPD/BSW-Koalition, in Brandenburg „den 8. Mai als Tag der Befreiung im Fünfjahresturnus zum gesetzlich anerkannten Feiertag“ zu erklären – bei Enthaltung der CDU und gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Helmut Stoltenberg



Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

RICHARD VON WEIZÄCKER

ten von uns genommen wurde“, sagte Heinemann. Ein halbes Jahr vorher hatte er seine erste Auslandsreise in die Niederlande bereits zu der Bemerkung genutzt: „Wir haben das Hitler-Regime nicht zu verhindern gewusst und auch nicht aus eigener Kraft abgeschüttelt. Umso mehr haben viele Menschen auch in Deutschland seinen Zusammenbruch als Befreiung empfunden.“

An diese Sicht knüpfte weitere fünf Jahre später zum 30. Jahrestag des Kriegsendes Heinemanns Amtsnachfolger Walter Scheel an: „Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und

bei seinem Besuch in den Niederlanden 1969 darauf verwiesen, dass inzwischen „eine neue Generation aufgewachsen“ sei und mehr als die Hälfte der jetzt in Deutschland Lebenden „die Hitlerzeit nicht mehr bewusst miterlebt“ habe. Deren Fragen zur NS-Vergangenheit rückten in den 1960er Jahren immer stärker in die öffentliche Diskussion, und die Blicke auf den Tag des Kriegsendes wurden differenzierter.

Dessen 40. Jahrestag ging 1985 eine Diskussion über die Ausgestaltung des fast zeitgleichen Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan voran. Dabei stand zunächst die Idee

Erinnerungskultur im Wandel

Das Erbe der Zeitzeugen

Immer weniger Überlebende des Holocausts können ihre Geschichte selbst erzählen. »Zweitzeugen« müssen übernehmen

Den ganzen Mai über kommt Elisheva Lehmann zu dieser einen Parkbank in Scheveningen, einem Küstenort in den Niederlanden. Dort wartet sie auf Bernie – ihre erste große Liebe. Während des Holocausts wurden sie voneinander getrennt. Nach dem Kriegsende hatten sie sich genau an diesem Ort wiedersehen wollen. Lehmann überlebte als Jüdin den Zweiten Weltkrieg im Versteck. Aber was ist mit Bernie passiert? So erzählt der Verein „Zweitzeugen e.V.“ auf seiner Webseite die Geschichte von Elisheva Lehmann – mit Fotos und Tonaufnahmen, in denen sie selbst spricht. Es ist eine Geschichte von Verlust und Überleben sowie von einer Liebe, die dem Holocaust zum Opfer fiel. Elisheva Lehmann starb 2021, doch ihre Geschichte lebt weiter. Sie wurde dokumentiert, digitalisiert und ist heute für alle online zugänglich. Damit möchte der Verein „Zweitzeugen“ ein Zeichen gegen das Vergessen setzen, in einer Zeit, in der immer weniger Überlebende selbst über ihre Erfahrungen sprechen können.

Nach einem aktuellen Bericht der Jewish Claims Conference gibt es weltweit noch rund 200.000 Holocaust-Überlebende. In Deutschland sind es etwa 11.500. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 87 Jahren. In 15 Jahren werden laut Prognosen über 90 Prozent von ihnen gestorben sein.

Als die Claims Conference die Zahlen im April dieses Jahres veröffentlichte, sagte ihr Präsident Gideon Taylor: „Dieser Bericht erinnert uns eindringlich daran, dass unsere Zeit fast abgelaufen ist, dass unsere Überlebenden uns verlassen und dass dies der Moment ist, ihre Stimmen zu hören.“

Was passiert, wenn die Erinnernden verschwinden?

Jahrzehntlang waren es die Überlebenden, die Zeugnis ablegten: von Deportationen, von den Lagern, von Verlust und Leid. Nun müssen Institutionen neue Wege finden.

Der Historiker Achim Saupe vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam betont, dass persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen nur schwer zu ersetzen seien. „Wenn wir uns in einem Raum mit den Zeit-



Margot Friedländer (4. v.l.) zeichnete im vergangenen Jahr den Verein „Zweitzeugen e.V.“ für seine Arbeit aus. Der Verein setzt sich unter anderem dafür ein, junge Menschen zu Trägern einer engagierten Erinnerungskultur zu machen. © picture alliance/dpa/Annette Riedl

zeugen befinden, können wir mit ihnen direkt kommunizieren, ihre Gesten unmittelbar wahrnehmen – und auch ihre Schwierigkeiten spüren, über die Schrecken von damals zu sprechen“, sagt Saupe. Diese Unmittelbarkeit verleihe den Zeitzeugen eine besondere „Aura und Autorität“, die historische Fakten allein nicht vermitteln könnten.

Doch erst im Verlauf der Jahrzehnte gewann die Rolle der Zeitzeugen an Bedeutung: In den Nachkriegsjahren bestand gesellschaftlich wenig Interesse an ihren Erzählungen und viele Überlebende schwiegen aus Schmerz oder wegen ausbleibenden Gehörs.

Auch galten Zeitzeugen-Berichte oft als zu emotional, um als objektive historische Quelle zu gelten. „Das war auch eine Form der Abwehr – eine Schutzbehauptung, um sich nicht mit den emotionalen Dimensionen dieser Geschichte auseinandersetzen zu müssen“, erläutert Historiker Saupe.

Erst in den 1980er Jahren rückten Zeitzeugen-Aussagen stärker in den Fokus, als die Geschichts- und Gedenkstättenbewegung begann, sich intensiver mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Saupe sagt: „Mit den Berichten der Zeitzeugen konnten abstrakte Orte

wie Lager mit persönlichen Erfahrung und Leid verknüpft werden.“

Angesichts des Verschwindens der Zeitzeugen sind es nun zunehmend digitale Formate, die das Erinnern sichern sollen. In Israel und den USA arbeiten Museen beispielsweise mit holografisch aufbereiteten Interviews von Überlebenden, die auf Besucherfragen mit vorab aufgenommenen Antworten reagieren.

Kinder und Jugendliche werden zu Zeugen der Zeitzeugen

Andere Initiativen setzten auf die persönliche Begegnung und das Erzählen von Mensch zu Mensch. So auch der Verein „Zweitzeugen“, der vor rund 15 Jahren von Sarah Hüttenbrand und Anna Damm gegründet wurde.

Als Studentinnen reisten sie im Rahmen eines selbst entwickelten Studienprojekts nach Israel, um dort Holocaust-Überlebende zu treffen. Aus diesen Gesprächen entstand eine Aufgabe: Die Geschichten sollten nicht nur dokumentiert, sondern von den nächsten Generationen weitergetragen werden – die dadurch zu Zeugen der Zeitzeugen werden.

Und die Aufgabe wird drängender: Laut einer im Januar veröffentlichten Studie der Jewish Claims Conference wissen rund zwölf Prozent der 18- bis 29-Jährigen in Deutschland nicht, was der Holocaust war.

Der Verein „Zweitzeugen“ hat deshalb Workshops für Kinder und Jugendliche entwickelt. Hier lernen die Teilnehmenden die Lebensgeschichten von Holocaust-Überlebenden anhand von Tonaufnahmen, Fotos und interaktiven Übungen kennen. Im Mittelpunkt stehen nicht abstrakte Jahreszahlen, sondern persönliche Schicksale. „Historisches Wissen lernen die Kinder ganz nebenbei“, sagt Ruth-Anne Damm, Mitgründerin und heute Geschäftsführerin des Vereins. Der Zugang erfolge über Empathie: „Wenn ein Kind erfährt, dass Rolf Abrahamssohn nicht mehr Fußball spielen durfte, weil er Jude war, löst das Mitgefühl aus – weil viele Kinder auch gerne Fußball spielen.“

Bislang haben mehr als 45.000 junge Menschen an den Bildungsangeboten teilgenommen. Die Nachfrage ist groß – größer, als der Verein mit seinen derzeit 120 ehrenamtlichen Mitarbeitenden bewältigen kann. Während die Organisation zu Beginn aktiv nach Zeit-

zeugen suchte, wenden sich mittlerweile auch immer mehr Überlebende direkt an sie, um ihre Geschichte weiterzugeben. „Viele Überlebende haben nicht mehr die Kraft, selbst zu sprechen. Sie sind dankbar, dass wir ihre Geschichte weitertragen“, berichtet Damm. So wurden bis heute insgesamt 38 Biografien aufbereitet.

Auch Elisheva Lehmann teilte ihre Geschichte mit dem Verein: Nachdem sie monatelang auf Bernie gewartet hatte, erhielt sie Ende 1945 schließlich sein Tagebuch per Post. Doch sie fürchtete sich, es zu öffnen – aus Angst, was ihm widerfahren sein könnte. Erst 60 Jahre später, gemeinsam mit ihrer Tochter, fand sie den Mut, einen Blick hineinzuworfen. Das Tagebuch endete abrupt und führte sie zu eigenen Recherchen. Schließlich erfuhr sie, dass Bernie 1944 in Auschwitz ermordet worden war.

Auf der Webseite des Zweitzeugen-Vereins heißt es am Ende von Lehmanns Geschichte: „Was bleibt?“ Und darunter: „Du bist jetzt Zweitzeugin von Elisheva.“

So macht der Verein deutlich, was künftig wichtiger wird denn je: Wenn das Erzählen endet, beginnt das Weitererzählen. Carolin Hasse

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Eine wichtige Arbeit gegen das Vergessen

Mit der Pflege von Kriegsgräbern und Kriegsgräberstätten wird ein Beitrag zu Versöhnung, Völkerverständigung und Frieden geleistet

Die Totenburg in El Alamein braucht ein neues Dach. Mehr als 4.300 deutsche Soldaten sind in diesem monumentalen Grufbau in Sichtweite der ägyptischen Mittelmeerküste, der aktuell durch Risse im Beton und in den Natursteinmauern gefährdet ist, beigesetzt. 30 der hier Bestatteten kamen im Ersten Weltkrieg um, die meisten aber starben im Zweiten Weltkrieg. Die Schlacht um El Alamein im Herbst 1942 gilt als Wendepunkt des Krieges in Afrika.

Um die Restaurierung dieser – wie auch den Betrieb weiterer mehr als 820 Kriegsgräberstätten in 45 Ländern – kümmert sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die humanitäre Organisation widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, Kriegstote im Ausland zu suchen und zu bergen, sie würdig zu bestatten und ihre Gräber zu pflegen. Außerdem werden Angehörige ebenso wie öffentliche und private Stellen in Fragen der Kriegsgräberfürsorge beraten, auch international. Nicht zuletzt engagiert sich der Volksbund in der Erinnerungskultur und fördert die Begegnung und Bildung junger

Menschen an den Ruhestätten der Toten. Dazu werden in Deutschland oder im europäischen Ausland internationale Jugendbegegnungen und Workcamps organisiert. In den Sommerferien 2025 gibt es beispielsweise ein deutsch-polnisches Zeltorf am Ufer der Oder. Dort, wo 1945 die letzte große Schlacht des Zweiten Weltkriegs stattfand und die Wehrmacht alte Männer und Jugendliche in einen sinnlosen Kampf an die Front schickte. Zehntausende verloren dabei nur wenige Tage und Wochen vor Kriegsende ihr Leben.

5.396.494 Kriegstote sind in der Online-Gräbersuche erfasst

Eine Hilfe für Angehörige ist die Online-Gräbersuche. 5.396.494 Kriegstote und Vermisste sind darin erfasst. Unter Eingabe des Namens der Angehörigen kann die jeweilige Grabstätte gefunden werden. Auch um Umbettungen kümmert sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Unlängst erst wurden die sterblichen Überreste von acht Wehrmachtssoldaten auf dem Friedhof eines

kleinen Dorfes im Nordwesten Ungarns gefunden, exhumiert und auf eine Kriegsgräberstätte umgebettet. Noch immer werden jährlich die Gebeine von rund 11.000 Kriegstoten geborgen. Ein Ende ist nicht in Sicht: Der Volksbund geht von mehr als zwei Millionen Toten aus, die noch nicht geborgen sind – allein in Osteuropa.

Hinter all dem Tun steckt der Versöhnungsgedanke, wie Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan immer wieder betont. Auch für die Bundesregierung hat die Kriegsgräberfürsorge einen zentralen Stellenwert, wie es in der Antwort (20/13777) auf eine Anfrage der Unionsfraktion heißt: Als Orte der Trauer und des mahnenden Gedenkens an Kriege und ihre Folgen würden Kriegsgräber gepflegt und Kriegsgräberstätten geschaffen und bewahrt. Sie leisteten so einen Beitrag zu Versöhnung, Völkerverständigung und Frieden. Dass die Zuwendung an den Volksbund von Haushaltskürzungen ausgenommen und die Fördersumme der letzten Jahre von 19,38 Millionen Euro auch im Haushalt 2025 beibehalten worden sollte, darf

durchaus als Beleg für die Wertschätzung der Arbeit des Volksbundes seitens der alten Bundesregierung gewertet werden. Wie sich die künftige Regierung positioniert, wird sich zeigen. Den Instandhaltungsrückstau für 330 Kriegsgräberstätten schätzt der Volksbund auf rund 21 Millionen Euro, den Instandhal-

tungsrückstau für alle 826 Kriegsgräberstätten hochgerechnet auf circa 50 Millionen Euro.

Damit die Totenburg in El Alamein saniert werden kann, braucht es allein 80.000 Euro. Das schreibt der Verein auf seiner Homepage und bittet um Spenden. Götz Hausding



Die Kriegsgräberstätte El Alamein ist sanierungsbedürftig – rund 80.000 Euro werden für die Instandsetzung benötigt. 4.313 Tote ruhen dort. © pic. alliance / A. Girtnerreiter

»Wir werden bedroht«

Die KZ-Gedenkstätte Buchenwald muss viel Geld für den Wachschatz ausgeben. Mittel, die dann für die Bildungsarbeit fehlen, wie Stiftungsdirektor Jens-Christian Wagner kritisiert

Herr Wagner, Sie leiten die Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora seit 2020. Hatten Sie damals erwartet, dass Sie sich so oft und deutlich zu politischen Geschehnissen äußern werden?

Ja, denn ich habe vorher sechs Jahre lang die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten geleitet und auch da gab es bereits ziemlich heftige Konflikte politischer Art, unter anderem mit der AfD, die bereits in meiner niedersächsischen Zeit sehr virulent gegen die Gedenkstättenarbeit vorgegangen ist. Insofern war mir klar, worauf ich mich einlasse. Und es hat sich dann auch bestätigt, denn seitdem hat bundesweit der Geschichtsrevisionismus nochmal deutlich zugenommen.

Vor der Landtagswahl in Thüringen im September haben Sie 350.000 Briefe an die Wähler über 65 Jahre verschickt und darin vor der AfD gewarnt. Wie kamen Sie auf diese Idee?

Das fängt mit dem Sommer 2023 an, als sich in Nordhausen (dort liegt unsere zweite Gedenkstätte Mittelbau-Dora) ein AfD-Politiker anschickte, zum Oberbürgermeister gewählt zu werden. Ein Mann, der in den Jahren zuvor mehrfach im Internet geschichtsrevisionistische Papiere gepostet hat, in denen so gut wie keine den Holocaust verharmlosende, schuldumkehrende Legende ausgelassen wird. Einem dieser Papiere hat auch der Landesverfassungsschutz Thüringen ein festes rechtsextrêmes Weltbild attestiert. Damit sind wir an die Öffentlichkeit gegangen und haben gesagt: Wenn ein Oberbürgermeisterkandidat solche Positionen vertritt, dann werden wir als Stiftung jegliche Zusammenarbeit mit der Stadt Nordhausen einstellen. Und das hat tatsächlich dazu geführt, dass sich die Zivilgesellschaft in Nordhausen geregt hat. Wider Erwarten hat am Ende der demokratische Kandidat die Wahl gewonnen. Das war für mich eine unglaublich ermutigende Erfahrung. Wir werden natürlich nie klären können, was die Briefe bewirkt haben, aber ich wollte mir nicht vorwerfen lassen, vor einer solchen Wahl nicht vor Holocaust verharmlosenden Positionen gewarnt zu haben.

Wie blicken Sie nun nach der Wahl auf die Arbeit der Gedenkstätte in den kommenden Jahren?

In dieser Legislaturperiode wird sich wahrscheinlich konkret für uns, was unsere Finanzierung anbelangt, was unsere Arbeitsmöglichkeiten anbelangt, nicht so viel ändern. Wir haben eine demokratische Regierung, es wird einen Haushalt geben, von dem wir nichts befürchten müssen, denke ich. Aber wir merken bereits seit Jahren sehr stark, dass der Umstand, dass aus den Parlamenten heraus durch die AfD gegen die Gedenkstättenarbeit gerichtete Positionen getragen werden, gewaltbereite Neonazis und Rechtsextrême ermutigt zur Tat zu schreiten.

Was heißt das genau?

Hier werden immer wieder Gedenkbäume für Opfer des KZ Buchenwald abgesägt. Wir haben es wiederholt mit „Heil Hitler“- und „Sieg Heil“-Rufen in den Gedenkstätten zu tun. Es werden Gedenktafeln mit Hakenkreuzen beschmiert, wir werden am Telefon und per E-Mail beschimpft, bis hin zu Morddrohungen. Das ist das gesellschaftliche und das politische Klima, in dem wir arbeiten. Für dieses Klima ist die AfD ein Brandbeschleuniger.



Blumenkränze liegen anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald und Mittelbau-Dora am 6. April auf dem ehemaligen Appellplatz. Das KZ war am Ende des Zweiten Weltkriegs das größte Konzentrationslager im Deutschen Reich.

© picture-alliance/dpa/Bodo Schackow

Wie bereiten Sie Ihre Mitarbeiter darauf vor?

Zum einen, indem wir Schulungen machen, die die Mitarbeiter darin stärken, rechtsextrême Symbole, zum Beispiel auf der Kleidung, überhaupt erstmal zu erkennen. Wir bieten Argumentationstraining an, um uns inhaltlich mit dem Thema Geschichtsrevisionismus auseinanderzusetzen, um Signalwörter und Signalfragen, wenn diese in Führungen gestellt werden, zu erkennen. Und es gibt Sicherheitstrainings, die wir auch zusammen mit der Polizei durchführen.

Ohne Wachschatz geht es wahrscheinlich trotzdem nicht?

Es geht leider seit vielen Jahren schon



Jens-Christian Wagner

© pa/dpa/Hannes P Alber

nicht mehr ohne. Leider Gottes geben wir etwa 16 Prozent unseres Etats für Security aus. Geld, das wir eigentlich tausendmal besser für Bildungsarbeit gebrauchen könnten.

Wie verändert sich Ihre Arbeit, wenn die Zeit der Zeitzeugenschaft zu Ende geht?

Insgesamt hat der Abschied von der Zeitgenossenschaft für die Bildungsarbeit hier vor Ort relativ wenig Folgen. Denn bereits seit vielen Jahren sehen 99 Prozent aller Besucherinnen und Besucher hier keine Überlebenden mehr. Es ist vor allem relevant in erinnerungskultureller Hinsicht, weil die Überlebenden in den vergangenen Jahrzehnten mit ihren Organisationen einen Schutzschirm nicht nur über die Gedenkstätten und Erinnerungskultur, sondern insgesamt über unsere Demokratie gespannt haben. Immer wenn es antisemitische oder Vorfälle anderer Art gab, dann haben sie ihre Stimmen dagegen erhoben. Ohne die Überlebenden ist dieser Schutzschirm nicht mehr da. Wir müssen dann selbst dafür sorgen, dass wir geschützt werden, aber auch, dass unsere Demokratie geschützt wird.

Wenn wir über die Vergangenheit reden, ist meist von Erinnerung und Erinnerungskultur die Rede. Begriffe, die Sie kritisch sehen. Warum?

Erinnerung ist etwas anderes als Geschichte. Außerdem wird der Begriff häufig affirmativ verstanden. Was wir aber auf keinen Fall machen wollen, ist irgendeine Form von affirmativem

Zugriff auf Geschichte. Sondern wir wollen eine auf kritische Reflexion setzende Auseinandersetzung ermöglichen. Das ist etwas anderes als Erinnerung. Dazu kommt, dass „Erinnerung“ häufig moralisch aufgeladen ist, so als gäbe es nur die eine Erinnerung. Geschichte ist aber immer sehr komplex.

Welche Frage sollten wir von heute aus an die Zeit des Nationalsozialismus stellen?

Die wichtigste Frage ist: In welcher

» Die wichtigste Frage ist: In welcher Gesellschaft wollen wir NICHT leben? In gewissem Sinn sind die NS-Verbrechen also eine Negativfolie mit einer sehr klaren Botschaft für die Achtung unserer Demokratie und der Menschenwürde.

JENS-CHRISTIAN WAGNER

Gesellschaft wollen wir NICHT leben? In gewissem Sinn sind die NS-Verbrechen also eine Negativfolie mit einer sehr klaren Botschaft, die lautet: Wir müssen Demokratie, wir müssen unteilbare Menschenrechte und wir müssen die Würde des Menschen achten! Tatsächlich verstehe ich den Artikel eins des Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar, als die zentrale Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Was folgt daraus für die Arbeit der Gedenkstätte?

Wir wollen sauber und quellengestützt aus der Geschichte herausarbeiten, wie die nationalsozialistische Gesellschaft funktioniert hat. Eine

Gesellschaft, die radikal rassistisch und antisemitisch formiert gewesen ist und die auf zwei Säulen stand: Nämlich einerseits auf Integrationsangeboten an die propagierte „Volksgemeinschaft“, die sich als etwas Höherwertiges verstanden hat, und auf der anderen Seite auf Ausgrenzung, Verfolgung und am Ende Mord an jenen, die nicht dazugehörten. In einem zweiten Schritt müssen dann Gegenwartsbezüge hergestellt werden. Etwa: Wie sieht es heute mit Verheißungen der Ungleichheit aus? Auf diese Frage müssen die Besucherinnen und Besucher sich selbst eine Antwort erarbeiten. Ich glaube, wenn man das so macht, dann wird den Menschen sehr schnell deutlich, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sehr viel mit ihrem eigenen Leben zu tun hat.

Welche Erfahrungen machen Sie aktuell mit Schülergruppen? Mit welchen besonderen Fragen kommt diese junge Generation zu Ihnen?

Tatsächlich hat sich das in den letzten Jahren geändert. Es ist schwieriger geworden, an die Jugendlichen heranzukommen. Unsere Erfahrung ist, dass wir deutlich mehr Zeit brauchen als noch vor fünf oder zehn Jahren. Um die Abstraktionsleistung zu erbringen, aus der Vergangenheit einen Gegenwartsbezug herzustellen, braucht man Zeit. Deswegen sind wir auch dabei, Inhalte und Methoden in der Gruppenbetreuung mit Jugendlichen zu verändern. Insbesondere heißt das, auf intensive, diskursive Formate zu setzen. Vom klassischen Format, die Jugendlichen in einer Führung anderthalb Stunden mit einem Guide durchs Gelände zu schicken, haben wir uns verabschiedet. Ein schnelles Durchschleusen von Besuchergruppen immunisiert niemanden gegen antidemokratisches Gedankengut.

Was halten Sie von einer Besuchspflicht für Schulklassen?

Prinzipiell bin ich gegen verpflichtende Besuche, weil so etwas immer in Abwehr mündet. Aber machen wir uns nichts vor: Auch wenn es keine „Pflicht“ gibt: Wenn eine Schulklass hierher kommt, weil der Lehrer es so plant, ist es ja nicht wirklich freiwillig für die Schülerinnen und Schüler. Wenn wir über Pflichtbesuche sprechen, dann müssen die politisch Verantwortlichen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch alle Schülerinnen und Schüler in den Gedenk-

stätten intensiv betreut werden können. Dann müssen Zuwendungen erhöht werden, damit wir personell und räumlich dazu überhaupt in der Lage sein können. Derzeit könnten wir das gar nicht leisten. Es gibt einen erheblichen Sanierungsstau in den meisten Gedenkstätten.

Das Interview führte Claudia Heine. ■

Jens-Christian Wagner ist seit 2020 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von 2014 bis 2020 war er Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Schicksale von NS-Opfern

Über Jahrzehnte vergessen und verleugnet

Zahlreiche Gedenkorte in Berlin erinnern heute an Opfer des NS-Terrors. Der Kampf um Anerkennung war lang – und dauert oft noch an

Im Goldfischteich im Berliner Tiergarten drehen ein paar Enten ihre Runden, am Ufer sitzen verteilt Menschen in der Aprilsonne. Nichts erinnert daran, dass hier während des NS-Regimes ein konspirativer Versammlungsort der Zeugen Jehovas war, an dem Mitglieder der Glaubensgemeinschaft Flugblätter gegen das Regime verteilten. Dass ein Sonderkommando der Geheimen Staatspolizei, kurz Gestapo, hier im August 1936 eine Razzia durchführte und Anwesende verhaftete. Dass in ganz Deutschland Tausende Zeugen Jehovas in Gefängnisse und Konzentrationslager (KZ) verschleppt wurden. Von Beginn an hatte die Glaubensgemeinschaft Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet, Hitlergruß und Kriegsdienst verweigert. Mindestens 10.700 deutsche Zeugen Jehovas wurden deswegen enteignet, gefoltert, ermordet. Doch obwohl sie eine der ersten Opfergruppen der Nationalsozialisten waren, war für sie in der deutschen Erinnerungskultur viele Jahrzehnte kein Platz. Kein Einzelfall: Auch die rund 26 Millionen Menschen, die im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten

Zwangsarbeit verrichten mussten, gehörten lange zu den „vergessenen Opfern“. Überlebende haben erst zu Beginn der 2000er Jahre Entschädigungen erhalten. Erst seit 2006 informiert ein Dokumentationszentrum in Berlin-Schöneeweide über ihr Leid. Menschen, die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ eingestuft und in Konzentrationslagern interniert wurden – darunter Obdachlose, Prostituierte, Suchtkranke –, mussten noch länger auf Anerkennung warten. Für sie gibt es bis heute weder ein offizielles Denkmal noch haben sie Entschädigungen erhalten. Erst am 13. Dezember 2020 erkannte der Deutsche Bundestag sie als Opfer des Nationalsozialismus an. Für den „Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus“ war das ein „Meilenstein“. Niemand sei zu Recht im KZ gewesen, „auch Menschen mit dem grünen und schwarzen Winkel nicht“, heißt es auf der Homepage. Mit verschiedenfarbigen Stoffdreiecken kennzeichneten die Nationalsozialisten die Häftlingsgruppen im KZ

Homosexuelle mussten einen rosa Winkel an der Kleidung tragen. Sie wurden von den Nazis zu Tausenden in den Konzentrationslagern ermordet. Öffentlich erinnerte bis zum Fall der Mauer kaum jemand an sie, wohl auch weil praktizierte Homosexualität in beiden deutschen Staaten noch lange als Straftat galt. Erst 2008 wurde im Berliner Tiergarten ein Denk-



Ort der Stille: Das Denkmal für die Sinti und Roma im Berliner Tiergarten gibt es seit 2012.

© pa/dpa/Kay Nietfeld

mal eingeweiht. 2023 gedachte der Bundestag am Holocaust-Gedenktag erstmals der Verfolgten sexueller Minderheiten.

Den Sinti und Roma wurde noch 1956 eine Mitschuld vorgeworfen

Den schätzungsweise 500.000 im „Dritten Reich“ ermordeten Sinti und Roma gaben die Richter am Bundesgerichtshof noch 1956 eine Mitschuld an der Verfolgung durch die Nazis. Die Maßnahmen gegen die „Zigeuner“ seien wegen deren „Asozialität“ rechtlich zulässig gewesen. Erst der unermüdliche Einsatz von Betroffenenverbänden veränderte das Meinungsbild. Seit 1994 ist der 16. Dezember in Deutschland ein nationaler Gedenktag für die verfolgten Sinti und Roma. Seit 2012 erinnert ein Denkmal im Tiergarten an ihr Leid. Ganz in der Nähe, in der Tiergartenstraße 4, gibt es seit 2014 auch einen Gedenkort für die „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten. Hier befand sich von 1940 bis 1945 die Planungszentrale, von der aus die Nationalsozialisten den Massenmord an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen orga-

nisierten. In ganz Europa fielen ihm rund 300.000 Menschen, darunter viele Kinder, zum Opfer. 400.000 Menschen wurden zwangssterilisiert. Doch erst am 29. Januar 2025 erkannte der Bundestag sie offiziell als Verfolgte des Nazi-Regimes an, nach jahrelangem Engagement von Verbänden wie der Bundesvereinigung Lebenshilfe. „Dem Leben von Menschen mit Behinderung ist lange ein anderer Wert beigegeben worden“, sagt deren Vorsitzende, Ulla Schmidt. Deshalb seien die Urteile der „Erbgesundheitsgerichte“ – die den Massenmord der Nazis „legitimierten“ – erst 1998 aufgehoben worden. „Aber auch in den Familien wurde das Unrecht lange totgeschwiegen, weil Behinderung als Makel erlebt wurde“, berichtet Schmidt.

„Fast alle Opfergruppen mussten Jahrzehnte lang um Anerkennung kämpfen“, fasst Uwe Neumärker, Direktor der Bundesstiftung Denkmal, zusammen. So dürfe man nicht vergessen, „dass auch das Denkmal für die ermordeten Juden Europas nach langen Debatten erst zum 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2005 eingeweiht wurde“. Wer heute durch das weite, wellenartige Feld mit den 2.711 unterschiedlich hohen Betonstelen läuft und den unterirdischen „Ort der Information“ besucht, ahnt nichts von den Kontroversen, die seine Entstehung seit den frühen 1990er Jahren begleiteten. Heftig umstritten war neben der Ge-

staltung des Denkmals die Frage, warum es allein den sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden und nicht allen Opfern der Nationalsozialisten gewidmet sein sollte. Am Ende setzte sich die Initiatorin des Mahnmals, die Publizistin Lea Rosh, mit ihren Mitstreitern durch. Der Bundestag beschloss den Bau im Juni 1999 – verpflichtete Deutschland aber zugleich, „aller Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken“. Auf diesen Beschluss beriefen sich viele Betroffenenverbände – mit Erfolg. Im Tiergarten entstanden weitere Denkmäler. Ab 2026 soll am Goldfischteich auch eines an das Schicksal der Zeugen Jehovas erinnern. Aus dem Blick geraten sind aus Sicht von Uwe Neumärker andere frühe Betroffene des NS-Terrors, wie Kom-



Lange Zeit stigmatisiert: Erst 2008 wurde in Berlin das Denkmal für die verfolgten Homosexuellen eingeweiht.

© pa/dpa/Daniel Hofmann

munisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Auch das Leid von etwa 230 Millionen Zivilisten in den besetzten Gebieten sei wenig erforscht. Zwei vom Bundestag beschlossene Großprojekte sollen das bald ändern. Fest steht: 80 Jahre nach Kriegsende gehen der Erinnerungsarbeit die Themen nicht aus.

Johanna Metz



Besuchermagnet: Rund eine halbe Million Menschen besuchen jährlich das Holocaust-Mahnmal in Berlin.

© pa/dpa/Michael Kappeler

Interview mit Annette Schavan von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«

»Erinnerungskultur zeigt uns, wozu Menschen fähig sind«

Die frühere Bildungsministerin will die Erinnerungsarbeit mehr in die Breite der Gesellschaft tragen und sieht auch Unternehmen in der Pflicht

Frau Schavan, die Zeit des Nationalsozialismus steht im Zentrum der deutschen Erinnerungskultur. Warum ist dieses ritualisierte Gedenken immer noch notwendig?

Es ist wichtig für das Selbstverständnis unserer Gesellschaft. Woher kommen wir? Was hat das Grundgesetz und die junge Bundesrepublik geprägt? Ohne etwas über den Zivilisationsbruch im Dritten Reich zu wissen, ist es schwer zu verstehen, was unser Land heute ausmacht. Leider kehrt vieles, was damals zum Holocaust geführt hat, wieder: die Ausgrenzung von Menschen, das Schüren von Hass gegen Minderheiten, die „Juden raus“-Rufe. Meine Generation hat nicht für möglich gehalten, das noch einmal erleben zu müssen.

Was kann Erinnerungskultur dagegen ausrichten?

Sie zeigt uns, wozu Menschen fähig sind, wozu Hass und Ausgrenzung führen können. Denn das Unheil kommt auf leisen Sohlen. Wenn es offenkundig wird, ist es oft schon zu spät. Die jungen Leute sollten daher nicht naiv oder pragmatisch sein, wenn es wieder Stimmen gibt, die von der vermeintlich „heilen Welt“ von früher schwärmen, die Vielfalt ablehnen und eine völkische Gemeinschaft herbeisehen. Das sind Vorboten des Unheils.

In einer ZEIT-Umfrage haben sich gerade 55 Prozent der Befragten dafür oder eher dafür ausgesprochen, einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen. 59 Prozent finden, die ständige Erinnerung an den Nationalsozialismus verhindere ein gesundes Nationalgefühl. Kann es sein, dass unsere Erinnerungskultur auf viele abschreckend wirkt?

Ich glaube das nicht. Aber es gibt Veränderungen in der Gesellschaft, die es den Verächtern der Demokratie leichter machen, Menschen für sich zu gewinnen. Die Vielfalt, die manche als überfordernd und nachteilig empfinden, hat in ganz Europa zugenommen. Während der Corona-Pan-

demie haben sich viele Menschen sehr isoliert gefühlt. Dazu kommt der Krieg in der Ukraine. Die Auswirkungen müssen wir ernst nehmen und die Probleme politisch lösen. Wir müssen uns aber auch fragen, wie wir die Menschen mit unserer Erinnerungsarbeit besser erreichen können.

Welche Ideen haben Sie?

Wir müssen die Erinnerungskultur weiter in die Breite der Gesellschaft tragen. Es gab und gibt die klassischen Erinnerungsmilieus – regionale Initiativen, christliche und jüdische Gesellschaften. Und es gibt offizielle Gedenktage wie den Holocaust-Gedenktag am 27. Januar. Aber von da muss der Funke überspringen auf Kommunen, Behörden, Kultureinrichtungen und Unternehmen. Sie sollten sich mit ihrem Handeln im Dritten Reich auseinandersetzen. Dabei geht es weniger um Schuld als um Verständnis: Was hat zu der Situation geführt? Was können wir tun, damit sich das nicht wiederholt? Das kann zum Beispiel durch Projekte geschehen, in denen die Biografien von verfolgten oder ermordeten Mitarbeitern aufgearbeitet werden, wie es die Münchner Kammerspiele gerade gemacht haben. Für Biografien interessieren sich auch junge Leute, die mit dem Geschichtsunterricht oft wenig anfangen können.

In den Schulklassen sitzen Kinder aus allen Ländern und Kulturen der Welt. Was sollen sie mit der deutschen Erinnerungskultur anfangen?

Bei Umfragen geben ja viele Schüler an, sie hätten noch nie etwas vom Holocaust gehört. Das kann aber nicht sein, weil er in allen Lehrplänen steht. Möglicherweise sagen die Kinder einfach: Das ist ja hier gewesen, aber ich komme aus Syrien. Ich denke, wir sollten uns für ihre Biografien und Gefährdungserfahrungen mehr interessieren und diesen Austausch auch in die Lehrpläne integrieren. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

Seit dem Ende der DDR ist auch die Aufarbeitung des SED-Regimes Teil der Erinnerungskultur, andere Themen wie der Kolonialismus aber nicht. Sollte sie sich nicht öffnen für andere kritische Kapitel der deutschen Geschichte?

Nein. Denn wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als sei die Nazi-Barbarei ein Unheil neben vielen anderen gewesen. Damit relativieren wir diesen einzigartigen Zivilisationsbruch. Das heißt nicht, dass wir den Kolonialismus nicht aufarbeiten sollten. Aber Erinnerung an den Holocaust bleibt unsere erste Pflicht.

Die Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Zweiten

Weltkrieg mussten mehr als 50 Jahre auf eine Entschädigung warten. Warum war selbst für viele Opfer lange kein Platz im offiziellen Gedenken?

Außerhalb der erwähnten Erinnerungsmilieus gab es viele Jahre einen breiten Konsens in der Gesellschaft, der besagte: Da müssen wir nicht drüber reden. Unternehmen fürchteten außerdem Klagewellen mit hohen Entschädigungsforderungen, wenn sie offen über die bei ihnen verrichtete Zwangsarbeit sprachen. Es brauchte erst einen von Staat und Wirtschaft gemeinsam finanzierten Fonds im Rahmen der dafür gegründeten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, um das zu ändern. Der kam im Jahr 2000 tatsächlich sehr spät und für viele Opfer auch zu spät.

In der per Definition „antifaschistischen“ DDR wurde die NS-Zeit kaum aufgearbeitet, die Bundesrepublik haderte lange mit dem richtigen Umgang. Gibt es heute eine gesamtdeutsche Erinnerungskultur?

In meiner Wahrnehmung ist das so. Und die junge Generation hat die DDR-Zeit ja überhaupt nicht erlebt. Sie muss wieder und wieder ihren eigenen Weg des Erinnerns finden, ihre Erinnerungskultur selbst gestalten. Dazu sollten wir sie ermutigen.

Das Gespräch führte Johanna Metz

ZUR PERSON

Die ehemalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) leitet heute das Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) und ist Präsidentin der Hertie-Stiftung.



© Laurence Chaperon



Aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus: 2012 reiste der Pädagoge Burak Yilmaz zum ersten Mal mit einer Gruppe muslimischer Jugendlicher nach Auschwitz - und schafft damit Begegnungen zwischen Juden und Muslimen.

© Burak Yilmaz

Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft

Mit Burak in Auschwitz

Experten empfehlen mehr Wertschätzung von Flucht- und Migrationserfahrungen in der Aufklärung über den Holocaust

Für Burak Yilmaz war es wie ein Sprung ins kalte Wasser. Als sich der in Duisburg geborene Sohn türkisch-kurdischer Eltern 2012 entschied, mit zwölf muslimischen Jugendlichen die Holocaust-Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau zu besuchen, hatte er selbst noch nicht allzu viel mit Erinnerungskultur zu tun gehabt. Der heute 38-Jährige arbeitete während seines Germanistikstudiums als Sozialarbeiter in einem Jugendzentrum in Duisburg-Obermarxloh. Dort erfuhr er eines Tages etwas, das ihn empörte: „Ich betreute damals eine Gruppe muslimischer Jugendlicher“, erzählt er, „die alle von den Gedenkstättenfahrten ihrer Gesamtschule ausgeschlossen worden waren.“ Die Lehrkräfte hätten wohl gedacht, muslimische Schülerinnen und Schüler seien per se antisemitisch – und sie nach Auschwitz mitzunehmen, könne nur nach hinten losgehen, vermutete er. „Ich konnte erst nicht glauben, dass sie tatsächlich pauschal ausgeschlossen wurden“, sagt er rückblickend. Als ihm die Jugendlichen aber deutlich machten, dass auch sie nach Auschwitz fahren wollten, um zu sehen, was dort früher passiert sei, hatte er eine spontane Idee: „Wenn ihr nicht mit der Schule fahren dürft,

dann fahren wir eben über das Jugendzentrum dorthin.“ Ein halbes Jahr bereiteten Yilmaz und die Jugendlichen, fast alle Palästinenser, sich auf diese Reise vor. Dabei seien einige althergebrachte Einstellungen – auch antisemitische – revidiert worden, erinnert er sich. Dann der erste Besuch: „Na klar war ich angespannt – ich hatte selber solche Orte vorher noch nie besucht“, sagt er.

Palästinenser und Israelis begegnen sich in Auschwitz

Zudem fürchtete er das Zusammentreffen mit Jugendgruppen aus Israel: „Ich hatte Sorge, dass es zu Auseinandersetzungen kommt.“ Doch das sei nicht passiert. Im Gegenteil. „Wir haben eine israelische Frauengruppe getroffen, die in der Frauenbaracke einen Gedenkkranz niedergelegt hat“, sagt Yilmaz. Ein Jugendlicher aus seiner Gruppe sei spontan auf sie zugegangen und habe sein Beileid ausgedrückt. Ein Gespräch sei entstanden. „Am Ende haben die Frauen ihre Adresse in Tel Aviv aufgeschrieben und die Jugendlichen eingeladen.“ Als diese erklärten, dass sie nicht kommen könnten, da sie staatenlos seien und weder ein- noch ausreisen dürften, habe Sprachlosig-

keit geherrscht. Ein extremer Moment sei das gewesen, erinnert sich Yilmaz. „Da kam vieles zusammen: die deutsche Vergangenheit, die Geschichte des Holocaust, der Umgang der Israelis mit diesem Ort, unser migrantisch-deutscher Identitätstwist, der Nahost-Konflikt, die Geschichte der palästinensischen Jugendlichen, die ich betreue.“ Erst Jahre später habe er geschafft, dies alles in Worte zu fassen, sagt er. Burak Yilmaz' Buch mit dem Titel „Ehrensache: Kämpfen gegen Judenhass“ erschien 2021. Heute sieht der Pädagoge, der inzwischen auch als Berater für Erinnerungskultur arbeitet, ebenjene Erinnerungskultur in Deutschland als gescheitert an. Beleg dafür sei der Anstieg antisemitischer wie auch rassistischer Gewalt. „Statt uns die ganze Zeit auf die Schulter zu klopfen, sollten wir selbstkritisch reflektieren, warum der Zustand jetzt ist, wie er ist, und was wir als Gesellschaft falsch gemacht haben“, fordert er. Die Erinnerungskultur müsse so gestaltet werden, dass sich in einer immer diverser werden Gesellschaft alle angesprochen fühlen. Dazu gehöre auch ein anerkennender und wertschätzender Umgang mit den Migrations- und Fluchtgeschich-

ten muslimischer Jugendlicher. „Was ich von ihnen sehr häufig höre, ist die Frage: ‚Wie soll mich mein Lehrer für den Holocaust sensibilisieren, wenn er doch selber Vorurteile gegen Muslime hat?‘“

Auf Sabeth Schmidthals trifft das eindeutig nicht zu. Die Geschichtslehrerin an einer Berliner Gesamtschule, die ihr zufolge fast 90 Prozent Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Herkunft besuchen, hat über das Thema „Berliner Jugendliche türkischer und arabisch-palästinensischer Herkunft und ihr Verhältnis zur NS-Zeit und zur Shoa“ promoviert – und dabei viel gelernt über die Notwendigkeit von Wertschätzung. Mehrfach ist sie mit Jugendgruppen nach Israel gefahren, aber auch nach Nancy in Frankreich, wo einst viele Juden deportiert wurden, oder nach Warschau.

Interesse und Mitgefühl von Jugendlichen wecken

„Ich habe das Gefühl, dass die Empathie oder das Interesse am Thema der Judenvernichtung in der Nazi-Zeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund fast leichter herzustellen ist, weil sie oft wissen, wovon die Rede ist.“ In ihrer jetzigen Gruppe sei etwa

ein jesidisches Mädchen aus dem Irak, das erst bis in die Türkei und dann weiter geflüchtet sei. „Sie weiß, was Flucht bedeutet, was Verfolgung bedeutet“, betont Schmidthals.

Aber kann man den Holocaust gleichsetzen mit den Fluchtgeschichten der heutigen Zeit? Nein, absolut nicht, macht sie deutlich. Dennoch sei es wichtig, „Kontinuitäten von Rassismus deutlich zu machen“. Es gelte Denkstrukturen offenzulegen, warum Menschen rassistisch denken, um klar sagen zu können: Wir wollen nicht mehr, was damals passiert ist. Die Frage, ob es eine besondere Art von Erinnerungskultur für Muslime braucht, stellt sich für Burak Yilmaz gar nicht. Ihn bedrückt eher, dass an vielen Schulen Geschichte gar kein Pflichtfach mehr ist. Das sei ein riesengroßes Problem. Zudem bestehe die Geschichtsvermittlung häufig nur darin, Zahlen auswendig zu lernen. Häufig stellten Jugendliche die Frage, warum nicht über Russland und die Ukraine, über Israel und Gaza oder über das, was in der in der Türkei passiere, geredet wird. Das alles sei schließlich Thema in den sozialen Medien. „Die Frage ist aber“, so Yilmaz, „mit welchen reflektierten Erwachsenen können sie darüber sprechen?“

Götz Hausding

GESCHICHTSUNTERRICHT UND PARTIZIPATIVES LERNEN

»Es braucht den persönlichen Bezug und Zugang«

Frau Heintzen, Sie blicken auf über 30 Jahre Erfahrung als Geschichtslehrerin zurück. Worauf kommt es bei der Vermittlung des Themas Zweiter Weltkrieg vor allem an?

Das A und O ist, Empathie zu schaffen. Egal, ob es um das Thema Zweiter Weltkrieg geht, oder, wie bei uns im Schwerpunkt, um die Verfolgung gesellschaftlicher Gruppen. Die Zeit ist sehr weit weg, die Relation geht oft verloren, weil heute viel parallel passiert. Gleichzeitig muss man sensibel mit Themen wie Krieg umgehen; wir haben zum Beispiel junge Menschen aus der Ukraine in unseren Klassen. Ich frage die Schülerinnen und Schüler oft zuerst, ob es in Ordnung ist, dass wir heute darüber sprechen – vielleicht ist ja zu Hause gerade etwas passiert.

Sie arbeiten viel mit praktischer Erinnerungs- und Projektarbeit. Wie gelingt es, ein Thema ins Jetzt zu holen?

Es braucht einen persönlichen Bezug und Zugang. Schülerinnen und Schüler lernen sehr gut miteinander und voneinander, zum Beispiel mit digitalen

Tools. Ich lege oft die Konzeption in ihre Hände: einfach mal machen lassen. Das erfordert viel Vertrauen, aber bisher sind immer ausgezeichnete Ergebnisse entstanden. Zum Beispiel unsere Aktion zum diesjährigen Holocaust-Gedenktag: Da wollten die Schülerinnen und Schüler eine eigene Form des Gedenkens umsetzen, es mal anders machen als sonst. Ich ermutige sie darin, denn sie sind diejenigen, die dafür sorgen müssen, dass dieser Teil der Geschichte präsent bleibt.

Die Idee war, ein konfrontatives Experiment zu starten, bei dem alle Schülerinnen und Schüler die Folgen von Ausgrenzung persönlich erleben konnten. Wie sah das konkret aus?

Am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, kam um 8.35 Uhr die Lautsprecherdurchsage, dass heute andere Zeiten angesagt sind: Eine Schülergruppe ging durch die Klassen und hat die Anwesenden – auch die Lehrkräfte – separiert. Für die Versammlung in der Turnhalle gab es Zugangsbeschränkungen und alle wurden willkürlich in verschiedene Felder in der Halle einge-

teilt. Dieses Gefühl von Isolation zu erleben, war eine beklemmende Erfahrung. Je nach Klassenstufe muss man



Geschichtslehrerin Anette Heintzen © privat

das natürlich didaktisch unterschiedlich vor- und aufbereiten und die Möglichkeit geben, darüber zu sprechen.

Steht hinter Ihrer Art der Geschichtsvermittlung auch die Idee,

über den Lernort Schule hinaus in die Gesellschaft zu wirken?

Ja, wir haben zum Beispiel einen Podcast über „Verborgene Geschichten“ aus der NS-Zeit produziert oder einen Geocache, also eine Art moderne GPS-Schnitzeljagd, zu jüdischen Häusern in Traben-Trarbach, der nun in der Tourist-Information ausliegt – dazu gab es Rückmeldungen aus aller Welt. Wir haben so auch Kontakt zu Nachkommen ehemaliger jüdischer Bewohner aus der Gegend bekommen.

Eine Umfrage der Jewish Claims Conference ergab, dass gut jeder zehnte junge Erwachsene in Deutschland noch nie etwas von den Begriffen Holocaust oder Shoa gehört hat. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Ich habe danach in meinen Klassen gefragt. Sie haben mir zu verstehen gegeben, dass es nicht daran liegt, dass sie das nicht wissen, sondern dass sie angesichts der Fülle der Informationen nicht jeden Begriff abspeichern – würde man sie hingegen nach Details zur Verfolgung in der NS-Zeit fragen, könnten sie viel dazu erzählen.

Sie haben auch Schüleraustausche ins europäische Ausland organisiert, zum Beispiel zur deutschen Besatzung in Griechenland. Was können solche Austausche leisten?

Sie prägen für das Leben. Reisen und Austausche helfen, unterschiedliche Perspektiven auf ein Thema besser nachvollziehen zu können. In Schulbüchern findet sich sehr wenig zu diesem Kapitel der Geschichte. Unser Besuch im griechischen Dorf Distomo, in dem im Juni 1944 bei einem Massaker 218 Einwohner starben, war sehr eindrücklich für meinen Leistungskurs Geschichte. Das Zeitzeugengespräch mit Argyris Sfountouris, der das Massaker als Kleinkind überlebte, wird wohl niemand vergessen können. Ich kann jedem Kollegen und jeder Kollegin nur empfehlen, die Chance eines Erasmus-Austauschs zu nutzen.

Das Gespräch führte Lisa Brüller.

Anette Heintzen unterrichtet Geschichte, Religion und Sozialkunde am Gymnasium Traben-Trarbach in Rheinland-Pfalz.



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der Generalstabschef der französischen Verteidigung, General Thierry Burkhard, während der Zeremonie am 80. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

© picture-alliance/dpa

Gedenken in Frankreich

De Gaulles Vermächtnis

Der 8. Mai ist in Frankreich ein Feiertag. Das Land erkennt inzwischen auch die Mitwirkung des Vichy-Regimes an den NS-Verbrechen an

Das Gymnasium Franklin Roosevelt ist ein roter Backsteinbau hinter dem Bahnhof der ostfranzösischen Stadt Reims. Dort, wo heute mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler lernen, wurde in der Nacht zum 7. Mai 1945 Geschichte geschrieben. Der Chef des Wehrmachtführungsstabs, Alfred Jodl, unterzeichnete hier, im Hauptquartier der westlichen Alliierten, um 2.41 Uhr die Kapitulation der Wehrmacht. Zwar folgte am 8. Mai noch die Ratifizierung in Berlin-Karlshorst, an der alle Siegermächte – auch die Sowjetunion – teilnahmen. Doch das Schweigen der Waffen wurde im Kartensaal des Gymnasiums in Reims besiegt. „Wir haben das Recht wiedergewonnen, freie Menschen zu sein“, verkündete ein euphorischer Reporter am 8. Mai 1945 in den französischen Nachrichten. Schwarz-weiß-Bilder zeigten den Chef der provisorischen Regierung, General Charles de Gaulle, der unter den Jubelrufen von Zehntausenden die Champs-Élysées entlang zog. De Gaulle legte am Grabmal des unbekanntes Soldaten unter dem Triumphbogen einen Kranz nieder – eine Geste, die die Präsidenten bis heute wiederholen.

Frankreich beklagte zum Kriegsende 400.000 Tote

Als de Gaulle 1958 zum Präsidenten gewählt wurde, strich er allerdings den fünf Jahre zuvor eingeführten Feiertag. 1975 ging der konservative Staatschef Valéry Giscard d'Estaing sogar so weit, die Feierlichkeiten zum 8. Mai ganz abzuschaffen. Er führte stattdessen das Gedenken am 9. Mai ein, an dem der französische Außenminister Robert Schuman 1950 die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorge schlagen hatte, den Vorläufer der Euro-

päischen Union. Doch Giscard's Nachfolger François Mitterrand machte nach seiner Wahl 1981 den 8. Mai wieder zum Feiertag. Frankreich ist damit das einzige Land der westlichen Siegermächte, in dem der 8. Mai arbeitsfrei ist (Russland begeht am 9. Mai den Tag des Sieges, siehe Beitrag rechts). Zum Kriegsende beklagte Frankreich rund 400.000 Tote, darunter mehr als die Hälfte Zivilisten. Unter den Toten waren auch mehr als 70.000 Jüdinnen und Juden, die aus Frankreich in die Konzentrationslager deportiert und dort ermordet worden waren. Willige Handlanger der Deportation waren französische Beamte und Polizisten. Diese Kollaboration wurde jahrzehntelang totgeschwiegen. Auch die Rolle der französischen Regierung in Vichy, die eng mit den Nazis zusammenarbeitete, war nach dem Krieg kein Thema. „Vichy wurde lange Zeit als nicht rechtmäßige Zwischentappe präsentiert. Das echte Frankreich, das Widerstand leistete und kämpferisch war, saß in London“, schreibt der Autor Antoine Vitkine. Selbst de Gaulle, der von London aus den Widerstand angeführt hatte, tat die Kollaborateure als eine Minderheit ab, „eine Handvoll Erbärmlicher und Unwürdiger“. Erst mit Präsident Jacques Chirac änderte sich 1995 die Erinnerungskultur. Am Jahrestag der Razzia des „Winterveldroms“, bei der 1942 rund 8.000 Jüdinnen und Juden festgenommen und später deportiert worden waren, sagte der Konservative: „Der kriminelle Irrsinn der Besatzer wurde von den Franzosen, dem französischen Staat, unterstützt.“ Frankreich, die Heimat der Menschenrechte, habe das nicht wieder Gutzumachende begangen. Heute wird die Beteiligung der französischen Behörden und der Polizei

an den NS-Verbrechen anerkannt. „Das steht auch so in den Schulbüchern“, sagt der Historiker Fabrice Grenard. Allerdings gebe es nach wie vor Revisionisten, die die Rolle der Vichy-Regierung schönredeten.

Mehrheit der Bevölkerung befürwortet die Zeremonie

So behauptete der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour, dass Vichy die französischen Juden beschützt habe. „Das war natürlich nicht der Fall“, bemerkt Grenard. Ein Pariser Berufungsgericht verurteilte Zemmour deshalb Anfang April zu einer Geldstrafe von 10.000 Euro. 80 Jahre nach Kriegsende ist der Zweite Weltkrieg nach wie vor in den Köpfen der meisten Französinnen und Franzosen präsent. Laut einer Umfrage befürworten 69 Prozent die Zeremonien am 8. Mai, wo überall im Land an den Kriegsdenkmalern Kränze niedergelegt werden. Anfangs habe die Erinnerung vor allem dem Sieg über Nazi-Deutschland gegolten, sagt Grenard. „Inzwischen ist der 8. Mai zu einer Botschaft des Friedens und der europäischen Werte geworden.“ In Paris verlaufen die Feierlichkeiten immer nach einer ähnlichen Choreographie: Der Präsident wird die Champs-Élysées hinaufgefahren und ehrt zunächst Charles de Gaulle an dessen Statue. Dann inspiziert er die rund um den Triumphbogen versammelten Truppen und legt vor dem Grabmal des unbekanntes Soldaten einen Kranz nieder. Zum Abschluss erklingt die Marseillaise, die Präsident de Gaulle am 8. Mai 1945 noch selbst anstimmte. Heute wird sie vom Armeekorps gesungen. *Christine Longin*

Die Autorin ist Korrespondentin in Paris.

80 Jahre nach Kriegsende

Putins Umdeutung

Truppenparade in Moskau zum 9. Mai

Präsident Wladimir Putin lässt mehr als 10.000 Soldaten aufmarschieren – auch Soldaten zahlreicher anderer Staaten sowie russische Teilnehmer, die im Krieg gegen die Ukraine kämpften: eine Machtdemonstration. Zu seiner Waffenschau waren am Freitag Staats- und Regierungschefs aus 29 Ländern angereist, als Hauptgast Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping. Außerdem Diktatoren wie Aljaksandr Lukaschenka aus Belarus und der monarchistisch regierende Ilham Alijew aus Aserbaidschan sowie Serbiens Präsident Aleksandar Vučić. Aus der EU hatte nur Robert Fico, Premierminister der Slowakei, teilgenommen. Den Gästen und aller Welt wurde schwere Militärtechnik gezeigt: Panzer, Flugabwehrraketen und Raketensysteme, darunter die Kurzstreckenrakete Iskander sowie die Interkontinentalrakete Sarmat. Das war nicht immer so: Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, am 9. Mai 2005, rollte kein einziger Panzer über den Roten Platz. Soldaten marschierten, aber im Mittelpunkt standen die Veteranen. 5.000 fuhren auf offenen Wagen am Kreml vorbei, sie winkten mit roten Nelken, und die Fernsehkameras zeigten minutenlang Gesichter von Frauen und Männern, die den ganzen Schrecken des Weltkrieges noch erlebt hatten. Das waren berührende Bilder, und vor allem ging es um Menschen.

9. Mai war in Moskau einmal ein Tag stiller Trauer

Die Zeiten haben sich geändert. Wladimir Putin hat den 9. Mai zu einer pompösen und martialischen Siegesfeier umgeformt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war der 9. Mai ein Tag stiller Trauer, begangen in den Familien. Für die Sowjetunion als „Arbeiter- und Bauernstaat“ waren die Paraden am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, und die zur Oktoberrevolution wichtiger. Doch 1965 wurde der 9. Mai ein arbeitsfreier Trauertag. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde der Tag zunächst gar nicht mehr großartig gefeiert, von 1995 bis 2007 gab es zwar eine Parade, aber ohne Militärtechnik. 2008 präsentierte Russland dann zum ersten Mal wieder Panzer und Interkontinentalraketen. Passend zum neuen Kurs, den Putin auf der Sicherheitskonferenz in München 2007 angekündigt hatte. Drei Monate später rollten russische Panzer durch Georgien. Das diesjährige 80. Jubiläum ist mit Propaganda überladen. Wladimir Pu-

tin hat das gesamte Jahr 2025 zum „Jahr des Vaterlandsverteidigers“ erklärt. Der Tag des Sieges habe eine „wahrhaft kolossale“ Bedeutung „für das Schicksal Russlands und für den Charakter und die Werte unseres Volkes“. Das Vaterland zu verteidigen, dem Vaterland zu dienen, bleibe eine „heilige Sache“. Veteranen des „Großen Vaterländischen Krieges“ seien ein Vorbild für unbedingten Patriotismus. Von ihnen leben nach offiziellen Angaben noch etwa 7.000. Und so kümmert sich Putin vor allem um die Jugend. Den Ministern und Gouverneuren, die die 9. Mai-Feiern vorbereiten, trug er auf: „Es ist äußerst wichtig, den Feiertag mit Sinn zu füllen.“ Es gehe um die „historische Wahrheit“. Die junge Generation müsse ein „souveränes Bewusstsein“ entwickeln.

Im russischen Staatsfernsehen laufen Anfang Mai Kriegsfilme

Auch das Fernsehprogramm hat die Menschen bereits Tage vorher auf den „Tag des Sieges“ eingestimmt. Es laufen vermehrt Kriegsfilme aus der Sowjetzeit, in den Kindergärten malen die Kleinen im Frühjahr Panzer statt Marienkäfer. Seit Jahren sind sie angehalten, alten Menschen zum Sieg zu gratulieren: „Spasibo dedu za pobedu“, „Danke, Großvater, für den Sieg.“ Am Feiertag herrschte Volksfeststimmung. Junge Frauen trugen Uniformteile aus 1940er Jahren zu High Heels und T-Shirts mit dem Konterfei des Massenmörders Stalin. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg ist Teil der russischen Popkultur. Die Parade in Moskau war auch ein Blick in die Zukunft Europas. In beigefarbenen Uniformen mit roten Baretten marschierten Angehörige der Junarmija mit. Laut eigenen Angaben hat Russland 1,75 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 18 Jahren unter Waffen. Sie werden auf Hass getrimmt und in dem Glauben bestärkt, dass der Westen sie vernichten will. Komplette Schulklassen treten geschlossen der Junarmija bei. Vor allem Kinder von Armeemitgliedern sind angehalten, mitzumachen. Außerdem holt der Staat Kinder aus Waisenhäusern in die Organisation. Für den reibungslosen Ablauf sorgt ausgerechnet die Beauftragte des Präsidenten für Kinderrechte. Die Jungarmisten gelten als Wladimir Putins Vermächtnis an die nächsten Generationen. *Thomas Franke*

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent. ||



Jugendliche der Junarmija bei den „Militärsportspielen“ in Moskau.

© picture-alliance/dpa

Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

VW als Vorreiter der NS-Aufarbeitung

Vorstandschef Piech war anfangs eher desinteressiert. Heute gilt die Aufarbeitung des Konzerns zu seiner Rolle in der Nazi-Zeit als beispielhaft

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch Unternehmen in der Bundesrepublik begann in den 1950er Jahren. Zögerlich zwar, unvollständig und sehr vereinzelt, aber immerhin. Damals unternahm Betriebe erste Schritte, um ihre Verstrickungen und Verantwortlichkeiten während der NS-Zeit zu untersuchen. Im Februar 1957 verpflichtete sich der IG-Farben-Konzern, ein Verbund der größten Chemie-Unternehmen Deutschlands, den Zwangsarbeitern des Buna-Werks in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz eine Entschädigung zu zahlen: für den Historiker Wolfgang Benz ein Meilenstein. „Es war das erste Mal, dass ein Industrieunternehmen, in Liquidation zwar, aber doch ein Industriekonzern, zur Rechenschaft gezogen wurde, dass die Regimenehe festgestellt wurde und dass daraus juristische und materielle Konsequenzen gezogen wurden“, zitierte ihn der „Deutschlandfunk“.

Deutsche Bank und VW ließen als erste ihre Geschichte erforschen

In den folgenden Jahren blieben Unternehmen eher zurückhaltend im Umgang mit ihrer geschichtlichen Rolle. Teils, weil sie es für überflüssig hielten – ihr Fokus lag darauf, alles dafür zu tun, sich im Hier und Jetzt mit den eigenen Produkten auf dem Markt behaupten zu können – teils, weil sie befürchteten, dass die Erinnerung an eine unrühmliche Vergangenheit ihnen geschäftlich schaden könnte. Umfassender und intensiver wurden die Versuche, die Vergangenheit transparenter zu machen, in den 1980er und 1990er Jahren. Als erstes deutsches Großunternehmen ging die Deutsche Bank die Erinnerung an eine unrühmliche Vergangenheit ihnen geschäftlich schaden könnte. Umfassender und intensiver wurden die Versuche, die Vergangenheit transparenter zu machen, in den 1980er und 1990er Jahren. Als erstes deutsches Großunternehmen ging die Deutsche Bank die Erinnerung an eine unrühmliche Vergangenheit ihnen geschäftlich schaden könnte. Umfassender und intensiver wurden die Versuche, die Vergangenheit transparenter zu machen, in den 1980er und 1990er Jahren. Als erstes deutsches Großunternehmen ging die Deutsche Bank die Erinnerung an eine unrühmliche Vergangenheit ihnen geschäftlich schaden könnte.



Der Historiker Manfred Grieger hielt 1999 den Vortrag zur Eröffnung der „Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks“. Neben Konzernvertretern saßen unter den Hörern damals auch ehemalige Zwangsarbeiter.

© Volkswagen Aktiengesellschaft

entschuldigte sich öffentlich und leistete Entschädigungszahlungen.

VW-Mitarbeiter machen sich für eine Aufarbeitung stark

Als weiteres großes Unternehmen zog Volkswagen rasch nach und machte wie die Deutsche Bank die Erfahrung, dass es eher Lob und Respekt erntete als Kritik und Nachteile. Gerade im Ausland verschaffte diese Form, sich ehrlich zu machen, dem Konzern sogar einen Gewinn an Prestige. VW wurde damit stilbildend bei der Aufarbeitung der Geschichte. Einfach aber war der Anfang nicht. Vorbehalte gab es auch in Wolfsburg. In den 1980er Jahren waren es, wie der NDR in einer Chronologie der VW-Entschädigungs-Initiativen berichtete, zunächst Mitarbeiter, die sich dafür stark machten, sich der Geschichte der NS-Zeit zu stellen. So habe vor allem die Arbeitnehmervertretung um den Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitz-

zenden Walter Hiller das Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt, bis der Konzern beschloss, die Zwangsarbeit im damaligen Volkswagenwerk wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen.

Statt Autos produzierte VW Militärwagen, Minen und Bomben

Der Historiker Hans Mommsen wurde gebeten, eine Forschungsgruppe zu bilden. 1996 veröffentlichte er zusammen mit seinem Historiker-Kollegen Manfred Grieger die Studie „Das Volkswagenwerk und seine Mitarbeiter im Dritten Reich“, eine detaillierte Analyse der komplexen Beziehungen zwischen dem Volkswagenwerk, seinen Arbeitern und dem NS-Regime. Eine Studie auch, die aufzeigte, wie der heute größte Autobauer Europas nach der Grundsteinlegung durch Reichskanzler Adolf Hitler 1938 bei Kriegsbeginn 1939 zu einem Rüstungsbetrieb wurde. Statt, wie von den Nationalsozialisten propagiert, die Massenmotorisierung des deutschen

Volkes durch die Serienproduktion von Autos voranzutreiben, wurden Militärfahrzeuge produziert, Tellerminen, Panzerfäuste und Flugbomben. Und dabei wurden, wie auf der Website der „Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks“ detailliert dargestellt, mit der Zeit immer mehr Zwangsarbeiter rekrutiert.

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ äußerte sich Mommsen später kritisch über die Reaktion der Konzernspitze auf die Ergebnisse der historischen Forschungen: „Die Darstellung erschien mit Unterstützung von VW 1996“, sagte der Historiker, fügte aber hinzu: „Doch es zeigte sich, dass der seit 1992 amtierende Vorstandschef Ferdinand Piëch an dem Buch eher desinteressiert war. Leider sei VW auch „nicht bereit gewesen, die englische Übersetzung zu bezahlen, die ursprünglich vorgesehen war.“ Heute hingegen gilt das Verhalten des Autokonzerns im Umgang mit seiner

Vergangenheit als beispielhaft. Das ist den zahlreichen Wiedergutmachungs-Initiativen des Konzerns zu verdanken, die sich in der 1999 überarbeiteten Dauerausstellung zur Zwangsarbeit auf dem WV-Gelände in Bildern und Texten detailliert nachvollziehen lässt.

So machte sich VW für den Aufbau internationaler Jugendbegegnungen in Mittel- und Osteuropa stark, förderte humanitäre Projekte, unterstützte zum Beispiel Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung von NS-Opfern und beteiligte sich finanziell an der Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz.

Im Jahr 1991 wurde am Eingang des Werks in Wolfsburg ein Gedenkstein in Erinnerung an die Zwangsarbeiter enthüllt, 1995 in den Bunkern in Halle 1 eine Stätte des Gedächtnisses eingerichtet und 1998 ein Hilfsfonds für Zwangsarbeiter mit einem Budget von 20 Millionen D-Mark aufgelegt.

Die Resonanz auf diesen Fonds war durchgehend positiv. Was dazu führte, dass andere Unternehmen sich aufgefordert oder ermuntert fühlten, dem Beispiel des VW-Konzerns zu folgen und die eigenen Archive zu durchforschen oder sich ebenfalls an Entschädigungszahlungen zu beteiligen. Der unterdessen zum Chefhistoriker des Konzerns aufgestiegene Manfred Grieger erinnerte sich später, wie der NDR berichtete, an die öffentliche Reaktion auf den Hilfsfonds „als stark auffordernd und stark anerkennend“. VW habe „begonnen aufzuholen, was vorher versäumt wurde“.

Der Autokonzern »betritt Neuland in der Firmenkommunikation«

Als VW sich 2016 von Grieger trennte, schrieb die „Wirtschaftswoche“, eine allgemeine Stimmung resümierend: „Die Erinnerungsstätte, der Aufbau eines Unternehmensarchivs, aber auch eines historischen Marketings, das sich nicht in der Illustration mit technischen Antiquitäten erschöpfte, waren Meilensteine auf einem Weg, mit dem der VW-Konzern in den vergangenen Jahren oftmals Neuland in der Unternehmenskommunikation betreten hat.“

Michael Schmidt

Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amts

Kein Hort des Widerstands

Nicht nur die Wissenschaft, auch die Öffentlichkeit debattierte zwei Jahre lang lebhaft über die Rolle des Auswärtigen Amts in der NS-Diktatur

Ob Joschka Fischer (Grüne) ahnte, was er da auslöste? 2005 gab der damalige Außenminister der rot-grünen Koalition ein Werk zur Erforschung der Geschichte des Auswärtigen Amts (AA) in Auftrag. Lange nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, im Oktober 2010, wurde das Ergebnis veröffentlicht – und löste ein Beben aus. Selten zuvor und noch seltener danach hat eine historische Studie hierzulande derart langanhaltend die Gemüter erhitzt.

Vorgestellt wurde der Band mit dem Titel „Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ von einer Historikerkommission unter Leitung von Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann.

Das AA – ein Hort des Widerstands? Die Studie überrascht und entsetzt

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Kommission hatten es in sich. Vor allem das Ausmaß, in dem das Ministerium in die nationalsozialistische Politik der Judenvernichtung eingebunden war, überraschte viele. In den Worten des Historikers Christian Mentel, der

sich in den Jahren nach dem Erscheinen des Buchs immer wieder mit der ungewöhnlichen Debatte, ihrem Verlauf, ihrer Schärfe und Struktur beschäftigt hat, war die Historikerkommission zu dem Ergebnis gekommen, „dass deutsche Diplomaten nicht nur Mitwisser, sondern Mittäter von NS-Verbrechen, insbesondere des Holocaust, waren, schrieb Mentel in einer Ausgabe von „Aus Politik- und Zeitgeschichte“.

Er fügte hinzu: Nicht zuletzt aufgrund der großen personellen Kontinuität zwischen dem Außenministerium des „Dritten Reiches“ und der Bundesrepublik sei noch jahrzehntelang ein Geschichtsbild gepflegt worden, „das diese Vergangenheit ausblendete und das AA zum ‚Hort des Widerstands‘ gegen das Regime umdeutete“.

Nach Erscheinen der Studie kam eine Debatte auf, die, einmal in Schwung gekommen, gut zwei Jahre andauern sollte, eine Debatte, die gleichermaßen von Fachleuten wie einer interessierten Öffentlichkeit geführt und in einer unter Historikern eher unüblichen Unversöhnlichkeit ausgetragen wurde. Auch vor Polemik, persönlichen Angriffen

und Unterstellungen schreckten die Fachleute nicht zurück. So wurde den Kollegen wahlweise der Besuch eines historischen Proseminars empfohlen oder das Werk als „Geschichtspornographie“ gebrandmarkt und in die Nähe von DDR-Propagandaschriften gerückt. Bei allem Streit gab es aber immer auch ausgleichende Stimmen. Christian Mentel machte auf den Um-



Eckart Conze gehörte damals zur Leitung der Historiker-Kommission.

© pa/dpa Horst Galuschka

stand aufmerksam, dass es zu den „Charakteristika dieser Debatte“ gehörte, dass selbst die schärfsten Kritiker die Grundaussage des Buches nicht in Frage stellten, dass nämlich das Auswärtige Amt während der NS-Zeit eine verbrecherische Politik betrieb, in die Umsetzung des Holocausts involviert war und zahlreiche, auch schwer belastete Mitarbeiter im AA der Bundesrepublik ohne größere Probleme wieder ihren Dienst verrichten konnten.

Diskussion über den Schwerpunkt, Quellen und Schlussfolgerungen

Zu den weniger polemisch vorgetragenen Kritikpunkten zählte die Frage nach dem richtigen Schwerpunkt: Wurde zu sehr auf den Holocaust fokussiert, wurde der Widerstand im Amt zu wenig honoriert? Dazu gehörten auch die Fragen: Wurden Quellen fehlinterpretiert oder Schlussfolgerungen überdehnt? Und hat die Kommission unter dem Strich ihre Erkenntnisse zu sehr in Szene gesetzt? Mentel beobachtete eine wiederkehrende Tendenz, politische und wissenschaftliche Elemente gleichermaßen zusammenzubringen. So

sei die Debatte insgesamt sowohl durch ein hohes Maß an wissenschaftlicher Substanz als auch durch den politischen Gehalt geprägt gewesen.

Vergleich mit anderen großen historischen Debatten

„Diese Eigenschaft“, lautete Mentels Einschätzung, „rückt sie in eine Reihe mit anderen großen historischen Debatten, von der Kontroverse um den Reichstagsbrand über den Historikerstreit bis hin zur Wehrmachtsausstellung“.

2017, zwölf Jahre nach Fischers Initiative, stellte die schwarz-rote Bundesregierung eine Millionensumme bereit, um die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit voranzutreiben: Bundesministerien und Bundesbehörden sollten Historikerkommissionen mit der Untersuchung der NS-Vergangenheit ihrer Vorläuferorganisationen und ihres Umgangs mit dem Nationalsozialismus beauftragen. Es wird spannend zu beobachten sein, ob die eine oder andere davon nochmal die Gemüter der Fachwelt und interessierter Laien so bewegen kann wie „Das Amt“.

mis

Zukunft der Erinnerungskultur

Ritualisiert und trivialisiert

Wolfgang Benz wirft einen kritischen Blick auf die historische Aufarbeitung der zwei deutschen Diktaturen und die Erinnerungskultur

Das Cover des Buches von Wolfgang Benz macht es deutlich: Kinder springen auf den massiven Blöcken des Holocaust-Mahnmals herum, wissen vielleicht gar nicht, woran hier inmitten von Berlin erinnert und gemahnt werden soll. Sie sind quasi noch unschuldig im Betrachten, Verstehen und verantwortungsvollem Handeln im Hinblick auf die nationalsozialistischen Verbrechen, die die deutsche Gesellschaft angesichts ihrer zunehmenden Relativierung mehr denn je beschäftigen.

Benz, emeritierter Berliner Professor für Zeitgeschichte, weiß, wovon er spricht. Nicht allein weil er, Jahrgang 1941, quasi selbst als „Zeitzeuge“ die verschiedenen Stationen der Aufarbeitung erfahren, sondern sich lebenslang wissenschaftlich und in diversen Gremien damit kritisch auseinandergesetzt hat. Sein sehr pointiertes Buch „Zukunft der Erinnerung“ stellt quasi ein Resümee dieser Betrachtungen dar, untermauert mit zahlreichen Beispielen der Vergangenheitsbewältigung. Sei es am Beispiel des öffentlichen Umgangs mit dem Ende des „Dritten Reichs“, der Interpretation und Instrumentalisierung des Widerstands im Nationalsozialismus, den Wurzeln und Auswüchsen der Judenfeindschaft bis heute sowie der Erinnerung an spät rehabilitierte Opfergruppen wie die Zeugen Jehovas, Homosexuelle oder Wehrmachts-Deserteure. Er tut das immer mit Blick auf beide deutsche Staaten vor der Wiedervereinigung und auf die Folgen für die politische Kultur im vereinten Deutschland.

Plädoyer für eine adäquate und kreative Wissensvermittlung

Insgesamt betrachtet Benz die bisherige Aufarbeitung der NS-Zeit, aber auch der SED-Diktatur sehr kritisch und sieht sie in den letzten Jahrzehnten verstärkt institutionalisiert, ritualisiert und durch die Medien trivialisiert und verfälscht. Aber wie kann Erinnerungskultur gestaltet werden, wenn sie nicht selbst in Vergessenheit geraten will oder instrumentalisiert werden soll? Dafür hat auch Benz keine wirklich praktikable Lösung. Es geht ihm am Ende um adäquate, fundierte und kreative Wissensvermittlung

Ein einsamer Besucher des Holocaust-Mahnmals in Berlin steht auf einer der 2.700 Stelen.

© picture alliance/photothek/ Florian Gaertner



lung mit dem Ziel, eine „demokratische, humane und tolerante Gesellschaft“ zu entwickeln. Dabei führt er seinen Lesern immer wieder Beispiele dafür vor Augen, wie präsent rassistische, soziale und religiöse Vorurteile und Diskriminierungen im Alltag, in der Politik und den Medien sind. Doch wie kann das in den Köpfen verankert und im Handeln und Reden sichtbar werden?

Benz plädiert dafür, dass die Erinnerungskultur nicht mit „moralischen Postulaten“ belegt sein darf, die „ethischen Einsichten“ ergäben sich „zwangsläufig aus überzeugend vortragendem Fachwissen“, schreibt er. Aber ist das wirklich so? Wirkt akademische und faktengeprägte Bildung bei der jüngeren Generation, um deren zukünftiges erinnerungskulturelles Denken und Agieren hier gehen soll? „In der politischen Bildung sind Fantasie und Kreativität zu stimulie-

ren“, regt Benz an. Aber konkrete Anleitungen gibt er nicht – im Gegenteil. Er schreibt, „mit welchen Methoden der Didaktik, der künstlichen Intelligenz, der Erzählung oder der Nutzbarmachung des Spieltriebs auch immer das notwendige Wissen vermittelt wird, ist sekundär.“

Der fundamental veränderte Medienkonsum der Jugend

Doch genau da muss Erinnerungskultur vermutlich ansetzen, um die Jugend von heute und die Erwachsenen von morgen abzuholen. Nicht ohne das nötige Fachwissen versteht sich. Aber bei allem Verständnis für Benz' kritische Betrachtungen des Reenactments, populärer Geschichtsdokus oder der Rekonstruktion historisch-politisch aufgeladener Bauwerke wie der Garnisonskirche, dem Berliner Stadtschloss oder der Baracken

ehemaliger Konzentrationslager, den Zugang auch zu den dunklen Seiten der deutschen Geschichte schaffen aufgrund eines fundamental veränderten Medienkonsums und -verhalten der jüngeren Generation vor allem die Mittel und Methoden. Es kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass das historisch gesicherte Wissen automatisch Interesse und Einsicht bewirkt oder sich günstigenfalls in humanitäres, tolerantes und demokratisches Verhalten verwandelt. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Jugend in ihrem Alltag, bei ihren Bedürfnissen und Interessen abgeholt werden muss. Hier können vielleicht zwei Analysen zielführend sein, die Benz bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der NS-Herrschaft vermisst. Den lebensweltlichen Charakter der beiden Systeme gilt es deshalb aufzugreifen und mit aktuellen politi-

schon, sozialen und kulturellen Entwicklungen der Gegenwart zu vergleichen. Zu fragen, wieso Menschen den Verlockungen einer „Volksgemeinschaft“ erlagen, und wahrheitsgetreu die Licht- und Schattenseiten der DDR aufzuzeigen, um eine individuelle Identifikation zu ermöglichen. Daran liegt die Zukunft der Erinnerung und die Chancen für eine Stärkung der deutschen Demokratie.

Jörg von Bilavsky



Wolfgang Benz: Zukunft der Erinnerung. Das deutsche Erbe und die kommende Generation.

dtv, München 2025; 240 S., 20,00 €

Anzeige

Der ewige Staat Hobbes im 21. Jahrhundert



Der Leviathan

Der Leviathan im Zeichen der Krise
Herausgegeben von
Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt
2., vollständig überarbeitete
Auflage 2025, 315 S., brosch., 79,- €
ISBN 978-3-7560-0640-3
E-Book 978-3-7489-4270-2
(Staatsverständnisse, Bd. 1)

Bei Staatsdenkern kommt es nicht nur darauf an, die Welt zu verstehen, sondern auch darauf, sie zu verändern. Das trifft auf besondere Weise auf Thomas Hobbes zu. Als Klassiker des Staatsdenkens hat er die moderne Staatstheorie wie kaum ein anderer beeinflusst. Mit seiner wissenschaftlichen Methode („more geometrico“) hat er die Staatsphilosophie revolutioniert.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

KURZ REZENSIIERT

Auslagerung der Schuld an muslimische Migranten

Nach dem Überfall der Hamas auf israelische Zivilisten und dem folgenden Krieg in Gaza kam es überall in Deutschland zu Demonstrationen postkolonialer Linker, mehrheitlich aber Zuwanderer aus dem Nahen Osten. Sozialforscher warnen in diesem Kontext vor einem „israelbezogenen Antisemitismus“. Die in Cambridge lehrende Anthropologin Esra Özyürek widerspricht dieser Deutung. Ihre Kernthese: Die Schuld am Holocaust werde mittlerweile an muslimische Minderheiten ausgelagert. Özyürek hat in Istanbul studiert und im US-amerikanischen Ann Arbor promoviert. In den vergangenen Jahren ist sie immer wieder nach Deutschland gereist, recherchierte in islamisch geprägten Milieus in Berlin und Duisburg und begleitete mehrfach Gedenkfahrten mit migrantischen Jugendlichen in das Konzentrationslager Auschwitz. Schon seit der Jahrtausendwende, so die Autorin, seien türkisch- und arabischstämmige Deutsche ins Zentrum des Gedenkens an die Shoah gerückt. Antise-



Esra Özyürek: Stellvertreter der Schuld. Erinnerungskultur und muslimische Zugehörigkeit in Deutschland.

Klett-Cotta, Stuttgart 2025; 320 S., 26,00 €

mitische Präventionsprogramme würden zunehmend auf diese Zielgruppe zugeschnitten: Muslimische Einwanderer sollten die Opferperspektive verstehen, demokratische Werte verinnerlichen und so zu „richtigen Deutschen“ werden. Für die Nachfahren der Nazi-verbrecher, glaubt Özyürek, wirkt diese Verschiebung entlastend. Denn sich selbst stelle die deutsche Gesellschaft kaum noch infrage, man habe die eigene dunkle Vergangenheit gründlich aufgearbeitet, nun müsse der „vermeintliche Antisemitismus anderer“ bekämpft werden.

Vermeintlicher Antisemitismus? Das ist eine kühne Behauptung der Autorin. Denn auf Pro-Palästina-Kundgebungen werden Parolen wie „From the river to the sea“ skandiert, dem jüdischen Staat das Existenzrecht abgesprochen. Es ist legitim, das Vorgehen der rechten Netanjahu-Regierung in Gaza zu kritisieren, doch ein radikaler Teil der Protestierenden bedient sich in der Tat antisemitischer Muster. Umgekehrt ist aber auch richtig, dass die Kinder und Enkel der muslimischen Einwanderer, die das zerstörte Nachkriegsdeutschland mit aufgebaut haben, in ihren familiären Biografien mit dem Holocaust so gut wie nichts zu tun haben – trotz des dann stets angeführten Mohammed Amin al-Husseini, der als Mufti von Jerusalem mit Adolf Hitler kollaborierte. Özyüreks Analyse, die schon vor zwei Jahren auf Englisch erschien und trotz ihres „deutschen Themas“ erst jetzt übersetzt wurde, ist zwar fundiert, schießt in den Schlussfolgerungen aber über ihr Ziel hinaus.

Thomas Gesterkamp



Aufstand im Warschauer Ghetto 1943: Jüdische Widerstandskämpfer werden von deutschen Soldaten abgeführt.

© picture-alliance

Jüdischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg

Der Mut der Verzweifelten

Der Historiker Stephan Lehnstaedt hat ein wichtiges Werk über den vergessenen und lange verschwiegenen Widerstand von Juden gegen den Holocaust vorgelegt

Yitzhak Bauer hielt dagegen: „Wir hatten eine abgesägte Schrotflinte und meine Nagant und dachten, wir könnten gegen das gesamte Deutsche Reich kämpfen“, erinnerte er sich später. Die Wehrmacht hatte Polen besetzt, Juden wurden in Ghettos gezwungen, Flucht und Überleben in den Wäldern war Anfang der 1940er Jahre riskant. Bauer entschied sich mit seinem Bruder und zwei Freunden zum Widerstand. Was sich liest wie ein Zitat aus dem Film „Inglourious Basterds“ von Quentin Tarantino, geschah zigfach im Zweiten Weltkrieg – in dem sich Juden gegen Diskriminierung, Verfolgung und Völkermord wehrten.

Die Geschichte von Bauer ist nur eine von vielen, die Stephan Lehnstaedt für sein Buch „Der vergessene Widerstand“ gesammelt hat. Der Titel ist Programm: Der Professor für Holocaust-Studien an der Touro University in Berlin räumt mit dem Mythos angeblich jüdischer Passivität auf, mit dem oft vorherrschenden Eindruck von paralysierten Opfern, „die lediglich Objekte in den Händen der Mörder darstellten“.

Damit ist dem Autor ein unbedingt lesenswertes Buch gelungen, das den Forschungsstand zum Kampf von Juden gegen den Holocaust allgemeinverständlich zusammenfasst. Herausgekommen ist ein Werk, das sich stellenweise wie ein Agententhriller lesen ließe, schnürte sich nicht bei der Lektüre ob des Grauens die Kehle zu. So viele Namen, die im Buch auftauchen und dann sterben. So wenige, die überleben. So viel Verzweiflung und so viel Mut. Die 383 Seiten ordnen ein Thema ein, das bis heute unterbelichtet ist. Zu bemängeln ist nur, dass die Fußnoten lediglich als reine Belege erscheinen, anstatt weiterführende Informationen zu bieten.

Widerstand war Kampf, aber eben nicht nur. Lehnstaedt berichtet etwa von Max Mannheimer, der die nächtliche Ausgangssperre bei seinem Zwangsarbeitereinsatz ignorierte und

in einem Kurpark spazierte. „Ich zähle die Verbotsschilder ‚Für Juden verboten‘“, notiert er. „Es sind sechs an der Zahl. Später, gegen elf, reiße ich alle Verbotsschilder aus dem Boden und werfe sie teils ins Gebüsch, teils in einen Bach.“ In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1941, nach dem Wüten der deutschen Einsatzgruppen und der ersten Massenmordwelle, stellte sich die Frage, „ob das Erlebte nur der Vorbote für noch größere Massaker war oder ein bereits vorübergezogener Sturm“. Als sich dann die von der deutschen Regierung und von SS-Behörden beschlossene „Endlösung“ abzeichnete, ging es für Juden ums nackte Überleben.

»Halsbrecherische Fahrten zwischen den Ghettos«

Bei der Forschung herrscht ein Quellenproblem vor, nach dem viele unbekannt Fälle zu vermuten sind. Dennoch nimmt der Autor den Leser auf eine Reise, mit dem Ziel, den Widerstand in seiner Zeitfolge zu erzählen. Man erfährt von 250 verschiedenen Periodika im Warschauer Ghetto und von jüdischer Poesie, die auf „halsbrecherischen Fahrten zwischen den Ghettos“ kursierte sowie von einem Kommunikationsnetz des Widerstands, das über die Vernichtungslager informierte. Man liest über eine Massenschlägerei aus dem Jahr 1941 zwischen der niederländischen „Weer Afdeling“ (ein Pendant zur SA) und einem Selbstschutz im jüdischen Viertel Amsterdams, über

einen Überfall in Belgien auf einen Deportationszug nach Auschwitz. An Bahnrampen kam es zu Anschlägen und in Birkenau zu einer Erhebung, Gefangene gingen mit Hämmern, Äxten und Steinen auf die Wachen los. Bei den Deportationen versuchten viele den Sprung aus dem Zug, trotz der Schüsse der Begleitmannschaften. „Weil dennoch Tausende ihr Glück versuchten, säumten Leichen die Bahnstrecken zu den Vernichtungslagern.“ Und schließlich der kollektive Widerstand im Warschauer Ghetto, der 29 weitere Aufstandsversuche zeitigte.

Verstehen lässt sich auch, was ein Leben im Untergrund bedeutete, bei einer falschen Identität waren „gutes“ Aussehen und Kenntnisse des christlichen Feiertagskalenders wichtig. Der Leiter einer Fälscherwerkstatt in Paris vermerkte: „Der Bouquinist sah immer verdächtig aus, der Metzger und der Bäcker ebenfalls.“ Und Alina Blady-Szwajger, die sich als Geldkuriere engagiert: „Vor allem war da noch die eigene Furcht, die man sich nicht anmerken lassen durfte. Und doch war sie da und saß im Magen wie eine angespannte Feder.“

In der Bundesrepublik und in der DDR gleichermaßen verschwiegen

Jüdischer Widerstand war spätestens 1943 zu einem „Massenphänomen“ geworden. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurde er jedoch totgeschwiegen, weil sich „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus angenehm verengt als konservativ beschreiben ließ, eben auf die Hitler-Attentäter rund um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Und in der DDR konzentrierte sich Widerstandsforschung auf den kommunistischen Untergrund. Lehnstaedt beschließt sein Buch über die jüdischen Widerstandskämpfer mit den Worten: „Ihre Reaktionen waren zu tiefst menschlich und gerade aufgrund der überwältigenden Totalität des präzedenzlosen Genozids ebenso normal wie außergewöhnlich.“

Jan Rübel



Stephan Lehnstaedt: Der vergessene Widerstand. Jüdinnen und Juden im Kampf gegen den Holocaust.

C.H. Beck, München 2025; 383 S., 28,00 €

KURZ REZENSIIERT

Der lange Kampf von Verfolgten um die Anerkennung als NS-Opfer

„Zuallererst bedeutete das Frühjahr `45 eine Befreiung für die Menschen, die unter dem NS-Terror am meisten litten: die Häftlinge der Konzentrationslager.“ Dieser Satz aus der Rede von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner anlässlich der Gedenkstunde des Bundestages am 8. Mai zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs ist zweifelsohne richtig, aber auch unvollständig. Denn der Leidensweg vieler dieser KZ-Häftlinge und anderer Verfolgter der nationalsozialistischen Diktatur endete eben nicht. Nicht nur, weil sie mitunter über Jahrzehnte nicht als NS-Opfer anerkannt wurden, geschweige denn eine Rehabilitation erfahren oder gar Entschädigung erhalten hätten. Sondern auch, weil sie sich erneuten Anfeindungen und Diskriminierungen und mitunter auch staatlichen Repressionen oder gar der Strafverfolgung ausgesetzt sahen.

Dieses traurige Kapitel zeichnet die Historikerin Stefanie Schüler-Springorum in ihrem Buch mit dem vielsagenden Titel „Unerwünscht“ über den Umgang mit den Verfolgten des NS-Regimes in der Bundesrepublik sowohl analytisch wie auch konkret an exemplarischen Schicksalen eindrücklich nach. Und sie kratzt damit gehörig am Image der westdeutschen Demokratie und ihrer Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen als „Erfolgsgeschichte“.

Konzentriert hat sich die Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin in ihrer höchst lesenswerten Darstellung auf Juden, Sinti und Roma,



Stefanie Schüler-Springorum: Unerwünscht. Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes.

S. Fischer, Frankfurt/M. 2025; 256 S., 25,00 €

sogenannte „Erbkranke“ und „Asoziale“, Zwangsarbeiter und Homosexuelle. Bei aller Unterschiedlichkeit dieser Gruppen einige sie, dass sie „ohne ihr Zutun, aufgrund ihrer bloßen Existenz, ihrer Verfügbarkeit, ihres sozial oder sexuell devianten Verhaltens, einer Krankheit oder einer ‚rassisch‘ definierten Zugehörigkeit verfolgt, verhehrt, eingesperrt und ausgebeutet wurden oder ihre geplante Ermordung durch Zufall überlebten“. Das Ausmaß der erneuten Diskriminierungen und Repressalien in Westdeutschland gegenüber diesen Gruppen und die Dauer ihres Kampfes um Anerkennung als NS-Opfer hingegen war höchst unterschiedlich ausgeprägt. Mitunter sprachen sich diese Gruppen auch untereinander den Status als NS-Opfer ab: Etwa im Fall der sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“, weil sie von den Nazis oftmals als Hilfs-Aufseher in den Lagern eingesetzt worden waren.

„Unerwünscht“ zeigt vor allem, wie lange und wirkmächtig die menschenverachtende Ideologie der Nazis nach 1945 in der Gesellschaft und staatlichen Institutionen nachwirkte.

aw

KURZ REZENSIIERT

Der preußische Feldmarschall und »sein lieber Kanzler«

Noch heute gibt es in über einhundert deutschen Städten eine Hindenburgstraße oder einen Hindenburgplatz. Den Historiker Eberhard Jäckel motivierte dies 1984 zu der Feststellung, dass „die Hindenburgstraßen fast ausschließlich auf ein einziges ‚Verdienst‘ zurückgehen: Hindenburg wurde geehrt, weil er Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, weil er die Tür aufgemacht hatte für den Weg in die größte Katastrophe unserer Geschichte“. Sollen diese Straßen auch noch im 21. Jahrhundert Hindenburgs Namen tragen, hinterfragt der Journalist und Historiker Wolfgang Niess in seinem neuen empfehlenswerten Buch.

Der Autor analysiert systematisch und umfassend, wie die Nationalsozialisten an die Macht gelangten. Nach seinen Büchern über den „9. November 1918“ und der „Hitlerputsch 1923“ thematisiert er jetzt das „Schicksalsjahr 1925“. Das Jahr hätte man eigentlich überspringen können, bemerkt Niess. Oftmals werde es nur im Zusammenhang mit kulturellen und technischen Innovationen genannt. Gleichwohl gebe es ein zentrales politisches Ereignis, das 1925 zu einem „Schicksalsjahr“ für die Deutschen und die Weltgeschichte mache: Feldmarschall Paul von Hindenburg wurde zum Reichspräsidenten gewählt.

Niess erläutert die Ziele der Präsidentschaft Hindenburgs und berichtet detailliert über sein parteipolitisches Lavieren. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krisen ging es ihm vor allem darum, Deutschland zu stabilisieren und regierbar zu halten. Allerdings führte Hindenburgs Präsi-



Wolfgang Niess: Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburg Präsident wurde.

C.H. Beck, München 2025; 304 S., 28,00 €

dialregime dazu, dass die Bedeutung des Reichstags massiv ab- und die politische Unruhe zunahm. Als sich der staatenlose Hitler 1932 anschickte, für das höchste Staatsamt zu kandidieren, ernannte ihn der Freistaat Braunschweig, in dem die NSDAP die Regierung stellte, zum Gesandten Braunschweigs bei der Landesvertretung in Berlin. Damit einherging die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft.

Zu diesem Zeitpunkt glaubte Hindenburg in Hitler den Mann gefunden zu haben, der seinen Plan von einer Einigung aller „national denkenden Deutschen“ verwirklichen würde. Der Vertreter des alt-preußischen Adels, der im „Entferntesten das politische Format eines zweiten Bismarck hatte“, ebnete damit „seinem lieben Kanzler“ Hitler den Weg zur Errichtung der NS-Diktatur. Dieser Schritt war nicht etwa auf geistige Umnachtung oder Hilflosigkeit Hindenburgs zurückzuführen, sondern er entsprach der anti-republikanischen Agenda des Reichspräsidenten. Wolfgang Niess beherrscht sein Handwerk so gut, dass der Leser bereits sein nächstes Buch mit Spannung erwartet.

manu

Wie Israelis heute auf Deutschland blicken

Zwischen Shoa und Schokopudding

Während die deutsche Regierung Israels Sicherheit weiter zur »Staatsräson« erklärt, wünschen sich viele Israelis einen kritischeren Freundschaftsdienst – auch in der seit Jahrzehnten wachsenden jüdischen Diaspora in Deutschland

Ausgerechnet ein Schokopudding wurde jungen Israelis vor gut zehn Jahren zum Leitstern für die Auswanderung nach Berlin. Ein junger App-Entwickler – und ehemaliger Offizier einer Eliteeinheit – hatte den „Milky-Protest“ ins Leben gerufen, in dem er in den sozialen Medien Supermarkt-Belege postete: Das Gegenstück zum israelischen Schokopudding „Milky“ kostete in seiner neuen Wahlheimat nur einen Bruchteil. Zudem befand er, dass Berlin nicht nur „billig und cool“ ist, sondern ihn gerade als jüdischen Israeli willkommen heiße. Nach Jahrzehnten, in denen viele Juden sich nicht vorstellen konnten, jemals wieder deutschen Boden zu betreten, waren es zunächst Künstler, Küchenchefs und Musiker, oft aus der LGBTQ-Gemeinde, gewesen, die in den frühen 2000er Jahren im bunten, freien und günstigen Berlin, vermeintlich fernab vom Nahostkonflikt, eine gar nicht so kleine israelische Community begründeten. Zuhause mussten sie sich deshalb viel anhören. Von Großeltern, die den Holocaust überlebt hatten. Von Politikern, die ihnen vorwarfen, die Geschichte zu ignorieren, um von güns-

tigen Mieten zu profitieren. Heute leben etwa 15.000 Israelis in Berlin: Sie stehen in beiden Gesellschaften für eine „Normalisierung“ der Beziehungen nach der Shoah. Umfragen in Israel zeigen seit vielen Jahren, dass man Deutschland als die am wenigsten antisemitische Gesellschaft Europas wahrnimmt. Frankreich befindet sich am anderen Ende der Skala.

Deutschland gilt immer noch als Option für Auswanderung

Dass daran auch die weltweit aufgeheizte Atmosphäre seit dem Massaker durch die Hamas am 7. Oktober 2023 und dem folgenden Krieg in Gaza erstmal nicht viel geändert hat, zeigt ein Stimmungsbild vom Frühjahr 2024. Gisela Dachs, Leiterin des Projekts der Hebräischen Universität in Jerusalem, meinte dazu: „Seit Beginn der 1990er Jahre haben sich die Israelis gegenüber Deutschland immer mehr geöffnet.“ Deutschland wird demnach immer noch als Auswanderungsoption betrachtet. Und zumindest vor einem Jahr erschien den befragten Israelis der Aufstieg der AfD zwar als Gefahr, aber eher als

ein europäisches Phänomen denn ein spezifisch deutsches.

Zudem waren die meisten Befragten stolz darauf, dass Israel Deutschland sein Raketenabwehrsystem „Arrow 3“ als Schutz-Technologie verkauft hat. Ausgerechnet an Deutschland. Militärische Zusammenarbeit – wie andersherum die Lieferung deutscher U-Boote nach Israel – gilt dem Historiker Daniel Marwecki als materieller Ausdruck der deutschen Staatsräson. Von israelischer Seite aus werde diese Unterstützung geschätzt, aber auch erwartet: Es sei die Verantwortung Deutschlands nach der Shoah.

In seinem 2024 veröffentlichten Buch „Absolution?“ wirft Marwecki einen sehr nüchternen Blick auf den Ursprung der deutsch-israelischen Beziehungen. Auf der einen Seite zeigt er auf, habe man mit Deutschen nichts zu tun haben wollen. Auf der anderen war Westdeutschland nach 1948 der einzige Staat, der Israel Industrie- und Waffenhilfe und einen Finanzkredit gewähren wollte. Deutschland brauchte die Absolution, die nur Israel geben konnte – und Israel brauchte die Mittel, um einen Staat aufzubauen. Dass die Repara-

tionen die deutsche Wirtschaft stimulierte war ein angenehmer Nebeneffekt.

Doch selbst, wenn es nicht nur rein ethische Ansprüche waren, die Deutschlands Israelpolitik antrieben – sie dämmte den Antisemitismus nach 1945 ein, lenkte den Blick international auf Israels Schicksal und verschaffte Glaubwürdigkeit. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Jahr 2008 vor der Knesset betonte, dass Israels Sicherheit Teil deutscher Staatsräson sei, bekräftigte sie eigentlich nur bestehende Grundentscheidungen. Trotzdem gilt ihre Rede als Meilenstein und wurde in Israel gefeiert. Auf die Staatsräson pochte auch Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Besuch in Israel nach dem 7. Oktober 2023. Allerdings stellt sich seitdem umso brisanter die Frage, was der Begriff in der Konsequenz eigentlich bedeutet. So sehr die deutsche Position in Israel geschätzt wird – als sicherheitspolitischer Akteur wird Deutschland in Israel nicht besonders ernst genommen. Schon gar nicht von rechtsextremen Bündnispartnern von Regierungschef Benjamin Netanjahu, die Israels Recht auf Selbstverteidigung mit der Vertreibung der Palästinenser und der jüdischen Besiedelung des Gazastreifens gleichsetzen.

In welches Dilemma der nie ganz klar definierte Begriff Deutschland stürzt, zeigte sich schon in den ersten Kriegsmonaten. Als sich die damalige Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) immer kritischer zur humanitären Lage im Gazastreifen und Israels Angriffen äußerte – die Situation mehrmals als „Hölle“ bezeichnete –, lief sie gegen eine Wand. Bei einem Treffen konfrontierte Baerbock Netanjahu damit, dass seine Regierung

Moshe Zimmermann. Es solle seine Rolle nutzen und diplomatisch intervenieren. „Mit einer Politik, die pro Israel ist, und deswegen gegen Annektierungspläne im Westjordanland. Mit einer aktiven Bemühung um das Ende des Kriegs in Gaza.“ Dabei dürfe sich Deutschland auch nicht von der üblichen Strategie Netanjahus einschüchtern lassen, jede Kritik als Antisemitismus abzutun.

Dass es durchaus möglich ist, sich als Freund Israels auf der Seite des Volks – und der Demokratie – zu positionieren, zeigte der deutsche Botschafter Steffen Seibert bei den Protesten gegen die Justizreform und nun auch mit der Unterstützung der Familien der israelischen Geiseln. Zumindest in Tel Aviv werden seine Auftritte – in immer besserem Hebräisch – sehr wohlwollend aufgenommen.

Bundeskanzler Merz spart bisher mit Kritik an Israel

Zukünftig jedoch könnte Israel eher noch weniger Kritik erwarten dürfen aus Deutschland. Das ließ Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im Oktober anklingen. Damals beschuldigte er die Ampelregierung, den Export von Waffen nach Israel zu vereiteln. Außerdem ließ er verlauten, er wolle Israels Premier nach Deutschland einladen – und dies trotz eines internationalen Haftbefehls wegen möglicher Kriegsverbrechen. Maya Sion, Expertin für israelisch-europäische Beziehungen sagt, in Israel vermute man, dass die neue Regierung sich mehr von Donald Trump beeinflussen lassen werde. Dessen Idee, zwei Millionen Menschen aus Gaza zu vertreiben, um dort eine „Riviera des Nahen Ostens“ entstehen zu lassen, spielt den rechtsreligiösen Siedlern in die Hände.



Angela Merkel (CDU) war 2008 die erste ausländische Regierungschefin, die vor dem israelischen Parlament, der Knesset, reden durfte – nach ein paar hebräischen Worten sogar auf Deutsch. Am Ende gab es stehen den Applaus.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Scheiner/Pool



Als »echter Freund« sollte sich Deutschland lieber fragen, was denn wirklich die Sicherheit Israels gefährdet.

MOSHE ZIMMERMANN, HISTORIKER



© pal/Marius Becker/dpa

die desaströse Lage in Gaza beschönige. Er kanzelte sie ab: „Wir sind nicht wie die Nazis.“ In Israel gehörte lautstarke Kritik an der eigenen Regierung gleichwohl schon vor dem 7. Oktober zur Tagesordnung. Im Kampf gegen die „Justizreform“ fanden 2023 die größten Proteste in Israels Geschichte statt. Israels Reservisten, darunter Kriegshelden und ehemalige Armeechefs, drohten ihren Dienst zu verweigern. Die Reform soll die Gewaltenteilung aushebeln und wäre wohl ein Freifahrtschein, um allerhand fragwürdige Gesetze durchzusetzen. Letztlich das Ende der israelischen Demokratie, so die Befürchtungen.

Pro Israel und trotzdem gegen Siedlungsbau im Westjordanland?

Zwar schweißte das Trauma des 7. Oktobers das entzweite Volk zusammen, aber es wurde auch schnell klar, dass der wegen Korruption angeklagte Netanjahu den Krieg dazu nutzt, seine persönlichen Interessen durchzusetzen. Indem er weiterhin daran arbeitet, das Oberste Gericht zu entmachten, die Generalstaatsanwältin oder den Chef des Inlandsgeheimdienstes loszuwerden – anstatt sich um die Rückkehr der israelischen Geiseln zu kümmern. Als „echter Freund“ sollte sich Deutschland lieber fragen, was denn wirklich die Sicherheit Israels gefährdet, findet der israelische Historiker

In Israels linken Kreisen sieht man die Umsetzung der deutschen „Staatsräson“ inzwischen als sehr problematisch an. Als der Bundestag Ende 2024 eine Resolution zum Schutz jüdischen Lebens (20/13627) beschloss, zeigten sich nicht nur Jüdinnen und Juden in Deutschland besorgt, sondern auch israelische Menschenrechtsorganisationen. Sie befürchten, dass die Antisemitismus-Resolution instrumentalisiert werde und auch jene jüdischen Stimmen treffen könnte, die Israels Regierung kritisieren. Damit würde sie die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland eher untergraben als schützen. Yudit Oppenheimer, Direktorin der Jerusalemer Organisation „Ir Amim“, sagt, die Resolution könnte eine Atmosphäre schaffen, die deren Arbeit delegitimiert – und damit der israelischen Regierung zuspült.

Im Berliner Rathaus wurde derweil vor ein paar Tagen eine neue Städtepartnerschaft mit Tel Aviv besiegelt. Sie soll vor allem den Austausch zwischen den jungen Leuten weiter stärken. Die Geschichte beider Städte sei voller Narben, sagte der Tel Aviver Bürgermeister Ron Huldai: „Ihre Zusammenarbeit basiert auf gemeinsamen Werten mit der Freiheit und Würde im Zentrum.“ Ein guter Zeitpunkt, sich daran zu erinnern. Agnes Fazekas

Die Autorin ist freie Journalistin in Tel Aviv.

60 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

»Mit aller Kraft für Israel einsetzen«

Trotz Kritik am militärischen Vorgehen der Regierung Israels in Gaza schließt CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt weitere Waffenexporte nicht aus

Herr Hardt, vor 60 Jahren, am 12. Mai 1965, haben die Bundesrepublik Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Was bedeutet dieses Datum heute?

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist ein Meilenstein der deutschen Nachkriegsgeschichte. Dass Israel – das Land, das maßgeblich von Menschen mitgegründet wurde, die zu Opfern des Nationalsozialismus geworden waren – diplomatische Beziehungen zu Deutschland suchte, war ein bedeutender Schritt auf dem Weg der Aussöhnung. Entstanden ist daraus eine außergewöhnliche Freundschaft, die über die Politik hinausgeht und auch weite Teile der Gesellschaft umfasst. Es gibt etliche Austausch- und Kooperationsprogramme, mehr als hundert Städtepartnerschaften, dazu zahllose Bildungsreisen und Freiwilligendienste.

Trotzdem war diese Freundschaft nie frei von Spannungen...

...nein, die ständige Bedrohung, der Israel seit der Gründung 1948 ausgesetzt ist, hat die Beziehungen genauso geprägt wie der Holocaust. Man muss sich vergegenwärtigen, dass das Existenzrecht eines jüdischen und demokratischen Staates von Teilen seiner Nachbarstaaten negiert wird. Sichtbares Zeichen dafür sind die Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen, die mit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden israelischen Militäreinsatz gegen die Hamas in Gaza bis zum heutigen Tag andauern. In der Diskussion über das Vorgehen Israels in Gaza gilt es übrigens immer wieder zu erklären, was Ursache und was Wirkung ist. Ursache für die israelische Politik ist die konkrete Bedrohung Israels.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach in einer Rede vor dem israelischen Parlament 2008 von der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson. Was folgt für Sie daraus?

Deutschland muss sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Israel eine gute Zukunft hat – dass es prosperiert, dass die Menschen dort in Sicherheit und



Der Nahostkonflikt belastet die deutsch-israelischen Beziehungen: Pro-israelische Demonstranten am Rande pro-palästinensischer Proteste 2024 in München. © picture-alliance/NurPhoto/M. Nguyen

im Frieden mit ihren Nachbarn leben. In der konkreten Situation bedeutet das aber auch, dass wir Exporte von Waffen, die Israel zu seiner Verteidigung braucht, genehmigen und auf internationaler Ebene in allen Gremien, insbesondere in den Vereinten Nationen, eine pro-israelische Haltung einnehmen.

Trotz Mahnungen, beim Vorgehen in Gaza das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, betonte die Bundesregierung stets, an der Seite Israels zu stehen. Im Nahen Osten und im globalen Süden wurde diese Positionierung stark kritisiert. Deutschland habe in der arabischen Welt Vertrauen verloren, sagen Experten. Hat sich die deutsche Außenpolitik in eine Sackgasse manövriert?

Nein, das sehe ich nicht so. Zur deutschen Positionierung gibt es moralisch und mit Blick auf die Tradition der deutschen Außenpolitik keine Alternative. Wir waren dennoch in der Lage, mit Staaten der arabischen Welt Beziehungen zu unterhalten. Diese erlebe ich weiterhin als intensiv und gut. Unsere Partner erkennen unsere Haltung zur Zweistaatenlösung an, weil wir sie glaubwürdig als den besten Weg, auch im Interesse Israels, vertreten.

Aber lässt sich die Solidarität mit Israel angesichts der zehntausenden Opfer in Gaza uneingeschränkt beibehalten? Die humanitäre Lage ist dramatisch, weil Israel seit Anfang März alle Hilfslieferungen blockiert hat.

Die humanitäre Lage in Gaza ist maßgeblich dadurch geprägt, dass die Hamas bislang nicht bereit war, die Herrschaft über Gaza aufzugeben und den Kampf gegen Israel einzustellen. Wenn die Hamas die israelischen Geiseln, die sie seit dem 7. Oktober 2023 noch immer in ihrer Gewalt hält, freilassen und sich zurückziehen würde, gäbe es die Chance, den Gazastreifen mit nicht-militärischen Mitteln zu befrieden. Dass es im Krieg zu Fehleinschätzungen und Fehlern kommt, ist unbestritten – das gilt auch für die Ebene der politischen Entscheidungsträger. Ein systematisch völkerrechtswidriges Vorgehen der israelischen Streitkräfte sehe ich nicht.

Der Internationale Strafgerichtshof jedoch hat gegen Premier Netanjahu Haftbefehl wegen des Verdachts von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen. Damit müsste Deutschland als Vertragsstaat des Gerichts Netanjahu theoretisch festnehmen und ausliefern, wenn er deutschen Boden beträte. Israels Botschafter in Deutschland, Ron Prossor, nannte das einen Testfall für die Staatsräson. Sehen Sie das auch so?

Ich möchte es so formulieren: Es ist nicht vorstellbar, dass ein demokratisch gewählter Premierminister des Staates Israels auf deutschem Boden festgenommen wird. Als verstörend empfinde ich die gefühlte Gleichsetzung der demokratisch gewählten Regierung Israels und der offen terroristischen Hamas, da gegen deren früheren, bei Luftangriffen inzwischen getöteten Hamas-Militärchef Mohammed Deif gleichzeitig Haftbefehl erlassen wurde. Dem Strafgerichtshof rate ich dringend, sich in keiner Weise politisch instrumentalieren zu lassen. Leider hat die Vorgänger-Bundesregierung mit ihrem Vorschlag für die Richterauswahl unglücklich agiert, sodass Deutschland im vergangenen Jahr keinen Richter mehr nach Den Haag entsenden konnte.

Das Jubiläum der deutsch-israelischen Beziehungen fällt in eine schwierige Zeit. Statt Freundschaftsgefühlen zeigt gerade die jüngere Genera-

tion eher Zeichen der Entfremdung. Viele zweifeln auch an der Angemessenheit des militärischen Vorgehens in Gaza. Wie lässt sich angesichts dieser Differenzen das Verhältnis festigen?

Indem wir Einendes mehr herausstellen. Wir sprechen zwar viel über Israel, aber meist im Zusammenhang mit Holocaust und Nahostkonflikt. Das Wissen über Israel, seine Gesellschaft und Kultur, kann da nur allzu bruchstückhaft sein. Um junge Menschen zu überzeugen, dass ein gutes deutsch-israelisches Verhältnis eine Notwendigkeit und ein Gewinn sind, gilt es einerseits aufzuzeigen, wie sehr die jüdische Kultur auch unsere Kultur geprägt hat. Andererseits sollten wir aber auch Brüche und Diskurse in der meinungsstarken, lebendigen israelischen Zivilgesell-



Jürgen Hardt © picture-alliance/Sven Simon

schaft wertschätzen. Unser Gespräch mit und über Israel sollte optimistisch sein und weniger Anlass für innenpolitische Debatten. Stärker zu betonen, dass wir zusammengehören, wäre mein Anliegen für die nächsten 60 Jahre.

Das Interview führte Sandra Schmid. ■

Jürgen Hardt (CDU) ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und war zuletzt außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Er gehört außerdem dem Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an.

12. Mai 1965

Holpriger Weg zu diplomatischen Beziehungen

Die Annäherung war nicht leicht, heute sind Deutschland und Israel jedoch durch vielfältige Kontakte verbunden

Es ist ein ikonisches Bild: Zwei ältere Herren im Anzug sitzen nebeneinander, lächeln, der eine legt dem anderen vertraulich die Hand auf den Arm. Das Foto, aufgenommen 1960 im New Yorker Waldorf Astoria Hotel, zeigt das erste Treffen zwischen dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion. Zwei Männer, die eine Freundschaft verband, welche die Grundlage für die späteren deutsch-israelischen Beziehungen schuf.

Entschädigungszahlungen waren der erste Schritt zur Aussöhnung

Und dennoch: Bei dem Treffen wider setzte sich Adenauer aus grundsätzlichen Erwägungen dem Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Zwar hatte sich die Bundesrepublik im Luxemburger Abkommen 1952 zu Reparationen in Höhe von 3,45 Milliarden D-Mark verpflichtet, die vor allem in Form von Waren zu leisten waren – ein erster Schritt zur Aussöhnung. Doch es sollte noch fünf Jahre dauern, bis am 12. Mai 1965 Bundeskanzler Ludwig Erhard und

Ministerpräsident Levi Eshkol den Austausch von Botschaftern vereinbarten. Aus „pragmatischer Sicht hat es nach dem Zweiten Weltkrieg gute Gründe gegeben, realpolitisch zueinander zu finden“, sagt die Historikerin Jenny Hestermann. Das wirtschaftlich marode und international isolierte Israel habe Hilfe von außen benötigt, Deutschland eine Wiederherstellung seiner Reputation. „Dennoch hat die Bundesregierung offizielle Beziehungen lange hinausgezögert“, so die Gastprofessorin für Israel- und Nahoststudien an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Grund dafür sei die seit 1955 verfolgte außenpolitische „Hallstein-Doktrin“ gewesen, nach der entsprechend dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik eine Anerkennung der DDR unter allen Umständen verhindert werden sollte. „Genau damit jedoch drohten die arabischen Staaten für den Fall, dass die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Israel aufnimmt“, sagt Hestermann.

Um der Zwickmühle zu entkommen, begannen zwischen Bonn und Jerusalem 1957 geheime Verhandlungen über Waffenlieferungen. „Dies hat

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß damals ganz diskret eingefädelt“, so die Israel-Expertin. „Panzer statt Diplomatie“ hieß die unausgesprochene Devise. Erst als der Deal 1964 aufflog, die arabischen Staaten protestierten und die öffentliche Kritik in Deutschland zunahm, änderte sich das. Die Bundesregierung trat die Flucht nach vorne an: „Bundeskanzler Erhard stellte die Waffenlieferungen ein und bot stattdessen endlich offizielle Beziehungen

an“, erklärt Hestermann. Ein wichtiger Schritt, auch noch 60 Jahre später: „Es brauchte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, um nach dem Genozid an den Juden überhaupt wieder Begegnung und Austausch zu fördern.“ Für die heute so vielfältigen zivilgesellschaftlichen Kontakte, so die Historikerin, habe das erst den Boden bereitet.

Auch die beiden Parlamente näherten sich in den Jahren danach an: 1969 besuchte eine Delegation der

Knesset erstmals den Bundestag, 1971 folgte der Gegenbesuch.

Der Holocaust und der noch immer in Deutschland vorhandene Antisemitismus prägten jedoch das deutsch-israelische Verhältnis über Jahrzehnte. Darüber hinaus haben nach Einschätzung von Jenny Hestermann der Nahostkonflikt und insbesondere die deutsche Kritik an der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik die fragilen Beziehungen beeinträchtigt.

Als einen Höhepunkt wertet sie den Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 2008 in Israel. Dass Merkel, die dort als erste ausländische Regierungschefin vor dem Parlament sprechen durfte, die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnete, sei ein „wichtiges symbolisches Zeichen“ gewesen, meint die Historikerin. „Auch wenn dessen Konsequenzen bis heute ungeklärt sind, hat es doch das Vertrauen in Deutschland gestärkt.“

Wie hoch die Beziehungen auch heute eingeschätzt werden, zeigt die Reise des neuen Außenministers Johann Wadepuhl (CDU), die er, kaum im Amt, bereits an diesem Wochenende antreten wird. Sandra Schmid ■



Legten den Grundstein für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen: Israels Premier David Ben-Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1960 in New York. © picture alliance / AP Images

ORTSTERMIN: PRÄSENTATION DES GRAFFITI-WORKSHOPS AM 8. MAI

Spuren und Botschaften an der Wand

Mit Spraydose, Pinsel und Markerstift arbeiten Jugendliche 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges das Thema Krieg und Frieden auf

Wer schon einmal eine Führung durch das Reichstagsgebäude in der Mitte Berlins mitgemacht hat, kennt die „sowjetischen Graffiti“ an einigen Wänden im Inneren des Gebäudes. Als die Rote Armee Anfang Mai 1945 den Reichstag eingenommen hatte, verwigten sich die Sieger mit verschiedensten Botschaften in kyrillischer Schrift, die sie mit verbranntem Holz und farbiger Kreide an die Wand malten. Ein Großteil dieser Graffiti ist auch heute, trotz umfangreichen Umbaus des Reichstagsgebäudes, erhalten.

Für Hilmar Sack, Leiter des Fachbereichs Geschichte, Politik und Kultur bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages, sind die Graffiti und auch die auf dem Dach des Reichstagsgebäudes gemachte „ikonische Fotografie“ eines Rotarmisten, der die sowjetische Fahne als Zeichen des Sieges hisst, „Einflugschneisen“ für junge Leute zu einem sehr schwierigen Thema. „Wir sind der Auffassung, dass Graffiti und Fotografie der Lebenswirklichkeit und dem Alltag von Jugendlichen deutlich näher ist, als der 80. Jahrestag des Kriegsendes“, sagt er. So entstand die Idee eines Graffiti-Workshops im Bundestag. 30 Schülerinnen und Schüler dreier Berliner Europaschulen entwickelten innerhalb von zwei Tagen insgesamt acht großformatige Tafeln, auf denen sie mit Spraydose, Pinsel und Markerstift das Thema Krieg und Frieden in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufgearbeitet haben. Alles unter der Leitfrage: Was hat der 8. Mai eigentlich mit uns zu tun?

Die Ergebnisse stellten sie am Donnerstag im Anschluss an die Ge-



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) im Gespräch mit Teilnehmerinnen des Graffiti-Workshops

© DBT/Thomas Koehler/photothek

denkstunde Bundestagspräsidentin Julia Klöckner und ihren Vizes Andrea Lindholz, Josephine Ortleb und Omid Nouripour vor. Klöckner fand die Graffiti-Idee und ihre Umsetzung gelungen. „Bei der Gedenkstunde haben wir zurückgeblickt“, sagte sie. Es gelte aber auch, nach vorne zu schauen. „Es geht darum, für die Zukunft zu lernen. Wichtig ist, welche Lehren die jungen Menschen aus der Vergangenheit ziehen“, betonte die Bundestagspräsidentin bei der Präsentation in Anwesenheit der Jugendlichen.

Die Botschaften der Jugendlichen in ihren Kunstwerken lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. „Wir vergessen nicht“, lautet eine Kernaussage. „Aufpassen, die Geschichte wiederholt sich“, eine andere. Die Forderung, bei Rassismus, Sexismus, Faschismus und Homophobie nicht wegzuschauen wurde ebenso künstlerisch dargestellt, wie eine Auflistung kriegerischer Auseinandersetzungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Besonders prominent dabei: Der Krieg in der Ukraine und die Situation in Gaza.

Das Konzept für den Workshop stammt vom Historiker Crawford Matthews. Der Geschichtspädagoge Felix Hampel hat es mit den Jugendlichen umgesetzt – unterstützt vom Graffiti-Künstler Christian Hermann. Alle drei sind bei der Präsentation des Lobes voll über das Engagement der Schülerinnen und Schüler. „Den Jugendlichen musste man nichts vorgeben, die haben sehr schnell eigenen Ideen entwickelt und auch in der Gruppe diskutiert“, sagt Graffiti-Künstler Hermann. Hampel zeigt sich beeindruckt davon, wie diffe-

renziert die jungen Leute mit dem umfangreichen Input, den sie erhalten haben, umgegangen sind.

Für Workshop-Teilnehmer Deniz stand daher nicht nur das Sprayen im Vordergrund. Am ersten Tag seien die Verbrechen der Nationalsozialisten in Erinnerung gerufen worden, erzählt er. Als besonders spannend hat er die Diskussion über die 14-tägige Schlacht um den Reichstag in Erinnerung. Farida wiederum betont die Bedeutung der Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Jahr 1985, der 40 Jahre nach Kriegsende erstmals offiziell von einem „Tag der Befreiung“ gesprochen hatte. Den 16-jährigen Tristan hat nachhaltig beeindruckt, selbst den Ort gesehen zu haben, von dem aus der sowjetische Kriegsphotograf Jewgeni Chaldej sein Foto gemacht hat, das zum Symbol für das Ende des Zweiten Weltkrieges wurde. Sein Mitschüler Oskar fand die eingehendere Beschäftigung mit den „sowjetischen Graffiti“ interessant. Darunter fänden sich Liebesbotschaften wie „Für Anatoli und Galina“ ebenso wie die schlichten Feststellungen „Ich war hier“, garniert mit Namen und Herkunftsort der Soldaten. Einige Aussagen, seien aber auch nicht erhalten geblieben, „weil sie zu beleidigend waren“, sagt er. Für die Schülerinnen und Schüler war es eine Ehre von der Bundestagspräsidentin eingeladen worden zu sein. Dafür gebe man doch sehr gern den eigentlich schulfreien Tag in Berlin her, hieß es bei der Veranstaltung unisono. *Götz Hausding*

Die Graffiti-Installationen sind bis zum 23. Mai in der Kuppel des Reichstagsgebäudes ausgestellt.

VOR 20 JAHREN

(K)eine Verfassung für Europa

12.5.2005: Bundestag stimmt für EU-Verfassung Man solle „sparsam“ mit dem Begriff „historisch“ umgehen, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vor dem Bundestag. Doch an jenem 12. Mai 2005 benutzte er dieses Wort bewusst. Denn das, worüber das Parlament damals zu entscheiden hatte, „verdient dieses große Wort“, sagte er. Mit 569 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen votierte der Bundestag an diesem Tag für die sogenannte Verfassung für Europa. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde damit deutlich übertroffen.

Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, so die offizielle Bezeichnung, war zwischen Februar 2002 und Juli 2003 von einem Verfassungskonvent erarbeitet und im Oktober 2004 in Rom feierlich unterzeichnet worden. Damit trat die Verfassung jedoch noch nicht in Kraft: Zunächst mussten alle 25 Mitgliedstaaten zustimmen. Schröder betonte in seiner Rede, die EU werde durch die Verfassung nicht nur demokratischer, sondern auch bürgernäher. Das Europäische Parlament werde gestärkt und erhalte mehr Mitwirkungsrechte. So sollten EU-Parlament und Ministerrat gleichberechtigt über europäische Gesetze entscheiden. Nationale Parlamente erhielten laut Schröder zusätzliche Rechte zur Kontrolle und Information. Die Bundesregierung sei bestrebt, diese Neuerungen auch in einer Vereinbarung mit dem Deutschen Bundestag „Rechnung zu tragen“. Schröder erklärte weiter, dass die Kompetenzen zwischen der nationalen und europäischen Ebene durch die Verfassung deutlicher getrennt seien. Und das Prinzip „Ein Bürger, eine Stimme“ sei durch die Regelung der doppelten Mehrheit gesichert: Beschlüsse gelten dabei nur als angenommen, wenn mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die gleichzeitig zusammen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten, zustimmen.

Unions-Fraktionsvorsitzende Angela Merkel (CDU) hob in der Debatte hervor, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Grundprinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats nun fest „als Identität der Europäischen Union“ im Verfassungsvertrag verankert seien. Die Union hätte sich jedoch eine klarere Bezugnahme auf das jüdisch-christliche Erbe gewünscht. Merkel meinte, dass ein eindeutiger Gottesbezug im Verfassungstext „mit Sicherheit geholfen“ hätte, die europäische Identität klarer zu definieren. Trotz einiger Kritikpunkte an der Verfassung erklärte sie, dass sie „mit vollem Herzen Ja sagen“ könne.

Unterdessen kündigte Peter Gauweiler (CSU) den erneuten Gang vor das Bundesverfassungsgericht an. Er fand, durch die EU-Verfassung



Während der Bundestag klar für die EU-Verfassung stimmt, gibt es vor dem Reichstagsgebäude Demonstrationen dagegen.

© picture-alliance/dpa

werde das Grundgesetz der Bundesrepublik „zur Disposition gestellt“. Mit einer ersten Klage war Gauweiler im April 2005 aus formalen Gründen gescheitert. Letztlich sollte auch die EU-Verfassung scheitern. „Wer in Europa mehr Demokratie will, muss dieser Verfassung zustimmen“, appellierte Kanzler Schröder. Doch das taten Franzosen und Niederländer nicht. In den beiden Nachbarstaaten gab es – anders als in Deutschland – Volksabstimmungen über die Verfassung. In den beiden Referenden votierten die Bürger mehrheitlich mit Nein, woraufhin die Ratifizierungsprozesse in mehreren Ländern ausgesetzt wurden. Die wesentlichen Neuerungen der Verfassung wurden jedoch 2009 im Vertrag von Lissabon übernommen. *Benjamin Stahl*

AUSBLICK ...

So geht es weiter

Die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages hat Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) noch am Tag der Kanzlerwahl in dieser Woche für Mittwoch, den 14. Mai, anberaumt. Erwartet wird, dass sich in den kommenden Wochen auch die Ausschüsse konstituieren. Gerechnet werden kann außerdem mit einer ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU).

Bereits an diesem Montag wird der israelische Präsident Itzhak Herzog in Berlin erwartet. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfängt seinen Amtskollegen mit militärischen Ehren im Schloss Bellevue. Anlass des Besuchs ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vor 60 Jahren (siehe Seite 20-21).

Mit Spannung erwartet wird außerdem die Wahl eines neuen Staatsoberhauptes in Polen am 18. Mai. Amtsinhaber Andrzej Duda darf nicht noch einmal antreten. Sollte keiner der Kandidatinnen und Kandidaten im ersten Anlauf mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten, ist am 2. Juni eine Stichwahl geplant (siehe Seite 7).



© DBT / Xander Heint

AUFLÖSUNG DES BUCHMESSEN-RÄTSELS

Die Redaktion gratuliert!

Die Gewinnerinnen und Gewinner des Buchmessen-Rätsels (Ausgabe Nr. 13 vom 22. März 2025) werden in den kommenden Wochen benachrichtigt und erhalten ein Überraschungspaket von „Das Parlament“.

Das Lösungswort war: STAVANGER

DEBATTENDOKUMENTATION

Gedenkstunde zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa am 8. Mai 2025

Julia Klöckner, Bundestagspräsidentin

Das Leid der Frauen wurde einfach verdrängt



Julia Klöckner
Bundestagspräsidentin

Berlin im Mai 1945: Der Tiergarten-Park verwüstet. Das Reichstagsgebäude verkohlt. Die Kuppel ausgebrannt. Viele Fenster zugemauert, um eine Erstürmung noch abzuwenden. Die Fassade von Einschüssen durchlöchert. Und genau hier an diesem Ort Tristesse. Ein Ende bahnte sich an. Tagelang wurde hier gekämpft: in den oberen Stockwerken schon die Rotarmisten, im Keller noch die deutschen Soldaten. Das Unheil, das dunkelste Kapitel unserer deutschen Geschichte, hatte nicht zuletzt mit der Notverordnung nach dem Reichstagsbrand 1933 seinen Anfang genommen. Und es endete auch hier. Wie kaum ein anderes Bild steht die Reichstagsruine für das Ende des Zweiten Weltkrieges. Und das Ende des nationalsozialistischen Terrors. Der Zweite Weltkrieg war der brutalste Krieg in unserer Menschheitsgeschichte. Nahezu überall in Europa begingen die deutschen Besatzer Kriegsverbrechen. In Ost- und Mitteleuropa führten sie einen rassistischen Vernichtungskrieg, der auf die Auslöschung ganzer Völker zielte. Schon kurz nach dem Überfall auf Polen 1939 verschleppten und ermordeten die deutschen

Besatzer Zehntausende Lehrer, Priester, Ärzte – das Rückgrat der polnischen Gesellschaft. Viel zu oft ist dieses Leid, das Polen angetan wurde, unerwähnt geblieben.

Auch im heutigen Belarus wüteten die Besatzer. Dorfbewohner wurden in ihre Häuser gesperrt und mit Handgranaten beworfen. Sogar Kinder ließen sie bei lebendigem Leib verbrennen!

Auch in den Großstädten wütete der nationalsozialistische Terror. Leningrad sollte ausgehungert werden! Mehr als zweieinhalb Jahre lang schnitt die Wehrmacht die Menschen von jeder Versorgung ab. Es gab mehr als 1 Million Todesopfer! Und am Stadtrand türmten sich die Leichen der Verhungerten, der Erfrorenen, der Gefallenen.

Das ungeheuerliche Ausmaß der deutschen Verbrechen ist bis heute nicht allen bewusst. Oder schlimmer noch: Viele wollen sich damit gar nicht mehr beschäftigen.

Dieser Tendenz entgegenzuwirken – auch dazu dient das Gedenken am 8. Mai. Zualtererst bedeutete das Frühjahr 1945 eine Befreiung für die Menschen, die unter dem NS-Terror am meisten litten: die Häftlinge in den Konzentrationslagern.

Jährlich am 27. Januar gedenken wir aller Opfer des Nationalsozialismus. Alleine aber die Erinnerung an den Holocaust schützt nicht vor neuem Antisemitismus. Antisemitismus hat viele Gesichter, auch viele Narrative. Während wir noch das „Nie wieder“ beschwören, passiert das „Wieder“ schon. Jetzt! Auf unseren Straßen. Im Netz. Und sogar an Universitäten!

Wer zeitlich nach hinten erinnert, der muss auch nach vorne übersetzen – auf heutiges Handeln!

Meine Damen und Herren, Deutschland hatte diesen Krieg geplant, entfach, geführt. Und er kehrte mit zerstörerischer Kraft zurück zu seinen Verursachern.

Millionen Deutsche irrten 1945 auf der Flucht umher. Ihr Hab und Gut war oft auf einen Bolterwagen geschrumpft. Er wurde zum Sinnbild des Schicksals vieler Vertriebener.

Menschen hausten in Trümmern und Baracken. Sie versteckten sich in den letzten Kriegswochen in den Kellern vor Bomben und – je nach Region – heranrückenden Truppen. Insbesondere die Frauen, die Mädchen. Sie sind häufig die übersehenen Opfer eines jeden Krieges.

„Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen. Ihr Leiden, ihre Entsaugung und ihre stille Kraft vergißt die Weltgeschichte nur allzu leicht.“ So Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede am 8. Mai, vor 40 Jahren.

Natürlich waren Frauen im Zweiten Weltkrieg nicht frei von Schuld. Aber gerade Frauen und Mädchen mussten viel Leid ertragen, sexuelle Übergriffe, in und auch nach dem Krieg. Meine Damen und Herren, wir wollen nicht vergessen. Denn viele Kinder von betroffenen Frauen haben auch nicht vergessen. Ich darf Ihnen aus einem aktuellen Schreiben, das eine heute 82 Jahre alte Tochter an den Deutschen Bundestag gerichtet hat, vorlesen:

„Als Augenzeugin des 2. Weltkriegs und Zeugin der Vergewaltigung meiner Mutter an der Grenze Tschechien/Sachsen im Sommer 1945 bei den wilden Vertreibungen möchte ich dringend darum bitten, dass endlich dieses Jahr zum 80. Gedenken an den 2. Weltkrieg und seine Folgen der Frauen gedacht wird, die Opfer von sexualisierter Kriegsgewalt wurden und bis heute im Rahmen kriegerischer Konflikte Opfer von Gewalt werden, weil sie Frauen sind. [...]“

Ihre Worte haben mich sehr bewegt. Danke, liebe Frau Schon, dass Sie uns geschrieben haben. Danke, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind. Ich darf Sie heute auf dieser Tribüne begrüßen.

Danke für Ihr Schreiben, für Ihr Kommen! Sie fragten, wann werde endlich offiziell der Frauen gedacht, die damals Opfer sexualisierter Kriegsgewalt wurden und bis heute werden?

Liebe Frau Schon, die Antwort ist: heute. Das Leid von Frauen wurde in der deutschen

Nachkriegsgesellschaft einfach verdrängt. Kaum Möglichkeiten gab es für die Betroffenen, über das Erlebte zu sprechen: Die Scham verlängerte ihr Leid – wie viele sind daran zerbrochen?

Es ist Zeit, diesen Frauen in unserem Gedenken auch Raum zu geben, ihr Leid anzuerkennen – und die unglaubliche Kraft, mit der diese Frauen ums Überleben kämpften und entscheidend zum Wiederaufbau beitrugen. Monika Hauser, Gründerin einer Frauenrechtsorganisation, fasst es zusammen mit den Worten: „Die Männer haben ihre Frauen nicht gefragt: ‚Was ist dir denn im Krieg passiert?‘, damit die Frauen nicht fragen: ‚Und was hast du dort getan?‘“

Wie haben sich diese Frauen, diese Männer im Mai 1945 gefühlt? Besiegt, erschüttert, verzweifelt, viele auch erleichtert. Aber befreit – fühlten sich im besetzten und bald auch geteilten Deutschland nur wenige.

In der DDR-Propaganda wurde der 8. Mai zwar von Anfang an als „Tag der Befreiung“ gefeiert, aber gleichzeitig zur Rechtfertigung neuer Unterdrückung missbraucht.

Erst nach einem spannungsreichen Prozess der Aufarbeitung in Familien, in der Gesellschaft konnten wir in Deutschland auch für uns in der Breite anerkennen: Die militärische Niederlage, sie war tatsächlich auch eine Befreiung.

Noch heute sind Erinnerungen an das Kriegsende so wichtig, gerade auch in unseren re-

gionalen Zeitungen. Ich habe zum Beispiel im „Öffentlichen Anzeiger“ der „Rhein-Zeitung“ in den vergangenen Wochen so eindrucksvolle Erinnerungen gelesen, die von den Leserinnen und Lesern gesammelt worden sind. Ein 98-jähriger Leser schrieb von der Gleichzeitigkeit aller Gefühle nach der Befreiung, der großen Beklommenheit, dem Glücksgefühl und der großen Dankbarkeit darüber, damals als junger Mann überhaupt den Schrecken des Krieges entkommen zu sein.

Solche Geschichten aus den Gemeinden vor Ort, aus ganz Deutschland, der eigenen Stadt helfen, die Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft besser einzuordnen. Der 8. Mai hatte unserer Neuorientierung hin-

zur Demokratie eine ganz besondere Bedeutung gegeben, einer Demokratie, in die sich heute alle einbringen können.

Wer hätte sich 1945 vorstellen können, dass hier im Reichstagsgebäude jemals wieder ein frei gewähltes Parlament tagen würde? Was für eine unwahrscheinliche Wendung der Geschichte! Das Reichstagsgebäude ist ein gutes Gedächtnis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viele Soldaten haben vor 80 Jahren ihre Heimatorte an die Wände geschrieben. In kyrillischen Buchstaben steht dort etwa „Leningrad“ oder „Kursk“, aber eben auch „Jerevan“, „Baku“, „Kyjiw“ und „Donbass“.

Die Rotarmisten kamen nicht nur aus Russland. Sie kamen aus den vielen verschiedenen Republiken der Sowjetunion, auch aus der Ukraine. Meine Damen und Herren, wir werden morgen in Moskau wieder Siegesparaden sehen, die im Namen der Befreier von damals den Krieg gegen die Ukraine heute rechtfertigen wollen. Was für ein Missbrauch der Geschichte!

Butscha, Irpin, Mariupol: Und wieder werden Mädchen und Frauen zu Opfern sexualisierter Gewalt, eingesetzt als Kriegswaffe.

Meine Damen und Herren, heute beschäftigt viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Frage: Kann der Krieg wieder zu uns kommen?

Lange haben wir uns den Frieden und auch



Wer hätte sich 1945 vorstellen können, dass hier im Reichstagsgebäude jemals wieder ein frei gewähltes Parlament tagen würde? Was für eine unwahrscheinliche Wendung der Geschichte!

JULIA KLÖCKNER



Das Reichstagsgebäude nach Kriegsende im Jahr 1945: Bis in die letzten Tage des Krieges wurde in und um das Gebäude gekämpft.

© picture alliance / akg-images

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident

Von außen kann uns heute niemand Freiheit schenken



Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

Du weißt, wir haben immer damit gerechnet. (...) Aber es ist doch schwer zu ertragen, wenn auf einmal die Niederlage da ist.“

Die Niederlage ist schwer zu ertragen, das schrieb Helga Felmy, Jahrgang 1911, am 8. Mai 1945 an ihren Mann, einen Pfarrer, der in Kriegsgefangenschaft war. Der Brief gehört zu den Dokumenten, die Walter Kempowski über die seelische Verfasstheit der Deutschen in der Stunde Null gesammelt hat.

Deutschland lag in Schutt und Asche am 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation. Städte, in eine endlose Trümmerlandschaft verwandelt, statt Häusern nur noch Schuttberge und Gerippe aus Mauerresten. Einzelne durch Willkür des Zufalls noch stehende Gebäude, inmitten der Verheerung aufragende Mahnmale. Von der Wehrmacht gesprengte Brücken als Fanal eines bis in den eigenen Untergang fanatisch geführten Krieges. Ganze Regionen verwüstet. „Berlin hat aufgehört zu existieren“, berichtete der BBC-Reporter Thomas Cadett nach Hause.

Wir alle haben unzählige Bilder dieses Tages gesehen. Die von alliierten Streitkräften entwaffneten deutschen Soldaten, hockend, die Arme hinter dem Kopf verschränkt, die Gesichter jetzt ängstlich, stumpf, ratlos. Überlebende, die wie Untote durch die Ruinen der zerbombten Städte wandten. Die Leichen derer, für die die Befreiung nur um Tage zu spät kam. Bilder von zerschossenen Leiterwagen

Opfern bezwungen haben. Das vergessen wir nicht! Unser Dank gilt Amerikanern, Briten, Franzosen und all denen, die mit ihnen den Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror führten.

Aber wir wissen auch, welchen Beitrag die Rote Armee dabei geleistet hat, Russen, Ukrainer, Weißrussen und alle, die in ihr gekämpft haben. Mindestens 13 Millionen dieser Soldaten und noch einmal ebenso viele Zivilisten verloren ihr Leben. Die Rote Armee hat Auschwitz befreit.

All das vergessen wir nicht. Aber gerade deshalb treten wir den heutigen Geschichtslügen des Kreml entschieden entgegen. Auch wenn das morgen bei den Siegesfeiern in Moskau wieder behauptet werden sollte: Der Krieg gegen die Ukraine ist eben keine Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus. Putins Angriffskrieg, sein Feldzug gegen ein freies, demokratisches Land, hat nichts gemein mit dem Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Zweiten Weltkrieg. Am Ende ist diese Geschichtslüge nichts als eine Verbrämung imperialen Wahns, schweren Unrechts und schwerster Verbrechen!

Auch und gerade am 8. Mai gilt: Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Freiheit, ihre Demokratie, ihre Souveränität. Ließen wir die Ukraine schutz- und wehrlos zurück, hieße das, die Lehren des 8. Mai zu veraten!

Zutiefst dankbar sind wir heute, 80 Jahre später, auch für die Versöhnung, für das Vertrauen, das uns so viele Länder nach dem Krieg entgegengebracht haben. Für die Aussöhnung mit unseren Nachbarn Polen und Frankreich. Für das Wunder der Versöhnung, das jüdische Gemeinschaften auf der ganzen Welt und der Staat Israel uns geschenkt haben. Wir Deutsche können für dieses Geschenk der Versöhnung nicht dankbar genug sein!

Aber Dankbarkeit allein reicht nicht aus! Niemals kann und niemals darf es uns gleichgültig lassen, wenn sich ausgerechnet in unserem Land Antisemitismus wieder zeigt. Es ist geschichtswidrig, es ist unerträglich, wenn sich Jüdinnen und Juden nicht mehr sicher fühlen in unserem Land. Unerträglich nicht nur für Jüdinnen und Juden. Nein, unerträglich für unsere Demokratie. Für Antisemi-

Verantwortung gestellt haben, bis in den Familien darüber gesprochen wurde, was gewesen war, wer von den Verbrechen gewusst und doch wegesehen hatte, wer sich schuldig gemacht und doch geschwiegen hatte.

Der Satz von Richard von Weizsäcker „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ in seiner historischen Rede am 8. Mai 1985, dieser Satz war auch 40 Jahre nach Kriegsende noch nicht unumstritten. Und doch markierte er eine Zäsur im Umgang mit unserer Vergangenheit.

Bundespräsident von Weizsäcker sprach für die Bundesrepublik, aber seine Worte fanden auch in der damaligen DDR Widerhall. Und heute, noch einmal 40 Jahre später? Der 8. Mai ist als Tag der Befreiung Kern unserer gesamtdeutschen Identität geworden. Und doch begehen wir diesen 8. Mai heute nicht in ruhiger Selbstgewissheit. Denn wir spüren: Freiheit ist nicht das große Finale der Geschichte. Freiheit ist nicht für alle Zeit garantiert.

Heute müssen wir deshalb nicht mehr fragen: Hat der 8. Mai uns befreit? Die Antwort ist gegeben, und sie bleibt gültig. Aber wir müssen fragen: Wie können wir frei bleiben?

„80 Jahre nach Kriegsende ist das lange 20. Jahrhundert endgültig zu einem Ende gekommen“, schreibt Ivan Krastev. Die Lehren aus zwei Diktaturen und zwei Weltkriegen verlassen. Die Befreier von Auschwitz sind zu neuen Aggressoren geworden. Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat Putin unsere europäische Sicherheitsordnung in Trümmer gelegt – von der wir doch gehofft hatten, sie sei als Lehre aus den Schrecken des Krieges ein für alle Mal gelernt.

Die Staatengemeinschaft hatte Konsequenzen gezogen aus Vernichtungskrieg und Völkermord, hatte Regeln eingeführt, um Nationalismen einzuhengen, Zusammenarbeit zu fördern, und hatte eine internationale Ordnung auf Basis des Völkerrechts geschaffen. All das war nie perfekt, nie unumstritten, aber dass sich nun ausgerechnet auch die Vereinigten Staaten, die diese Ordnung so maßgeblich mit geschaffen und geprägt haben, von ihr abwenden, das ist eine Erschütterung neuen Ausmaßes.

Und deshalb spreche ich von einem doppelten Epochenbruch – der Angriffskrieg Russlands und der Wertebrech Amerikas –, das ist es, was das Ende dieses langen 20. Jahrhunderts markiert.

Die Faszination des Autoritären und die populistischen Verlockungen gewinnen leider auch bei uns in Europa wieder Raum, und Zweifel an der Demokratie werden laut. Wir sehen mit Schrecken, dass selbst die älteste Demokratie der Welt gefährdet sein kann, wenn die Justiz missachtet, die Gewaltenteilung ausgehebelt, die Freiheit der Wissenschaft angegriffen wird. Wir schauen auf unser Land, in dem extremistische Kräfte erstarken. Sie verhönen die Institutionen der Demokratie und diejenigen, die sie repräsentieren. Sie vergiften unsere Debatten. Sie spielen mit den Sorgen der Menschen. Sie betreiben das Geschäft mit der Angst. Sie hetzen Menschen gegeneinander auf. Sie erwecken alte böse Geister zu neuem Leben.

Wer Gutes für dieses Land will, der schützt das Miteinander, den Zusammenhalt und den friedlichen Ausgleich von Interessen. Das erwarte ich von allen Demokratinnen und Demokraten in diesem Land.

Wie können wir frei bleiben, wie bewahren und schützen wir unsere Demokratie? Mitten in dem Epochenbruch kann es für uns keine Routine im Erinnern geben. Und ich bin sicher: Der 8. Mai hat uns noch viel zu sagen. Tatsächlich wundere ich mich manchmal über die Hartnäckigkeit, mit der manche, leider auch in diesem Hause, einen sogenannten Schlussstrich unter unsere Geschichte und unsere Verantwortung fordern. Ich wundere mich, wenn einige Erinnerung als „Schuld kult“ diskreditieren. Was soll das eigentlich bedeuten? Dass wir vergessen, was wir wissen?

Was hätten wir damit zu gewinnen? Wollen wir wirklich den Überlebenden des Holocaust, die heute in tiefer Sorge sind, unsere Solidarität verweigern? Wollen wir ein Land sein, dass sich nur an vermeintlich glorreiche Zeiten erinnert und die Abgründe seiner Geschichte

verharmlost oder leugnet? Wollen wir eine Demokratie sein, die vergisst, wo sie herkommt und was den Kern ihrer Identität ausmacht?

Und wollen wir umgekehrt wirklich auf die Erfahrung verzichten, dass fanatischer Nationalismus überwunden werden kann. Wollen wir auf die Erfahrung verzichten, dass auf Krieg Frieden folgen kann? Dass Frieden und Demokratie auch Wohlstand bringen? Dass die Aufarbeitung unserer Geschichte uns Anerkennung und Respekt in der ganzen Welt eingebracht hat?

Ginge es uns wirklich besser, wenn wir all diese Erfahrungen vergessen würden und die Erinnerung einfach entsorgen wie ein altes Kleidungsstück?

Wir haben doch in den letzten 80 Jahren immer wieder erfahren dürfen, was für eine Kraft die gemeinsame Erinnerung in sich trägt. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, Leid, Zerstörung, Verfolgung, Terror, Tod, Flucht, sie haben sich trotz des wachsenden zeitlichen Abstands tief ins kollektive Gedächtnis der Europäer eingegraben. Das Erlebte wird weitergetragen von Generation zu Generation, in Familien in Frankreich, in Großbritannien, in Belgien, Italien, in den Ländern Osteuropas. Babyn Jar, Oradour-sur-Glane, Korjukivka, Marzabotto: Ich selbst erlebe das immer wie-

stellen und das Völkerrecht gleich mit, halten wir daran fest – weil es richtig ist.

Wo der Zeitgeist von Disruption schwärmt, erkennen wir doch, dass dahinter oft genug nur der Unwille steckt, den Weg und das Ziel von Veränderungen zu beschreiben. Aber Regellosigkeit ist bei Weitem nicht für alle eine Verheißung. Das gilt erst recht international für das Verhältnis von Staaten untereinander. Denn eine Zukunft in der nicht mehr die „Stärke des Rechts“ gilt, sondern das „Recht des Stärkeren“ in seiner ganzen Rohheit zurückkehrt, das kann und das darf nicht unser Weg sein.

Wenn andere Demokratie, Freiheit, Recht einschränken, verteidigen wir sie erst recht. Wenn auch in unserem Land die Zweifel daran größer werden, zeigen wir, dass jede und jeder Einzelne in einer Demokratie ein besseres und freieres Leben leben kann als in jeder autoritären Ordnung. Überzeugen wir möglichst viele von denen, die daran zweifeln! Gewinnen wir sie zurück für unsere Demokratie! Demokratie ist nie fertig! Sie ist anstrengend! Sie verlangt Engagement. Aber: Eine bessere Ordnung gibt es nicht!

Und wenn neue Kriege uns heute Sorgen machen, dann verlieren wir – gerade wir! – nicht den Frieden aus dem Blick. Wir wissen, wohin Krieg führt. Wir fürchten ihn zu Recht. Deshalb



Deutschland wird gebraucht, um um Frieden zu ringen, wo er verloren gegangen ist. Auch das ist der Auftrag des 8. Mai.

FRANK-WALTER STEINMEIER

der bei Gedenkfeiern, wenn mir Überlebende und Angehörige von NS-Opfern von ihrem Schmerz erzählen und mir trotzdem die Hand zur Versöhnung reichen. Mich hat es tief berührt, als mich in Warschau beim Gedenken an den Aufstand dort vor 80 Jahren eine Überlebende bei der Hand genommen und mir gesagt hat: „Polen und Deutschland sind heute Freunde. Nie hätte ich mir das vorstellen können.“ Ich will sagen: Es ist so unendlich viel, was wir mit Versöhnung erreichen können und was wir erreicht haben. Meine Bitte ist: Lassen Sie uns weiter dafür arbeiten!

Gerade weil wir uns erinnern haben, ist nach 1945 aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges ein neues, geeintes Europa erwachsen, ein Europa, das Lehren aus der Katastrophe gezogen hat: friedliches Miteinander statt feindliches Gegeneinander, Zusammenarbeit statt Regellosigkeit, die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte, all das hat uns Jahrzehnte von Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert.

Meine feste Überzeugung ist: Wer sich der Vergangenheit stellt, der verzichtet nicht auf Zukunft. Unsere Geschichte ist kein Gefängnis, in das wir eingesperrt sind. Sie ist kein Ballast, auch nicht für uns Nachgeborene.

Sie ist im Gegenteil, mit all ihren Höhen und Tiefen, ein riesiger, ein kostbarer Erfahrungsschatz! Sie ist der Schlüssel, für uns, unsere Kinder, unsere Enkel, um die Krisen der Gegenwart und auch der Zukunft zu meistern. Und deshalb ist es so wichtig, gerade heute, die Erfahrung von Diktatur und Krieg, aber genauso die von Wiederaufbau und Versöhnung weiterzugeben von Generation zu Generation. Warum sollten wir erst neu schmerzhaft erfahren oder erlernen müssen, was wir in unserer deutschen Geschichte doch schon einmal so bitter haben erfahren und erlernen müssen?

Ich bin überzeugt, heute mehr denn je: Wir haben so vieles gelernt aus unserer Geschichte, was uns zu dem gemacht hat, was wir heute sind. Geben wir nicht leichtfertig preis, was uns stark gemacht hat! Flüchten wir nicht aus unserer Geschichte. Werfen wir ihre Lehren gerade dann nicht über Bord, wenn sie uns etwas abverlangen. Das wäre feige und falsch zugleich!

Einen Schritt weitergehend, frage ich: Sind wir nicht mit unserer Geschichte, mit unserer Erfahrung eigentlich besonders gut gerüstet für die Anfechtungen dieser Zeit?

Für uns kann es kein schlafwandlerisches Wanken geben. Wir wissen, wohin Abschottung führt, wohin aggressiver Nationalismus, die Verachtung von demokratischen Institutionen führt. So haben wir in Deutschland schon einmal die Demokratie verloren. Deshalb: Vertrauen wir auf unsere Erfahrung! Stehen wir ein für unsere Werte. Erstarren wir jetzt nicht in Ängstlichkeit! Beweisen wir Selbstbehauptung!

Wenn andere in Nationalismus verfallen und brachial ihre Interessen durchsetzen wollen, dann suchen wir umso mehr gemeinsam mit Partnern nach Lösungen – weil es richtig ist. Wenn andere die Vereinten Nationen in Frage

bleibt unsere Perspektive der Frieden. Aber Frieden herrscht nicht schon dann, wenn wir uns zurückhalten, wenn wir auf die Stärkung der eigenen Verteidigung verzichten. Denn wir sind mit einer harten Realität konfrontiert: Wir müssen alles tun, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, um Putins Landnahme aufzuhalten. Wir müssen zeigen: Demokratien sind keine wehrlosen Opfer.

Wir müssen militärisch stärker werden, aber nicht um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. Nicht um Diplomatie zu ersetzen, sondern um sie glaubhaft zu machen – mit einer aktiven Außenpolitik, die Diplomatie nicht denen überlässt, die nur eigennützige Machtinteressen verfolgen. Wo immer wir von Nutzen sein können, da sollten wir uns engagieren. Deutschland wird gebraucht, um um Frieden zu ringen, wo er verloren gegangen ist. Auch das ist der Auftrag des 8. Mai.

Heute, an diesem 8. Mai, sind wir ein anderes Land als vor 80 und auch vor 40 Jahren. Ein Land, das das große Glück der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung erleben durfte, ein vielfältiges, offenes Land. Unsere Geschichte liefert uns nicht nur die Blaupause für Katastrophen, die es zu verhindern gilt. Sie erzählt uns vom Wunder der Versöhnung zwischen Deutschland und Israel und davon, dass jüdisches Leben wieder Teil unseres Landes werden konnte. Sie erzählt uns, wie die Menschen in Osteuropa und der DDR 1989 die Teilung Europas überwunden und die Freiheit errungen haben. Sie erzählt uns die unglaubliche Erfolgsgeschichte eines Landes, das nach dem totalen Zusammenbruch – auch dem moralischen – zu Freiheit, wirtschaftlicher Stärke und Wohlstand gekommen ist, sich international Respekt und sogar Sympathie erarbeitet hat. Wer hätte all das am 8. Mai 1945 für möglich gehalten!

Wir dürfen diesem Land vertrauen. Wir dürfen Vertrauen haben in uns selbst. Wir alle sind Kinder des 8. Mai, ein Satz von Jürgen Habermas, ein Satz, der Hoffnung gibt. Hoffnungstrotz! Hoffnung trotz allem! Von außen kann uns heute niemand die Freiheit schenken. Wir müssen selbst für sie stehen. Wir wissen, was zu tun ist. Und wir wissen um die Möglichkeit, dass immer wieder etwas Neues beginnt.

Ja, wir sind alle Kinder des 8. Mai. Schützen wir unsere Freiheit! Schützen wir unsere Demokratie!

Wir dürfen diesem Land vertrauen. Wir dürfen Vertrauen haben in uns selbst. Wir alle sind Kinder des 8. Mai, ein Satz von Jürgen Habermas, ein Satz, der Hoffnung gibt. Hoffnungstrotz! Hoffnung trotz allem! Von außen kann uns heute niemand die Freiheit schenken. Wir müssen selbst für sie stehen. Wir wissen, was zu tun ist. Und wir wissen um die Möglichkeit, dass immer wieder etwas Neues beginnt.

Ja, wir sind alle Kinder des 8. Mai. Schützen wir unsere Freiheit! Schützen wir unsere Demokratie!

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des

Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

der deutschen Flüchtlingstrucks aus dem Osten, ringsum verstreut die Kleidung und das, was einmal zu einem Zuhause gehörte.

Der Zweite Weltkrieg war nichts als ein endloses Grauen: Erniedrigung, Verfolgung, Folter, Mord, Völkermord. Am Ende waren mehr als 60 Millionen Menschen in Europa tot, sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet, Millionen obdach- und heimatlos, verwaist, gebrochen, verwundet, hungrig.

Und doch, auch das gab es: Hoffnung und Dankbarkeit. „In uns ist immer wieder ein großes Erleichterungs- und Dankgefühl (...), dies Ungeheure, all diese (...) Gefahr nun wirklich überlebt zu haben,“ das schrieb Victor Klemperer, noch beinahe ungläubig, in den letzten Kriegstagen. Der große Gelehrte, gedemütigt, entrechtet, verfolgt, konnte endlich hoffen, seiner Vernichtung entkommen zu sein.

Es waren Deutsche, die diesen verbrecherischen Krieg entfesselt und ganz Europa in den Abgrund gerissen haben. Es waren Deutsche, die das Menschheitsverbrechen der Shoah begangen haben. Und es waren Deutsche, die nicht willens und nicht fähig waren, selber das Joch des NS-Regimes abzuwerfen.

Daran erinnern wir, wir Deutsche, heute, 80 Jahre später. Wir wissen: Dieser Tag hat unser Land tiefst geprägt. Wir alle sind Kinder des 8. Mai! Am 8. Mai 1945 wurden wir befreit. Auch heute, 80 Jahre später, gilt unser tiefer Dank den alliierten Soldaten und den europäischen Widerstandsbewegungen, die das NS-Regime unter Aufbietung aller Kräfte und mit vielen

tismus darf es in unserer Gesellschaft keinen Raum geben. Das zu gewährleisten, ist unsere gemeinsame Pflicht!

1945 kam die Befreiung von außen. Sie musste von außen kommen. Die meisten Deutschen hielten dem Regime bis zum letzten Tag die Treue. Und längst nicht alle Deutschen empfanden damals Dankbarkeit für die Befreiung, sie sahen sich nicht einmal als Befreite.

Am 8. Mai 1945 begann für unser Land ein langer Weg hin zu Freiheit und Demokratie. Die Westalliierten eröffneten ihn für die Menschen in der damaligen Bundesrepublik. Im Osten Deutschlands blieb den Menschen die Freiheit weiter vorenthalten. Die Sowjetunion bereitete den Weg für die Einparteienherrschaft der SED und eine neue Diktatur.

Aber wir Deutsche mussten uns erst auch innerlich befreien, in einem langwierigen, schmerzhaften Prozess. Eine Aufarbeitung, die Verletzungen hinterließ – auch zwischen den Generationen. Zur Wahrheit gehört, dass in der ehemaligen DDR zwar Antifaschismus Staatsdoktrin war, aber eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Geschichte lange nicht stattfand. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die junge Bundesrepublik zunächst fast jede Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, vor allem die Bestrafung der Täter lange verweigerte; stattdessen kamen viele in neue Ämter, die treue Diener des NS-Regimes gewesen waren.

In Ost wie West sollte es Jahre, sogar Jahrzehnte dauern, bis wir Deutsche uns umfassend den quälenden Fragen von Schuld und

leicht
erklärt!

Eine neue Bundes-Regierung

Friedrich Merz wird Kanzler



Worum geht es?

In dieser Woche ist in Berlin etwas Wichtiges passiert:



Die neue Bundes-Regierung hat ihre Arbeit angefangen.

Und es gibt einen neuen Bundes-Kanzler.

In der neuen Bundes-Regierung arbeiten mehrere Parteien zusammen.

Das Fach-Wort dafür ist so:
Koalition.

Parteien sind Gruppen von Politikern mit den gleichen Zielen.

Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was ist der Bundes-Tag?
- Welche Parteien sind in der neuen Bundes-Regierung?
- Was sind die Aufgaben von der Bundes-Regierung?
- Wer ist der neue Bundes-Kanzler?
- Was sind die Aufgaben vom Bundes-Kanzler?
- Welche Ziele hat die neue Bundes-Regierung?



Was ist der Bundes-Tag?

Im Bundes-Tag arbeiten Politiker.

Sie wurden von uns gewählt.

Die letzte Wahl war dann:

In diesem Jahr im Februar.

Das haben wir mit der Wahl entschieden:

- Wie viele Politiker von den Parteien dürfen im Bundes-Tag arbeiten?
- Welche Politiker sind das?

Diese Politiker entscheiden wichtige Dinge für Deutschland.

Zum Beispiel machen sie das:

- Sie machen neue Gesetze.
- Sie verändern alte Gesetze.
- Sie passen auf, dass die Bundes-Regierung gut arbeitet.
- Sie stimmen darüber ab, wie viel Geld für Dinge ausgegeben wird.
- Sie reden in Arbeits-Gruppen über wichtige Themen.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.



Was ist die Bundes-Regierung?

In der Bundes-Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Ihr Chef ist der Bundes-Kanzler.

Die Regierung besteht immer aus Mitgliedern von einer oder mehreren Parteien.

Denn am besten funktioniert eine Regierung dann:

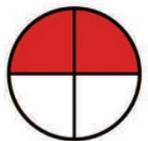
Wenn sie mehr als die Hälfte der Stimmen im Bundes-Tag hat.

Die Bundes-Regierung einigt sich auf wichtige Ziele.

Und gemeinsam versuchen sie dann, diese Ziele zu erreichen.

Wenn alles normal läuft, dann arbeitet eine Bundes-Regierung 4 Jahre zusammen.

Danach wird wieder neu gewählt.



Welche Parteien sind in der neuen Bundes-Regierung?

Diese Parteien sind in der neuen Regierung:

CDU, CSU und SPD

Die Parteien CDU und die CSU aus Bayern arbeiten zusammen.

Gemeinsam nennt man sie auch so: Union.

Aus jeder Regierungs-Partei dürfen Politiker wichtige Ämter übernehmen.

Die Union hat bei der Wahl die meisten Stimmen bekommen.

Deshalb dürfen Politiker von CDU und CSU besonders wichtige Ämter haben.

Das sind vor allem:

- der Bundes-Kanzler
- die Präsidentin vom Bundes-Tag

Über die neue Präsidentin haben wir in Ausgabe 276 von Leicht erklärt schon mehr geschrieben.



Verschiedene Aufgaben-Bereiche

Weil die Bundes-Regierung viele verschiedene Sachen machen muss, gibt es verschiedene Aufgaben-Bereiche.

Die einzelnen Bereiche nennt man so: Ministerium.

Jedes Ministerium hat einen Chef oder eine Chefin.

Die nennt man dann so: Minister oder Ministerin.

Zum Beispiel: Gesundheits-Ministerin

Die Parteien aus der Regierung teilen sich diese Aufgaben-Bereiche auf.

So viele Chefs für Aufgaben-Bereiche dürfen die Parteien in der neuen Regierung haben:

- 7 von der CDU
- 7 von der SPD
- 3 von der CSU





Wer ist der neue Bundes-Kanzler?

Der neue Bundes-Kanzler heißt so:
Friedrich Merz.

Er ist der Chef von der Partei CDU.

Weil die Union die meisten Stimmen bei der Wahl bekommen hat, durfte sie das:
einen Kandidaten als Bundes-Kanzler vorschlagen.

Das war Friedrich Merz.

Und die Politiker im Bundes-Tag haben ihn dann gewählt.

Das war dabei besonders:

In der 1. Runde hatte er nicht genug Stimmen.

In der 2. Runde wurde er dann aber doch noch gewählt.

Friedrich Merz ist 69 Jahre alt.

Er kommt aus dieser Gegend in Deutschland:
dem Sauer-Land.

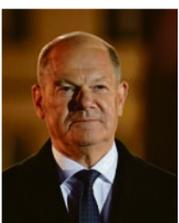
Das liegt im Bundes-Land mit diesem Namen: **Nord-Rhein-Westfalen**.

Weil das ein schweres Wort ist, kürzt man das auch so ab: NRW.

Mit seiner Ehe-Frau hat er 3 Kinder.

Die sind aber schon erwachsen.

Frühere Bundes-Kanzler



Vor Friedrich Merz war dieser Mann Bundes-Kanzler:

Olaf Scholz.

Er ist von der Partei SPD.

Friedrich Merz ist schon der 10.
Bundes-Kanzler von Deutschland.

Der 1. Bundes-Kanzler in Deutschland hieß im Jahr 1949 so:

Konrad Adenauer.

Er war auch von der Partei CDU.



Was sind die Aufgaben vom Bundes-Kanzler?

Der Bundes-Kanzler ist der Chef von der Bundes-Regierung.

Er hat verschiedene Aufgaben und Rechte.

Nur so kann er seine Arbeit erledigen.

Das sind Beispiele dafür:

1. Bundes-Minister aussuchen

Der Bundes-Kanzler regiert Deutschland nicht allein.

Die Chefs von den Aufgaben-Bereichen helfen ihm dabei.



Der Bundes-Kanzler bespricht mit allen Parteien, die in der Regierung mitmachen, wer Minister werden soll.

Wenn sich alle einig sind, schlägt er dem Bundes-Präsidenten vor, wer Minister werden soll.

Der Bundes-Präsident ist der Staats-Chef von Deutschland.

Er ist also der Politiker mit dem höchsten Amt in Deutschland.

Der Bundes-Präsident ernennt dann die Minister.

2. Stellvertreter aussuchen

Der Bundes-Kanzler darf einen Stellvertreter ernennen.

Der Stellvertreter muss einer der Minister sein.



Er übernimmt die Aufgaben vom Bundes-Kanzler, wenn der sie nicht erfüllen kann.

Der Stellvertreter von Kanzler Friedrich Merz heißt so:

Lars Klingbeil.

Er ist von der Partei SPD.

3. Richtung in der Politik vorgeben

Der Bundes-Kanzler sagt, in welche Richtung die Politik gehen soll.

Mit diesen Vorgaben können die Minister ihren Bereich dann leiten.



Wichtige Entscheidungen treffen Minister gemeinsam mit dem Bundes-Kanzler.

Aber auch da ist die Meinung des Bundes-Kanzlers besonders wichtig.

4. Deutschland im Ausland vertreten

Der Bundes-Kanzler ist ein sehr wichtiger Vertreter von Deutschland beim Kontakt mit anderen Ländern.



Er trifft wichtige Politiker aus anderen Ländern.

Und er bespricht mit ihnen wichtige Themen.

Der Bundes-Kanzler ist auf der ganzen Welt als wichtiger Politiker bekannt.

Welche Ziele hat die neue Bundes-Regierung?

Die Parteien CDU, CSU und SPD haben in den letzten Wochen viel miteinander gesprochen.

Dabei ging es um diese Frage:
Welche Ziele haben wir als neue Bundes-Regierung?

Jede Partei hatte dafür eigene Ideen.

Die drei Parteien haben sich nun aber auf gemeinsame Ziele geeinigt.



Zum Beispiel wollen sie das:

- Die Bundes-Wehr soll besser werden.
- Die Regeln für Menschen, die nach Deutschland kommen wollen, sollen strenger werden.
- Für Straßen, Schienen und Gebäude soll viel Geld ausgegeben werden.
- Strom soll billiger werden.

Es gibt aber noch viel mehr Ziele.



Kurz zusammengefasst

Deutschland hat eine neue Bundes-Regierung.

Dafür arbeiten diese Parteien zusammen:
CDU, CSU und SPD.

Das Fach-Wort dafür heißt Koalition.

Es gibt auch einen neuen Bundes-Kanzler.

Er heißt Friedrich Merz und ist von der Partei CDU.



Er ist schon der 10. Bundes-Kanzler von Deutschland seit 1949.

Vor ihm war Olaf Scholz von der SPD Bundes-Kanzler.

Die Union aus CDU und CSU hat dieses Mal bei der Wahl aber mehr Stimmen bekommen als die SPD.

Deshalb darf ein Politiker von der CDU oder CSU Kanzler werden.

Das muss aber nicht so sein.

Friedrich Merz hat im Bundes-Tag aber die meisten Stimmen bekommen.

Das hat deshalb funktioniert:

Die Parteien aus der Koalition haben zusammen für ihn abgestimmt.

Der neue Bundes-Kanzler kann aber nicht alleine das Land leiten.

Deshalb helfen ihm andere Politiker dabei.

Besonders wichtig sind dabei die Chefs von den Aufgaben-Bereichen.

Das Fach-Wort für diese Politiker heißt so:
Minister oder Ministerin.

Alle 3 Parteien haben mehrere Minister.

Der Bundes-Kanzler sagt zwar, in welche Richtung die Politik gehen soll.

Die Minister dürfen für ihren Aufgaben-Bereich aber viele Sachen selbst entscheiden.

Die neue Bundes-Regierung kann nun mit ihrer Arbeit anfangen.

Dafür haben die Parteien vorher ihre gemeinsamen Ziele besprochen.



Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom
NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Buchspies, Annika Klüh, Daniel Krenzer,
Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / dpa / photothek.de, Florian Gaertner (Titel und Merz); picture alliance / dpa / Kay Nietfeld (Scholz); Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 20/2025
Die nächste Ausgabe erscheint am 17. Mai 2025.